

LTWP Inhaltsverzeichnis

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 **Wahlaufruf**

2 **1. Gutes Klima – Saubere Energie 4**

3 Klimaschutz – Energiewende – Solaroffensive – Windkraft – Wasserstoff –
4 Erneuerbare Wärme

5 **2. Verantwortliche Wirtschaft – Nachhaltige Innovation 10**

6 Nachhaltige Transformation – Fachkräfte – Digitalisierung – Tourismus –
7 Verbraucherschutz

8 **3. Intakte Umwelt – Gesicherte Lebensgrundlagen 18**

9 Natur- und Artenschutz – Saubere Luft – Sauberes Wasser – Abfall und
10 Kreislaufwirtschaft – Wald – Landwirtschaft – Ernährung – Tierschutz

11 **4. Vernetzte Verkehrsangebote – Nachhaltige Mobilität 30**

12 Mobilitätsgarantie – Mobilitätswende – Radverkehr – ÖPNV – Verkehrssicherheit –
13 Lärmschutz

14 **5. Starke Familien – Beteiligte Jugend 35**

15 Familienunterstützung – Vereinbarkeit – Gegen Kinderarmut – Kinderrechte –
16 Jugendpolitik

17 **6. Gerechte Bildung – Innovative Wissenschaft 40**

18 Schule und KiTa – Hochschulen und Wissenschaft – Ausbildung und Fachkräfte –
19 Weiterbildung

20 **7. Starke Gesundheitsversorgung – Verlässliche Pflege 49**

21 Gesundheitsversorgung in der Fläche – Geburtshilfe – Drogenpolitik – Pflege

22 **8. Solidarische Gesellschaft – Gerechte Teilhabe 58**

23 Armutsprävention – Arbeit und Fachkräftesicherung – Teilhabe – Inklusion und
24 Barrierefreiheit

25 **9. Tatsächliche Gleichstellung – Gerechte Geschlechterpolitik 64**

26 Frauen und Gleichstellungspolitik – Gewaltschutz und -prävention – Queerpolitik

27 **10. Gelebte Vielfalt – Gelingende Integration 69**

28 Vielfalt, Akzeptanz und Antidiskriminierung – Integration – Religion und
29 Weltanschauung

30 **11. Aktive Beteiligung – Gefestigte Demokratie 75**

31 Demokratische Teilhabe – Politische Bildung – Gegen Rechts – Ehrenamtliches
32 Engagement

33 **12. Gesicherte Freiheit – Handlungsfähiger Rechtsstaat 79**

34 Grund- und Freiheitsrechte – Sicherheit – Justiz – Brand- und Katastrophenschutz

35 **13. Lebendige Kultur – Vielfältige Medienlandschaft 84**

36 Kulturförderung – Kulturschaffende und kulturelle Einrichtungen – Kulturelle
37 Bildung – Medien

38 **14. Leistungsfähiger Staat – Solide Infrastruktur 88**

39 Haushalt und Finanzen – Verwaltung – Kommunen – Ländliche Räume – Landesplanung
40 – Bauen und Stadtentwicklung – Sport

41 **15. Verbundenes Europa – Globale Verantwortung 97**

42 Europa – Frieden – Eine Welt – Partnerschaft mit Ruanda – Frieden und Konversion

LTWP-0 Wahlauf Ruf

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

- 1 [Liebe Mitglieder, der Text des Wahlauf rufs sowie der Titel des Wahlprogramms
- 2 werden nachgereicht. Wir wollen euch hier einen runden Vorschlag unterbreiten,
- 3 der sowohl auf die geplante Kampagne als auch auf aktuelle Entwicklungen der
- 4 Coronakrise eingeht. Wahlauf ruf & Titel gehen euch rechtzeitig vor
- 5 Antragsschluss gesondert zu.]

LTWP-1 1. Gutes Klima – Saubere Energie

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

- 1 Wir sind die letzte Generation, die die Weichen für den Erhalt unserer
2 Lebensgrundlagen und für echten Klimaschutz stellen kann. Wir müssen jetzt
3 handeln, damit es in wenigen Jahren nicht zu spät ist. Wir sehen die
4 **Auswirkungen der Klimakrise** auch hier in Rheinland-Pfalz: Die Artenvielfalt geht
5 zurück, wir verlieren vielfältige Biotope und die Wälder sterben. Immer häufiger
6 erleben wir Unwetter, Starkregen, Hochwasser und Dürren. Unsere Wasservorräte
7 gehen zurück, die Landwirtschaft und die Menschen leiden unter der zunehmenden
8 Zahl an Hitzetagen und Extremwetterereignissen.
- 9 Anstatt mutig und konsequent den Klimaschutz anzugehen, verspielt die
10 Bundesregierung gerade unsere Zukunft. Das Kohleausstiegsgesetz der Großen
11 Koalition kommt viel zu spät und ist viel zu teuer. Die fossilen Energiekonzerne
12 vergolden dabei ihre dreckigen Kohlekraftwerke. So wird Deutschland die
13 internationalen Klimaziele nicht erreichen. Wir brauchen **sauberen Strom aus**
14 **Erneuerbaren Energien**, doch statt den Ausbau wirksam voranzubringen bremst die
15 Bundesregierung in unverantwortlicher Weise das Wachstum der Windenergie und der
16 Photovoltaik.
- 17 Wir GRÜNE geben ein anderes Tempo vor. Entschieden setzen wir uns ein für mehr
18 Klimaschutz und verfolgen das Ziel einer **klimaneutralen Gesellschaft**. Dafür
19 denken wir alle Bereiche zusammen. Wir wollen in Rheinland-Pfalz noch mehr
20 erneuerbar erzeugten Strom produzieren und die Mobilitätswende weiter umsetzen.
21 Im Dialog mit unserer Wirtschaft treiben wir die ökologische Transformation
22 voran, um unseren Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.
23 Klimaschonendes Bauen mit Holz, die Wärmewende bei Gebäuden und die
24 klimaschonende, ökologische Landwirtschaft werden wir weiter stärken. Außerdem
25 brauchen wir Klimaschutz vor Ort und unterstützen dafür unsere Kommunen. Wir
26 haben auch eine Divestment-Strategie des Landes für nachhaltige Finanzen ins
27 Leben gerufen.
- 28 Die Treibhausgasreduktion werden wir konsequent weiter vorantreiben und
29 erreichen und dafür in den Klimaschutz investieren. Wir wollen den **Klimaschutz**
30 **in die Verfassung** schreiben, um ihn auf allen Ebenen besser durchsetzen zu
31 können. Kommunen müssen sich heute immer wieder für Investitionen rechtfertigen.
32 Wir werden **Klimaschutz als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung**
33 verankern, damit die Kommunen in unsere Zukunft investieren können. Bei
34 Entscheidungen der **Landesregierung und des Landtags soll eine**
35 **Klimafolgenabschätzung** erstellt werden.
- 36 **Die Energiewende ist das Herzstück des Klimaschutzes**

37 Die Energiewende ist Herzstück für konsequenten Klimaschutz und gleichzeitig
38 Grundlage für Arbeit und Wohlstand in unserem Land. Der Ausbau der Erneuerbaren
39 Energien ist zu einem Standortfaktor geworden. Um unsere Klimaschutzziele zu
40 erreichen, müssen wir auch künftig einen dynamischen Ausbau Erneuerbarer
41 Energien sicherstellen. Um unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar zu erzeugen,
42 wollen wir **die installierte Leistung zur Gewinnung von Windenergie verdoppeln**
43 **und die Photovoltaik-Leistung bis 2030 verdreifachen**. Damit unterstützen wir die
44 Auftragslage im Handwerk ebenso wie die industrielle Produktion im Bereich der
45 benötigten Klimaschutztechnologien und schaffen neue, grüne Arbeitsplätze vor
46 Ort.

47 Mit einem neuen **Energie-Wende-Plan wollen wir** die **Sektorenkopplung** voranbringen.
48 Denn damit Erneuerbare Energien jederzeit effizient genutzt werden können,
49 müssen verschiedene Sektoren miteinander intelligent vernetzt werden. So kann
50 beispielsweise Energie zur Erzeugung von Wasserstoff eingesetzt werden, wenn an
51 sonnen- oder windreichen Tagen mehr Strom produziert als verbraucht wird.
52 Deshalb wollen wir Power-to-X und die Erzeugung von Grünem Wasserstoff fördern.
53 Digitale Lösungen, wie künstliche neuronale Netze bieten zudem die Möglichkeit
54 erneuerbaren Strom intelligent zu lenken und ressourcenschonend einzusetzen. So
55 können Erneuerbare Energien als Basis genutzt werden, um alle Sektoren,
56 Industrie, Mobilität oder auch Wärme, miteinander zu verbinden und zu
57 dekarbonisieren. Auch im Bereich **Energieeffizienz** wollen wir weiter vorankommen,
58 denn jede eingesparte Kilowatt-Stunde ist die beste Kilowatt-Stunde.

59 **Sonnenland Rheinland-Pfalz**

60 Unser sonniges Bundesland bietet die besten Voraussetzungen, um Solarenergie zu
61 nutzen. Wir GRÜNE wollen dieses Potenzial ausschöpfen und die Energieerzeugung
62 aus der Sonne deutlich ausbauen. Investitionen in die Solarenergie stärken den
63 Klimaschutz und schonen den Geldbeutel.

64 Bei Neubauten und neuen Parkplätzen setzen wir daher auf eine **Pflicht für**
65 **Photovoltaik-Anlagen**. Ebenso soll bei umfangreichen Modernisierungen von
66 Gebäuden der Einsatz von Solarenergie vorgeschrieben werden, wenn keine
67 dringenden Gründe dagegensprechen. Wir wollen den Einzelhandel, die Kommunen und
68 Unternehmen darin unterstützen, dass sie ihre **Parkplätze mit Solarcarports** als
69 Schattenspender, Stromlieferant und Ladestelle für Elektroautos überdachen. Mit
70 dem neuen landesweiten Solarkataster sorgen wir dafür, dass das Potenzial für
71 die Nutzung der Solarenergie aufgezeigt und die Bürgerenergie gestärkt wird.

72 Auch auf artenarmen Grünland und ertragsarmen Ackerland wollen wir den Bau von
73 Solaranlagen naturschutzgerecht erweitern. Mit zusätzlicher **Agro-Photovoltaik**
74 lässt sich die Energiewende sinnvoll mit der Landwirtschaft verbinden: Auf Agro-
75 PV-Flächen wird einerseits Solarstrom erzeugt und andererseits können sie
76 weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden. Die Agro-PV-Anlagen schützen zudem
77 die darunter angebauten Kulturen vor Witterungsschäden.

78 Auf Bundesebene setzen wir uns weiter dafür ein, das **Erneuerbare-Energien-**
79 **Gesetz zu überarbeiten**. Solaranlagen unter 1 Megawatt installierter Leistung
80 müssen ohne Ausschreibung errichtet werden dürfen. Das Bundes-Mieterstromgesetz
81 muss nachgebessert werden, um die Installation von Solaranlagen auf Mietshäusern
82 unbürokratischer zu machen. Wie im europäischen Recht vorgeschrieben, müssen
83 Abgaben und Umlagen auf selbst genutzten erneuerbaren Strom gestrichen werden.
84 Auch brauchen wir einen deutlichen Abbau von Bürokratie bei der Nutzung von
85 Photovoltaik-Anlagen im privaten wie gewerblichen Bereich. Ebenso werden wir uns

86 dafür einsetzen, dass das Energiewirtschaftsgesetz grundlegend überarbeitet
87 wird. Dezentrale Speicherung und Netzausregelung sollen rechtlich ermöglicht und
88 Bürgergenossenschaften und kleine Akteure gestärkt werden.

89 **Frischer Wind für mehr Klimaschutz**

90 Einen großen Anteil an den Erneuerbaren Energien macht die Windenergie aus. Sie
91 ist das Rückgrat der Energiewende. Wir werden alles daransetzen, auch weiterhin
92 beim Ausbau der Windenergie mit vorne zu bleiben. Die **Beteiligung von Kommunen**
93 **und Genossenschaften** wollen wir stärken.

94 Windenergie geht nur mit Artenschutz. Wir wollen die Genehmigungsverfahren
95 landesweit vereinheitlichen und so naturverträglich beschleunigen. Dabei sollen
96 Naturschutzverbände und Bürger*innen früh mitsprechen können. Dafür muss der
97 naturschutzfachliche Leitfaden zum Ausbau der Windenergie fortgeschrieben
98 werden. Bei Genehmigungsverfahren brauchen die Kommunen mehr Unterstützung.

99 Um die Leistung der Windenergie erheblich zu steigern, müssen wir mehr Flächen
100 nutzen und Altanlagen systematisch durch neue leistungsfähigere Maschinen
101 ersetzen (Repowering). Wir überarbeiten das Landesentwicklungsprogramm im
102 Einklang mit dem Emissions-, Natur- und Klimaschutz, um den notwendigen
103 **Flächenbedarf von zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie** tatsächlich
104 bereithalten zu können – ebenso wie Sonderflächen, zum Beispiel entlang von
105 Autobahnen und Bahntrassen.

106 Unsere von der Klimakrise gebeutelten Wälder werden ohne den Ausbau der
107 Erneuerbaren ihre Schutz-, Biodiversitäts-, Wirtschafts- und Erholungs-
108 Funktionen nicht mehr leisten können. Wir wollen daher die **Nutzung der**
109 **Windenergie vor allem auf geschädigten Waldflächen** in Wirtschaftswäldern
110 naturverträglich ausbauen.

111 Die Möglichkeit, alte Windkraftanlagen am selben Standort mit neueren
112 leistungsfähigeren Maschinen (**Repowering**) mit bestehender Infrastruktur zu
113 ersetzen, werden wir erleichtern. Allein mit dem Austausch eines Windrades kann
114 schnell das Dreifache an Leistung erzielt werden. Für dieses Repowering bereits
115 bestehender Windenergie-Standorte wollen wir die starren Abstandsregeln
116 standortgerecht aufheben. Bestehende Windparks sollen in den bisherigen Grenzen
117 ohne Ausschreiben durch leistungsfähigere Maschinen ersetzt werden.

118 Auf Bundesebene treten wir dafür ein, dass der **Ausbaudeckel für die Windenergie**
119 gestrichen wird. Rheinland-Pfalz muss bei den Ausschreibungsverfahren durch eine
120 Regionalisierungskomponente faire Chancen bekommen und Windparks ohne
121 Ausschreibungsverfahren errichten dürfen. Für alle Erneuerbaren Anlagen werden
122 wir uns dafür einsetzen, dass die Eigen- und Direktstromnutzung der nicht EEG-
123 geförderten Anlagen von der EEG-Umlage befreit werden.

124 **Digitalisierung für die Energiewende nutzen**

125 Immer mehr dezentrale Erzeugungsanlagen bedeuten, dass wir die Verteilung und
126 Steuerung des Stroms neu organisieren müssen. Dazu müssen wir die **dezentralen**
127 **Verteilnetze stärken** und intelligente Verteilnetz-Regulations-Instrumente
128 etablieren, wie im Projekt Smart Country.

129 Um wetterbedingte Schwankungen bei der Erzeugung von erneuerbarem Strom
130 auszugleichen und das Stromnetz stabil zu halten, setzen wir auf die Entwicklung
131 von intelligenten Speichern. Damit wird überproduzierter Strom für Zeiten, zu
132 denen mehr Strom benötigt wird, gespeichert und flexibel eingesetzt werden. Wir

133 wollen auch die Nutzung von Bioenergie mithilfe digitaler Anwendungen flexibler
134 gestalten. Dafür bedarf es anderer bundesgesetzlicher Regelungen. Smart Grids
135 und intelligente Stromnetze, müssen gefördert werden, denn damit lassen sich
136 Erneuerbare Energien umfassend in unsere Energieversorgung integrieren. Zudem
137 werden wir mit den Netzbetreibern ein integriertes Konzept mit **dezentralen**
138 **Speichern** für Rheinland-Pfalz entwickeln. Smartmeter, Smartoperator, und die
139 digitale Abstimmung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch aufeinander helfen
140 dabei, die Stromversorgung zu sichern. Hier werden wir gezielt Forschungs- und
141 Entwicklungsprojekte unterstützen.

142 **Grüner Wasserstoff**

143 **Grüner Wasserstoff** (Power-to-X, PtX = Nutzung von Stromüberschüssen durch die
144 Umwandlung in andere Energieträger) bietet enorme Möglichkeiten, Treibhausgase
145 einzusparen und unser Land klimaneutral zu gestalten. Grüner Wasserstoff kann
146 wesentlich zu Klimaschutz, Wohlstand und neuen Arbeitsplätzen in unserem Land
147 beitragen und als Speichermedium die Versorgungssicherheit bei Erneuerbaren
148 Energien steigern. Wir wollen die technologische Entwicklung fördern und eine
149 **landeseigene Wasserstoffstrategie** entwickeln. Alle vorhandenen Möglichkeiten
150 müssen ausgeschöpft werden, um den Grünen Wasserstoff vor Ort zu erzeugen, im
151 Sinne der Wertschöpfung wie der Versorgungssicherheit – statt, wie die
152 Bundesregierung, nur auf Importe zu setzen. Grüner Wasserstoff bietet großes
153 Potenzial, um verschiedene Sektoren wie den Schwerlast-Verkehr oder industrielle
154 Produktionsprozesse auf den Weg in Richtung Klimaneutralität zu bringen.

155 Als großer Chemiestandort setzen wir auf die Chancen von PtX in der chemischen
156 Industrie, um fossile Grundstoffe zu ersetzen. Wir wollen Forschungs- und
157 Entwicklungsstandort für PtChem und Treiber für eine nachhaltige Chemieindustrie
158 und für Nutzfahrzeuge werden. Auch brauchen wir Innovation bei der Infrastruktur
159 in der **Wasserstoffgewinnung und bei der Wasserstofflogistik**. Dazu müssen wir
160 nicht nur Landesmittel bereitstellen und Bundesmittel nutzen, sondern auch EU-
161 Fördermittel nach Rheinland-Pfalz lenken und Entwicklungspartnerschaften
162 vorantreiben.

163 **Klimaschutz vor Ort**

164 Klimaschutz gelingt nur, wenn die Kommunen auch mit anpacken. Vor Ort werden oft
165 im Kleinen die Weichen gestellt, die in der Summe große Auswirkungen haben. Und
166 Klimaschutz rechnet sich – beispielsweise beim Energiemanagement in Gebäuden,
167 wenn wir in Turnhallen auf energiesparende LED-Beleuchtung umstellen. Wir werden
168 die Kommunen auch weiterhin beim Klimaschutz unterstützen.

169 Die Energieagentur berät Kommunen unter anderem, wenn es darum geht,
170 Klimaschutzkonzepte zu erstellen, Förderkonzepte zu beantragen, E-Mobilität zu
171 fördern oder Nahwärmenetze zu errichten. Die Energieagentur vernetzt und
172 koordiniert die einzelnen Aktionen, Aktivitäten und Projekte im Land. Diese
173 Stärken wollen wir weiter nutzen und **die Energieagentur und ihre acht**
174 **Regionalbüros ausbauen**.

175 Digital basiertes kommunales Energie-Management und energiesparende und
176 insektenschützende LED werden wir zum Standard machen. Dazu setzen wir die
177 **Förderung für die Kommunen** fort. Außerdem wollen wir sie noch stärker darin
178 unterstützen, eigene CO₂-Bilanzen und Divestment-Strategien umzusetzen.
179 Gemeinsam setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass **alle Kommunen haupt-**

180 **oder ehrenamtliche Klimaschutzmanager*innen** bekommen. Im Land werden wir die
181 Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiter*innen für den Klimaschutz unterstützen.

182 In Rheinland-Pfalz sollen an verschiedenen Stellen Erkundungsbohrungen zur
183 Gewinnung von Erdöl stattfinden. Wir sprechen uns gegen neue Ölbohrungen aus.
184 Zum Schutz des Klimas wollen wir Öl und Gas im Boden lassen. Bundespolitisch
185 werden wir uns für eine Reform des Bergrechts einsetzen, die den Klimaschutz und
186 die Mitsprachemöglichkeiten vor Ort stärken soll.

187 Wir wollen weiterhin dafür sorgen, dass das Land die Kommunen bei Stadtgrün-
188 Projekten fördert, um grüne und blaue Klima- und Erholungsoasen in den Städten
189 zu schaffen. Alle Kläranlagen mit genügend Potenzial wollen wir zur Erzeugung
190 von Biogas und Richtung Energieautarkie umrüsten und dezentrale Wasserstoff-
191 Erzeugung und Nutzung weiterentwickeln.

192 **Klimaneutrale Landesverwaltung**

193 Unserem Ziel, die **Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral** zu organisieren sind
194 wir ein großes Stück nähergekommen und werden dies auch konsequent
195 weiterverfolgen. Neubauten des Landes wollen wir mindestens als Plusenergiehaus
196 bauen, bei Sanierungen streben wir diesen Standard wo technisch möglich an. Alle
197 landeseigenen Gebäude, auf denen dies Sinn macht, werden wir mit Photovoltaik
198 und Solarthermie ausstatten. Für bestehende Gebäude in Besitz des Landes wollen
199 wir einen **Sanierungsfahrplan** hin zur Klimaneutralität erstellen.

200 **Investitionen in Erneuerbare Wärme**

201 Gerade bei Wohn- und öffentlichen Gebäuden können wir viel für den Klimaschutz
202 tun. Bei der Wärmewende wird das Potenzial Erneuerbarer deutlich: Sie machen uns
203 unabhängiger von fossilen Importen und erzeugen Wertschöpfung im Land. Obwohl in
204 Berlin gebremst wird, sind wir mit der Wärmewende in Rheinland-Pfalz einen
205 großen Schritt vorangegangen, beispielsweise mit dem Aufbau von **Erneuerbaren**
206 **Nahwärmenetzen**. Das wollen wir fortsetzen und die Verwaltung bei der praktischen
207 Umsetzung der energetischen Gebäudemodernisierung mit einer EnEV-
208 Durchführungsverordnung unterstützen.

209 Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Wärmeversorgung erhöhen.
210 Eine durch das Land finanzierte **kommunale Wärme- und Kälteplanung** soll die
211 Potenziale der erneuerbaren Wärmequellen und der Abwärme, beispielsweise aus
212 Industrieprozessen, aufzeigen. Zudem braucht es Impulse, um die
213 Wärmebereitstellung auch in bestehenden Gebäuden effizienter und auf Basis
214 Erneuerbarer Energien zu gestalten. Damit wollen wir den **Wohnbereich**
215 **klimaneutral** machen, der Industrie eine Absatzmöglichkeit für ihre Abwärme
216 schaffen und Kältesenken, wie zum Beispiel Rechenzentren, mit klimaneutraler
217 Energie versorgen. Wo es auf Landesebene möglich ist, wollen wir ambitionierte
218 Maßnahmen im Gebäudebereich etablieren. Es kann nicht sein, dass es ein
219 bundeseinheitliches Gebäudeenergiegesetz gibt und die Länder nicht
220 ambitionierter sein dürfen. Es gilt daher, durch eine bundesgesetzliche
221 Länderöffnungsklausel ein wirksames **Erneuerbare-Wärme-Gesetz** in Rheinland-Pfalz
222 zu ermöglichen.

223 **Atomkraft? Nein, danke!**

224 Entgegen aller Widerstände haben wir uns konsequent gegen Atomkraft und für die
225 Abschaltung der **gefährlichen grenznahen Pannreaktoren** Fessenheim, Cattenom,
226 Tihange und Doel eingesetzt. Unser Engagement lohnt sich: Fessenheim ist im Jahr

227 2020 tatsächlich vom Netz genommen worden. Gegen die verbleibenden
228 Atomkraftwerke werden wir weiterhin mit allen Mitteln kämpfen. Wir setzen uns
229 dafür ein, dass die Bundesregierung mit Frankreich und Belgien bilaterale
230 Verhandlungen zur Abschaltung der grenznahen Pannenreaktoren aufnimmt. Bei
231 grenznahen Atomkraftwerken muss auch die Bevölkerung jenseits der Grenze ein
232 Mitspracherecht hinsichtlich der Sicherheitsanforderungen bekommen und
233 Laufzeitverlängerungen müssen mit einer grenzüberschreitenden
234 Umweltverträglichkeitsprüfung einhergehen. Außerdem werden uns auf Bundesebene
235 weiterhin für einen Exportstopp von Kernbrennstoffen in grenznahe Risikomeiler
236 einsetzen.

237 Nicht zuletzt der Abriss des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich hat gezeigt, dass
238 sich **konsequenter Einsatz gegen Atomkraft** lohnt. Denn die Zukunft der Energie
239 liegt in den Erneuerbaren Energien. Sie sind nicht nur sicherer, sondern auch um
240 ein Vielfaches billiger als die Atomenergie. Deshalb setzen wir uns weiterhin
241 für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und konsequent gegen Atomkraft ein.

242 Die Strahlung des **Atommülls** bleibt nach dem Atomausstieg ein hohes Risiko für
243 zehntausende Generationen. Die bundesweit ergebnisoffene Suche nach einem
244 Endlager mit der bestmöglichen Sicherheit muss in einem wissenschaftsbasierten
245 Verfahren ablaufen, transparent und nachvollziehbar sein. Sie muss auch
246 sicherstellen, dass die Öffentlichkeit beteiligt wird und die Sicherheit aller
247 Menschen im Mittelpunkt steht. Das fordert das Standortauswahlgesetz und dass es
248 eingehalten wird, erwarten wir auch von unseren Nachbarländern. Die
249 Standortsuche für ein **Atommüllendlager in grenznahen Regionen in Belgien** darf
250 nicht dazu führen, dass man sich bereits informell oder stillschweigend auf
251 einen Standort festlegt. Von der belgischen Regierung werden wir transparente
252 Verfahren fordern und erwarten, dass die Bürgerinnen und Bürger in den
253 betroffenen Nachbarländern beteiligt werden.

LTWP-2 2. Verantwortliche Wirtschaft – Nachhaltige Innovation

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Mit der ökologischen Transformation der Wirtschaft leisten wir GRÜNE einen
2 doppelten Beitrag: **Wir stellen uns unserer globalen Verantwortung und schaffen**
3 **die Grundlagen für den Wohlstand und die sichere Zukunft unseres Landes.** Wir
4 müssen die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens einhalten, um die
5 Existenzgrundlagen der Menschheit sichern zu können. Dafür brauchen wir die
6 nachhaltige Transformation. Nur so können wir auf dem Weg durch die Krise
7 Zukunftsfähigkeit gewinnen, statt weiter unsere Lebensgrundlagen aufs Spiel zu
8 setzen.

9 Die Folgen der Corona-Pandemie für die Wirtschaft sind gravierend. Gerade auf
10 dem Weg durch die Krise und aus der Krise müssen wir von den Technologien der
11 Vergangenheit umsteigen auf die Technologien der Zukunft und das Know-how für
12 die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze von Morgen nutzen. Daran haben auch
13 Unternehmen ein Interesse. Nur mit dem nachhaltigen Wandel können wir die
14 Grundlagen unseres Wohlstands und unserer Wirtschaftskraft für die Zukunft
15 sichern.

16 Auch bei dem wichtigen Wirtschaftsfaktor **Tourismus** bleiben wir diesem Grundsatz
17 treu: Unser größtes Kapital sind Natur und Landschaft, deswegen fördern wir
18 GRÜNE einen nachhaltigen und umweltfreundlichen Tourismus.

19 Künstliche Intelligenz (KI), Automatisierung und **digitale Technologien** können
20 uns bei einer erfolgreichen ökologischen Transformation helfen. Dabei achten wir
21 von Anfang an darauf, dass Energie und Ressourcen geschont werden, denn nur dann
22 ist die Digitalisierung langlebig und effizient. Dazu möchten wir eine
23 landeseigene GREEN KI Strategie entwickeln und bei der Vergabe Software nach
24 nachhaltigen Kriterien, wie Stromverbrauch, genauer unter die Lupe nehmen.

25 Zu unserem Leitbild einer verantwortlichen Wirtschaft gehört auch ein **starker**
26 **Verbraucherschutz.** Grüne Politik schafft die Voraussetzungen dafür, dass die
27 Verbraucher*innen auf Augenhöhe mit Unternehmen selbstbestimmt am Marktgeschehen
28 teilnehmen und frei wählen können, was sie konsumieren wollen.

29 **Zukunftssicherung durch nachhaltige Transformation**

30 Für eine nachhaltige Transformation bietet unser Land solide Grundlagen und
31 herausragende Möglichkeiten. Dabei stellt sich nicht die Frage, wie wir
32 ökologische Standards gegen wirtschaftliche Interessen durchsetzen können. Ganz
33 im Gegenteil: Wir brauchen die ökologische Transformation, damit wir die
34 Grundlagen unseres Wohlstands und unserer Wirtschaftskraft für die Zukunft
35 sichern können.

36 Um Wirtschaft und Forschung auf dem Weg hin zur Klimaneutralität zu
37 unterstützen, setzen wir auf Beratung, beispielsweise mit Hilfe unseres
38 Effcheck-Programms oder der Energieagentur und Vernetzung sowie das erfolgreiche
39 Umwelttechniknetzwerk Ecoliance. Daneben fördern wir die Innovationskraft in
40 unserem Land, indem wir Stipendien für Gründer*innen vergeben, die nachhaltige
41 Projekte verfolgen.

42 Wir haben in die Infrastruktur investiert, den Technologietransfer gefördert,
43 wir haben die Fachkräftestrategie fortgeschrieben und Anreize für die Gründung
44 und Förderung von Unternehmen geschaffen. Das alles hat dazu beigetragen, dass
45 Rheinland-Pfalz in vielen Bereichen in der Spitzengruppe aller Bundesländer
46 steht. Der **Ausbau der Erneuerbaren Energien** hat zu über 10.000 zusätzlichen
47 Beschäftigten und Wertschöpfung im Land geführt. Die Umwelttechnik-Branche
48 verfügt über hohe Wachstumsraten, circa zehn Prozent der rheinland-pfälzischen
49 Wirtschaftsleistung wird durch neue Entwicklungen in den Bereichen
50 Abwassersysteme, Kreislaufwirtschaft, Recycling oder dezentrale Energiesysteme
51 von über 17.500 Beschäftigten erwirtschaftet. Das von der Landesregierung
52 geförderte **Umwelttechniknetzwerk Ecoliance** ist sehr erfolgreich darin, durch
53 Vernetzung und Beratung die Erschließung neuer Exportmärkte zu unterstützen.

54 Wirtschaftliche Tätigkeit darf nicht im Widerspruch zu Klima- und Umweltzielen
55 stehen und sie soll sich am Gemeinwohl orientieren. Wir unterstützen Ansätze der
56 Gemeinwohlökonomie, der solidarischen Ökonomie und die Erstellung von
57 Gemeinwohlbilanzen durch öffentliche und private Unternehmen, die die
58 ökologischen und sozialen Folgen wirtschaftlicher Tätigkeit beleuchten.

59 Unser Ziel ist es, Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Nachhaltigkeit,
60 Vorsorge und Gerechtigkeit zu stärken. Die EU-Kommission hat mit ihrem Green
61 Deal einen Rahmen für den Wandel auf der europäischen Ebene gesetzt. Europa soll
62 bis 2050 der größte klimaneutrale Binnenmarkt der Welt sein. Wir GRÜNE
63 Rheinland-Pfalz, im Herzen Europas, wollen den **Green Deal nutzen, um Rheinland-**
64 **Pfalz zur führenden Region der Transformation zu machen.**

65 **Mittelstand stärken**

66 Der Mittelstand ist die tragende Säule der rheinland-pfälzischen Wirtschaft.
67 99,5 Prozent der Unternehmen gehören dazu und stellen mehr als die Hälfte der
68 Arbeitsplätze. Ihre Vielfalt zeichnet sich aus durch zahlreiche Hidden Champions
69 (heimliche Marktführer), ein erfolgreiches Handwerk, innovative und engagierte
70 Landwirt*innen sowie Winzer*innen, auch durch die vielen leistungsfähigen
71 Dienstleister und nicht zuletzt durch die Global Player. Gerade im ländlich
72 geprägten Raum ist der Mittelstand enorm wichtig, um gleichwertige
73 Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu sichern. Darüber hinaus haben
74 mittelständische Unternehmen in Rheinland-Pfalz im Ländervergleich mit drei von
75 vier Ausbildungsplätzen den höchsten Anteil an der Fachkräftequalifizierung.

76 Wir wollen den Mittelstand und das Handwerk bei dem Prozess der Digitalisierung
77 unterstützen. Dafür müssen wir nicht nur investieren, sondern ihnen auch
78 transparente und qualifizierte Zugänge zu Informationen durch Vernetzung und
79 Kooperation ermöglichen. Bürokratische Hürden wollen wir abbauen, beispielsweise
80 durch **E-Government**. Denn digitale Verwaltungsleistungen können bequem und
81 zeitsparend von zuhause oder vom Betrieb ausgenutzt werden. Andererseits hilft
82 E-Government die Anzahl an Behördenschritten zu reduzieren, indem Informationen
83 gebündelt und allen zuständigen Behörden zur Verfügung gestellt werden. Mit dem
84 **EffCheck**, dem **Effizienznetz** und der **Energieagentur** haben wir Beratungs- und

85 Informationsangebote geschaffen, die den Betrieben helfen zu erkennen, in
86 welchen Bereichen sie einsparen und wo sie noch effizienter arbeiten können. Wir
87 wollen diese Strukturen stärken, damit noch mehr Unternehmen davon profitieren
88 können.

89 **Handwerk hat grünen Boden**

90 Durch seine dezentrale Struktur ist das Handwerk in seiner Vielfalt eine starke
91 Basis für regionale Wirtschaftskreisläufe, Ausbildung, Beschäftigung und
92 Wertschöpfung vor Ort. Ob bei der Gebäudedämmung oder beim Einsatz von
93 Energiespartechnologien in Privathaushalten und im Gewerbe, ob bei der
94 energetischen Sanierung oder dem Austausch alter Heizungen gegen neue und
95 effizientere: Die Handwerksbetriebe sind ein zentraler Partner, wenn es darum
96 geht, die Energiewende im Land umzusetzen.

97 **Fachkräfte sichern – Die Arbeit der Zukunft fair gestalten**

98 Den Nachwuchs an Fachkräften zu sichern ist für den Wirtschaftsstandort
99 Rheinland-Pfalz unerlässlich. Wir wollen jungen Menschen von Anfang an eine **gute**
100 **Ausbildung und Qualifikation** ermöglichen. Zusammen mit den Betrieben, die
101 verantwortungsvoll ausbilden, wollen wir die Zahl der Ausbildungsplätze halten
102 und ausbauen. Praktische Orientierungsangebote, Berufsberatungen,
103 Förderwettbewerbe und das MINT-Zertifikat sorgen dafür, dass die handwerklich-
104 technischen Berufe mehr in den Fokus rücken. Durch unsere Landesförderung der
105 379 überbetrieblichen Lehrlingswerkstätten erwerben Auszubildende Wissen, die
106 einzelne kleine Betriebe nicht vermitteln können. Das **Aufstiegs-BAföG** macht es
107 möglich, dass Fortbildungen finanzierbar werden. Der **Aufstiegsbonus I** sorgt
108 dafür, dass die bestandene Meisterprüfung mit einer Anerkennungsprämie honoriert
109 wird. Mit dem Aufstiegsbonus 385 II haben wir begonnen, die Gründung eigener
110 Betriebe mit einer Prämie zu unterstützen. Unser Ziel bleibt der gebührenfreie
111 Meisterbrief. Mit der Förderung von **Lernwerkstätten 4.0** helfen wir Unternehmen
112 und Beschäftigten, sich frühzeitig auf Entwicklungen in relevanten
113 Technologiefeldern vorzubereiten und sich fit zu machen für die Zukunft.

114 Wir fördern mit unserer Politik gezielt **Frauen**, damit sie sich gleichberechtigt
115 am Erwerbsleben beteiligen können. In der Bildung gilt es insbesondere **Mädchen**
116 stärker im Bereich der MINT-Fächer zu **fördern**. Wir setzen uns für eine bessere
117 Integration von in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und
118 für eine gesteuerte **Zuwanderung von Fachkräften** aus dem Ausland ein. Wir haben
119 auch die Förderung von Jugendlichen mit Migrations- und Fluchthintergrund
120 gestärkt, indem wir bedarfsorientiert Sprachkurse angeboten und die
121 Möglichkeiten zur Einstiegs- und Nachqualifizierung ausgebaut haben.
122 Anerkennungsverfahren müssen erleichtert und die Maßnahmen für Integration durch
123 Arbeit ausgebaut werden. Es ist absurd, wenn wir Fachkräfte, die beispielsweise
124 Geflüchtete sind, in unserem Land haben, sie aber wegen mangelnder Anerkennung
125 ihrer Qualifikationen nicht in ihren Fachberufen arbeiten können. Besonders für
126 Mangelberufe, wie in der Pflege, wollen wir spezielle Programme fördern.

127 **Nachhaltige Innovation durch Forschung und Entwicklung**

128 Den **Anteil der staatlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung** wollen wir
129 in den kommenden Jahren durch den neuen EFRE-Förderrahmen (Europäischem Fonds
130 für regionale Entwicklung) gemessen am Bruttoinlandsprodukt **verdreifachen**. Damit
131 bringen wir die Ausgaben über das Bundesdurchschnittsniveau. Die EFRE-Förderung
132 wollen wir **stärker an den Kriterien Effizienz und Nachhaltigkeit** ausrichten.

133 Mit einem **landeseigenen Förderprogramm für Forschung und Entwicklung**, das
134 speziell auf kleine und mittlere Unternehmen aus den Branchen digitale Zukunfts-
135 und Schlüsseltechnologien, erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz und
136 innovative Mobilität zugeschnitten wird, wollen wir sicherstellen, dass unser
137 Mittelstand Wachstums- und Innovationsmotor im nachhaltigen Wirtschaften bleibt.

138 Bislang sind ökologische Kosten, wenn überhaupt, nur ansatzweise in den Preisen
139 abgebildet. Deshalb kann das Potenzial der Technologien der Zukunft noch nicht
140 voll ausgeschöpft werden. Noch haben wir keinen CO₂-Preis auf wirksamen Niveau
141 und fördern klimaschädliche Subventionen wie zum Beispiel das Verbrennen von
142 Dieselkraftstoff. Deshalb kommt es darauf an, Wettbewerbsnachteile sauberer
143 Technologien auszugleichen und ihren Markthochlauf gezielt zu unterstützen.

144 **Grüner Wasserstoff** und dessen Folgeprodukte (Power-to-X) bieten über viele
145 Sektoren hinweg Möglichkeiten, Treibhausgase einzusparen. Wir wollen daher eine
146 **Landeswasserstoffstrategie** entwickeln, die nicht nur die Eigenerzeugung von
147 Grünem Wasserstoff voranbringt, sondern auch die Versorgungssicherheit bei
148 Erneuerbaren Energien steigert.

149 **Innovationskraft stärken – Gründungen & Startups unterstützen**

150 Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz hängt sehr stark von der Innovationskraft des
151 Landes ab. Wir GRÜNE wollen deshalb die **Innovations- und Gründerzentrenweiter**
152 **fördern** und die Einrichtung von **Coworking-Spaces** (gemeinsame Arbeitsorte für
153 Freiberufler*innen, kleinere Startups oder digitale Nomaden) auch außerhalb der
154 Oberzentren durch sogenannte „**Dorfbüros**“ forcieren.

155 Wir werden die Beratungen für Unternehmen ausbauen und die **Mittelstandslotsen**
156 **personell verstärken**. Eine **Gründungsleitstelle Rheinland-Pfalz** soll darüber
157 hinaus die Bereitschaft zur Unternehmensgründung stärken. Die Förderung von
158 Infrastrukturmaßnahmen, Initiativen, Plattformen, Netzwerken und Clustern hat
159 sich bewährt, um insbesondere Größennachteile von kleineren und
160 mittelständischen Unternehmen auszugleichen. Darauf wollen wir aufbauen,
161 insbesondere mit Blick auf erfolgreiche Projekte in der chemischen Industrie und
162 dem Nutzfahrzeugsektor.

163 **Gründungsstipendien** und **Gründungsdarlehen** können helfen, um Gründerinnen und
164 Gründern mit CO₂- und ressourcensparenden Geschäftsmodellen den Einstieg in die
165 Selbstständigkeit zu erleichtern. Um Frauen zu ermutigen, werden wir sie im
166 Rahmen eines Gründerpreises mit einer eigenen Kategorie besonders ansprechen.

167 **Nachhaltiges Wirtschaften für Rheinland-Pfalz und die Welt**

168 Das Bruttoinlandsprodukt ist ein wesentlicher Indikator für den wirtschaftlichen
169 Wohlstand. Er ist allerdings nicht der einzige Gradmesser dafür, wie es den
170 Menschen in unserem Land geht. Für uns GRÜNE steht im Mittelpunkt, dass es der
171 Gesellschaft insgesamt gelingt, Lebenschancen für alle und Zusammenhalt zu
172 sichern, ohne dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Mit dem
173 **Regionalen Wohlfahrtsindex** wollen wir Parameter einführen, anhand derer die
174 Wohlstandsmessung nach dem BIP ergänzt werden soll.

175 Der Außenhandel ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für Wohlstand und Beschäftigung
176 in Rheinland-Pfalz. Technologien in den Bereichen Klimaschutz und
177 Ressourceneffizienz können auch zukünftig ihren Beitrag leisten, den
178 Spitzenplatz zu sichern. Die Erschließung internationaler Märkte in diesen
179 Bereichen wollen wir auch zukünftig unterstützen, immer unter der Voraussetzung,

180 dass Umwelt- und Arbeitsschutzkriterien auch in den Partnerländern eingehalten
181 werden.

182 Neben der **Außenhandelsförderung** spielt die **Anwerbung von Investoren** für die
183 rheinland-pfälzische Wirtschaft weiter eine wichtige Rolle. Diesen Prozess
184 wollen wir in Kooperation mit der Außenhandelskammer nachhaltig sichern.

185 **Tourismus: Barrierefrei, naturnah, weltoffen**

186 Mit seinen Landschaften und Städten zeichnet sich Rheinland-Pfalz durch
187 vielseitige touristische Möglichkeiten aus. Durch die Corona-Krise wurde die
188 Branche so hart getroffen wie kaum eine andere Branche. Um die Folgen
189 abzumindern, haben wir Geld in die Hand genommen für die Digitalisierung in
190 allen touristischen Bereichen sowie das Standortmarketing der Regionen. Außerdem
191 wurden Investitionen in einzelne Betriebe oder in die öffentliche Tourismus-
192 Infrastruktur aufgestockt. Urlaub in Deutschland hat durch die Corona-Pandemie
193 an Attraktivität gewonnen, deshalb ist es uns GRÜNEN wichtig, den sanften
194 Tourismus in Rheinland-Pfalz auszubauen. Im **naturnahen Tourismus** wollen wir den
195 Fokus vor allem auf unseren **Nationalpark Hunsrück-Hochwald**, das einzigartige
196 UNESCO-Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen und die Naturparke und
197 Naturschutzgebiete im Land legen.

198 Tourismus muss für alle Menschen zugänglich und erfahrbar sein. Deswegen ist es
199 nicht nur wichtig, **barrierefreie und familienfreundliche Unterkünfte** anzubieten,
200 sondern auch in den Kommunen eine starke Struktur zu schaffen, in der sich
201 Menschen mit verschiedenen Bedürfnissen wohlfühlen können.

202 Mit der erarbeiteten **Tourismus-Strategie 2025** soll garantiert werden, dass der
203 Tourismus in Rheinland-Pfalz als einer der stärksten Wirtschaftsfaktoren gute
204 Weiterentwicklungschancen hat. Unser Schwerpunkt liegt dabei auf Regionalität
205 und Umweltverträglichkeit. Um Rheinland-Pfalz zur erfolgreichen Tourismusmarke
206 zu machen, setzen wir auf den intensiven Austausch aller Akteur*innen und auf
207 eine zukunftsweisende Struktur der Tourismusförderung.

208 Wir GRÜNE wollen die Gastgeber*innen fördern und unterstützen, beispielsweise
209 bei der Digitalisierung. Und unsere Gäste sollen sich mit einer **Gäste-Mobil-Card**
210 sicher und verlässlich in unserem Land bewegen können. Gemeinsam mit den
211 Gastgeber*innen wollen wir eine ambitionierte Zertifizierung für umwelt- und
212 familienfreundliche Beherbergung entwickeln und umsetzen.

213 **Grüne Digitalisierungsoffensive**

214 Ob zu Hause, beim Wandern im Pfälzerwald oder in der Bahn von Trier nach Koblenz
215 – Telefonieren und schnelles Surfen müssen möglich sein. Wir GRÜNE wollen eine
216 **nachhaltige und ökologische Digitalisierung**. Künstliche Intelligenz (KI),
217 Automatisierung und digitale Technologien können uns bei einer erfolgreichen
218 Transformation helfen. Dabei setzen wir von Anfang an auf **Energie- und**
219 **Ressourcenschonung**, denn nur dann ist Digitalisierung langlebig und effizient.
220 Besonders wichtig ist uns, dass das Recht über die Verwendung der eigenen Daten
221 bei den Bürger*innen bleibt. Deshalb wollen wir die **digitale Unversehrtheit** der
222 Rheinland-Pfälzer*innen stärken, indem wir die Befugnisse der Behörden kritisch
223 überprüfen und klare Grenzen bei der Nutzung und Speicherung personenbezogener
224 Daten ziehen.

225 Der digitale Wandel braucht eine starke Infrastruktur. Wir GRÜNE wollen den
226 **flächendeckenden Glasfaserbau** in Rheinland-Pfalz weiter vorantreiben, und zwar

227 bis ans Haus. Alle Bürger*innen sollen **Zugang zu Gigabitbandbreiten** haben.
228 Bereits heute kann mehr als jeder dritte Haushalt auf Bandbreiten von mindestens
229 1 Gbit/s zugreifen. In der Fläche liegt die Verfügbarkeit von 50 Mbit/s aber
230 teilweise unter 70 Prozent. Das reicht für eine Gigabitgesellschaft nicht aus.
231 Zu einer modernen und freien digitalen Infrastruktur gehören **sichere und**
232 **leistungsfähige Rechen- und Speicherkapazitäten**. Für die Forschung und
233 Wirtschaft in Rheinland-Pfalz wollen wir **High Capacity Computing** den Weg
234 bereiten, damit auch in unserem Bundesland Hochleistungsrechnen bei komplexen
235 Aufgaben möglich wird.

236 Wir GRÜNE wollen **digitale Teilhabe für alle Bürger*innen**. Ebenso eine
237 **flächendeckende Mobilfunkversorgung**. Hierfür ist allerdings der Bund zuständig
238 und muss endlich dafür sorgen, dass die Netzbetreiber ihre Auflagen erfüllen,
239 damit Funklöcher Geschichte sind. Bei zukünftigen Vergaben von Frequenzen muss
240 die Bundesnetzagentur ehrgeizige Ziele für eine moderne digitale Infrastruktur
241 verbindlich durchsetzen.

242 Wir GRÜNE wollen freie und datensichere, öffentlich zugängliche Internetzugänge
243 fördern. Deswegen unterstützen wir weiter die **Freifunk-Initiativen** im Land. Ein
244 wichtiges Anliegen ist uns die Unabhängigkeit von großen Softwareherstellern.
245 Deswegen wollen wir in der Verwaltung auf **Open Source Software** (Software mit
246 frei zugänglichem Quellcode) umsatteln. Darüber hinaus setzen wir uns für die
247 Nutzung von öffentlich gesammelten Daten im Rahmen einer **Open Data-Strategie**
248 ein.

249 Künstliche Intelligenz, sichere dezentrale Speicherung (Blockchain Technologie)
250 und das Internet der Dinge bestimmen heute schon die Entwicklungen von BioTech,
251 GreenTech oder Mobilitätsanwendungen. In diesem Bereich verfügt Rheinland-Pfalz
252 über einzigartige Forschungseinrichtungen. Diese Potenziale wollen wir für
253 Mensch und Natur nutzen und setzen deswegen auf **Green KI made in Rheinland-**
254 **Pfalz**. Dafür brauchen wir eine landeseigene **Green KI Strategie** und eine KI-
255 Zukunftskommission, die die wesentlichen Akteure im Land vernetzt. Um eine
256 Vorreiterrolle einzunehmen, wollen wir einen Lehrstuhl für nachhaltige KI
257 einrichten und den Bereich Sozio-Informatik ausweiten. **Nachhaltige und**
258 **ökologische Digitalisierung** soll von Anfang an mitgedacht werden und
259 beispielsweise die „Blauer Engel“-Zertifizierung für Software bei der Vergabe
260 berücksichtigen.

261 Digitalisierung muss Hand in Hand gehen mit Datenschutz und ethischen Aspekten.
262 Green IT soll auch in der öffentlichen Verwaltung ankommen. Besonders wichtig
263 ist uns, dass das Recht über die Verwendung der eigenen Daten bei den
264 Bürger*innen bleibt.

265 **Verbraucher*innen schützen**

266 Wir alle verbrauchen und konsumieren täglich. Aber was wir konsumieren, woher
267 ein Produkt kommt, was es enthält und wie es produziert wurde, bleibt viel zu
268 oft im Dunkeln. Das wollen wir ändern. Ein Kernanliegen grüner Politik ist, die
269 **Rechte der Verbraucher*innen zu stärken und schützen**, analog wie digital. Denn
270 wir Verbraucher*innen haben ein Recht auf verlässliche und neutrale
271 Informationen, die uns eine Orientierungshilfe und echte Wahlfreiheit bieten.
272 Dazu gehört auch, dass die Menschen erkennen können, unter welchen sozialen und
273 ökologischen Bedingungen Waren produziert wurden und eine transparente Angabe
274 von Inhaltsstoffen erfolgt.

275 In der Corona-Krise wurde der hohe Stellenwert des Verbraucherschutzes wieder
276 deutlich: Die Pandemie hat in das Leben von vielen Verbraucher*innen massiv
277 eingegriffen. Geplante Reisen konnten nicht stattfinden, die Frage nach
278 kostenfreiem Stornieren oder die Verpflichtung, weiterhin für private, nicht
279 nutzbare Dienstleistungen zu bezahlen haben Verbraucher*innen verunsichert. Wir
280 GRÜNE werden immer wieder dafür kämpfen, dass die Wirtschaft sich in solchen
281 Zeiten nicht darauf beschränken darf, die Standards im Verbraucherschutz zu
282 reduzieren und das Problem so auf die Endkunden zu verlagern – weder in guten
283 noch in schlechten Zeiten.

284 **Verbraucher*innenrechte gelten offline wie online**

285 Ob auf Facebook, in Bewerbungsverfahren oder bei der Beurteilung der
286 Kreditwürdigkeit – Algorithmen begegnen uns heute in fast jedem Lebensbereich.
287 Fast nie erfahren wir, nach welchen Prinzipien Algorithmen uns beurteilen. Wir
288 setzen uns ein für einen wirksamen Verbraucherschutz in der digitalen Welt,
289 insbesondere bei Entscheidungen, die auf Algorithmen basieren. Ihr Einsatz darf
290 niemals dazu führen, dass Verbraucher*innen aus bestimmten Lebensbereichen
291 ausgeschlossen oder diskriminiert werden. Für den Einsatz von **Algorithmen**
292 **brauchen wir Transparenz, einen verbrauchergerechten Rechtsrahmen und effektive**
293 **Schutzmechanismen.** Die Unternehmen sollen beispielsweise darüber informieren,
294 welche Methoden sie bei der personalisierten Preisbildung einsetzen und welche
295 Daten sie verwenden.

296 Wenn Kinder Online-Angebote nutzen, brauchen sie zuverlässigen Schutz vor
297 gefährdenden Inhalten. Auch in vermeintlich kindgerechten Apps und Diensten
298 kommen Kinder immer wieder mit Gewalt, Pornografie und Glücksspiel in Berührung.
299 Auf Bundesebene werden wir uns für einen Gesetzesrahmen einsetzen, der einen
300 **wirksamen Schutz von Kinderrechten im digitalen Umfeld** gewährleistet.

301 Der Staat muss **Online- Glücksspiele** konsequent und umfassend regulieren. Wir
302 wollen den Ausbau zugelassener Online-Glücksspielarten verhindern und illegale
303 Webseiten-Klone identifizieren. Anbieter von Glücksspielen sollten sich in ihrer
304 Werbung auf das Gebiet beschränken, für das sie eine Lizenz haben.

305 **Die Verbraucherzentrale: eine starke Lobby**

306 Die Corona-Pandemie hat noch einmal gezeigt, wie richtig unsere Initiative war,
307 die Landesförderung für die Verbraucherzentrale zu erhöhen und das digitale
308 Beratungsangebot in den vergangenen Jahren auszubauen. Die Anlaufstelle für
309 Verbraucheranliegen hat sich in der aktuellen Krisensituation einmal mehr als
310 wichtiger und verlässlicher Partner zum Schutz der rheinland-pfälzischen
311 Bürger*innen bewährt. Die Verbraucher*innen können sich mit der
312 Verbraucherzentrale auf eine starke Lobby verlassen, die ihre Interessen
313 vertritt und sie vor Irreführung, Betrug und nicht erbrachten Leistungen
314 schützt. Wir GRÜNE werden uns für eine gesicherte **Finanzierung** einsetzen, die
315 der laufenden Arbeit und den neuen Herausforderungen der **Verbraucherzentrale**
316 gerecht wird. Ihre Beratungsstellen müssen erhalten bleiben und die digitale
317 Beratung und Verbraucherbildung weiterentwickelt und umgesetzt werden.

318 Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht auch einzufordern.
319 Wir wollen endlich **echte Sammelklagen** – nicht nur Musterfeststellungsklagen –
320 ermöglichen, die das Prozessrisiko auf viele Schultern verteilen. Nachdem sich
321 die EU auf die Einführung solcher Sammelklagen verständigt hat, werden wir im

322 Bundesrat für eine Umsetzung eintreten, von der möglichst viele Verbraucherinnen
323 und Verbraucher profitieren können.

324 **Reparieren statt wegwerfen**

325 Wer kennt das nicht? Beim Smartphone macht der Akku schlapp, aber beim Versuch,
326 einen neuen einzusetzen, stellt sich heraus, dass das Gerät selbst oder der Akku
327 fest mit dem Gehäuse verklebt ist. Das ist ärgerlich und vor allem unnötig. So
328 werden Geräte, die eigentlich repariert werden könnten, unversehens zu Elektro-
329 Schrott. Das schadet unserem Geldbeutel und unserer Umwelt: Ressourcen werden
330 behandelt, als seien sie unerschöpflich, und der Müll türmt sich.

331 Wir wollen deshalb das Prinzip **Reparieren statt Wegwerfen** in Rheinland-Pfalz
332 stark machen, indem wir zum Beispiel **Repair-Cafes** und Fahrradwerkstätten
333 fördern. Dazu brauchen wir auch ein europaweit geltendes Recht auf Reparatur.
334 Mit öffentlichen Informationen und Kampagnen wollen wir auf die Notwendigkeit
335 von nachhaltigem und fairem Konsum aufmerksam machen.

LTWP-3 3. Intakte Umwelt – Gesicherte Lebensgrundlagen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Wir Menschen sind mit unserer **Umwelt** untrennbar verbunden. Wir ernähren uns von
2 den Produkten der Natur, haben individuelle Vorlieben, was Wetter und Klima
3 angeht, fahren in den Urlaub in die Berge, gehen Spazieren an Flüssen oder in
4 den Wald und genießen Natur, um uns zu erholen. **Natur** ist ein Rückzugsort – für
5 uns und für die zahlreichen Tiere, die sie bewohnen. Auch mit Tieren sind wir
6 Menschen eng verbunden. Wir erfreuen uns an ihnen, bauen emotionale Beziehungen
7 auf, leben mit und von ihnen. Wo auf der einen Seite eine enge Bindung besteht,
8 darf auf der anderen die Verantwortung nicht enden: **Was wir lieben, wollen wir**
9 **schützen.**

10 **Natur- und Umweltschutz** sind uns GRÜNEN eine Herzensangelegenheit. Deswegen
11 setzen wir uns für einen flächendeckenden Biotopverbund und die Ausweitung der
12 bestehenden Naturschutzgebiete ein. Wir wollen **das ökologische Gleichgewicht**
13 **bewahren und dem Artensterben entgegenwirken.** Auch die Stadt soll als Lebensraum
14 grüner werden: Vorgärten oder Fassaden bieten dazu bisher ungenutzte
15 Möglichkeiten. Zum Erhalt der Arten benötigen wir einen durchdachten
16 Gewässerschutz in unserem wasserreichen Bundesland.

17 Um unseren Lebensraum weniger zu belasten, entwickeln wir tragfähige Konzepte
18 der **Müllvermeidung**, von der ressourcenschonenden Produktion bis zur
19 fortschrittlichen regionalen Recyclinginfrastruktur.

20 Den **Wald**, wie wir ihn kennen, wird es nicht mehr lange geben. Um unsere
21 Landschaft zu bewahren, müssen wir nun den Umbau unserer Wälder angehen. Das
22 Ziel ist ein klimaangepasster, naturnaher Mischwald mit ausgewiesenen
23 **Wildnisflächen** als Hort der Biodiversität.

24 Natur- und Umweltschutz gelingt mit dem grundlegenden **Umbau der Landwirtschaft**
25 nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit, mit sinnvollen Anreizen für die
26 Landwirt*innen und transparenten Orientierungshilfen für Verbraucher*innen. In
27 Einrichtungen, wie zum Beispiel Kita, Schule und betreuten Wohnformen setzen wir
28 auf **gesunde Lebensmittel.**

29 Wir wollen einen ethisch **verantwortungsvollen Umgang mit Tieren** in allen
30 Bereichen: Wir setzen uns für eine tiergerechte und flächengebundene
31 Nutztierhaltung ein und dafür, dass Tierversuche durch die Weiterentwicklung von
32 alternativen Methoden überflüssig werden.

Natur und Umwelt schützen

34 Während der Klimakrise mit ihren Hitze- und Dürrephasen wird deutlich, dass auch
35 wir Rheinland-Pfälzer*innen in besonderen Maßen von einem funktionierenden
36 globalen Ökosystem mit vielfältigen Pflanzen- und Tierarten abhängig sind. Ein

37 intaktes Ökosystem bietet Schutz vor Krankheiten und Schädlingen. Es stellt
 38 zahlreiche überlebenswichtige Leistungen zur Verfügung wie zum Beispiel die
 39 Bestäubung von Obst und Gemüse durch Insekten.

40 **Doch das ökologische Gleichgewicht ist aus dem Lot geraten.** Bislang
 41 unerschlossene Naturparadiese werden weltweit massiv bedrängt, Lebensräume
 42 vernichtet, die Bewirtschaftung zunehmend intensiviert und auf diese Weise
 43 zahlreiche Tier- sowie Pflanzenarten gefährdet. Auch die Roten Listen in
 44 Deutschland und in Rheinland-Pfalz zeigen: Rund ein Drittel der bekannten 72.000
 45 Tier-, Pflanzen- und Pilzarten sind in ihrem Bestand bedroht. Darunter befinden
 46 sich viele typische Arten unserer Äcker, Wiesen und Dörfer, wie zum Beispiel die
 47 Feldlerche oder der Haussperling. Das schleichende Sterben hat längst
 48 eingesetzt, auch bei uns in Rheinland-Pfalz.

49 **Artensterben stoppen**

50 Wir wollen blühende Wiesen, Gärten und Äcker für summende Vielfalt im ganzen
 51 Land. **Die erfolgreichen Programmes Natur- und Gewässerschutzes** Aktion Grün und
 52 Aktion Blau Plus wollen wir ausweiten zu einem **flächendeckenden Biotopverbund**.
 53 Der Westwall wird als „Grünes Band im Westen“ mit der Stiftung Westwall zum
 54 Biotopverbund-System weiterentwickelt – verbunden mit einem Konzept zur
 55 politischen Bildung und als Mahnmahl gegen Nazis und Krieg. Wir möchten
 56 **flächendeckend Kommunen zur Aktion-Grün-Kommune** machen. Gemeinsam mit den vielen
 57 ehren- und hauptamtlichen Insektenretter*innen werden wir sogenannte **Eh-Da-**
 58 **Flächen**, also vorhandene **Weg- und Ackerränder, Verkehrsinseln und**
 59 **Entwässerungsgräben in blühende Lebensräume für Biene und Co. verwandeln**.
 60 Gehölz- und Grünstreifen entlang von Straßen und Wegen wollen wir naturnah
 61 gestalten. Unsere vielfältigen Artenschutzprojekte für gefährdete Leitarten wie
 62 Kiebitz, Braunkehlchen, Segelfalter und Feldhamster fördern wir nicht nur
 63 weiter, sondern sorgen auch dafür, dass sie langfristig weiterentwickelt werden.
 64 Schutzgebiete und wertvolle Biotope wie **Streuobstwiesen und Gewässerränder**
 65 **vernetzen wir** gemeinsam mit allen Akteur*innen quer durch unsere vielfältige
 66 Kulturlandschaft.

67 Die konsequente **Weiterentwicklung der Natura 2000-Schutzgebiete** wie Pfälzerwald
 68 oder Soonwald werden wir als Beitrag zur nationalen und europäischen
 69 Biodiversitätsstrategie vorantreiben. Auch unsere **zahlreichen Naturschutzgebiete**
 70 werden wir **weiter aufwerten**, indem wir eine **flächendeckende, ökologische**
 71 **Landbewirtschaftung in diesen Gebieten** anstreben und unterstützen. Gemeinsam mit
 72 allen Akteur*innen werden wir den Nationalpark Hunsrück-Hochwald, das
 73 Biosphärenreservat Pfälzerwald und unsere Naturparks im Land stärken. Die
 74 Naturparks sollen dabei unter einem gemeinsamen Dach stärker sichtbar und bei
 75 der Regionalentwicklung, dem Klimaschutz, der regionalen Erzeugung und dem
 76 schonenden Tourismus stärker eingebunden werden.

77 Naturschutzmaßnahmen sind dann besonders wirkungsvoll, wenn sie gut vernetzt
 78 werden. Deswegen wollen wir die öffentliche Steuerung stärken, weitere
 79 Naturschutzprojekte planen und umsetzen, die Landwirtschaft enger miteinbeziehen
 80 sowie mit Hilfe eines Monitorings die Erfolge besser nachvollziehen. Wir werden
 81 prüfen, inwieweit die bestehenden Verwaltungsstrukturen gestärkt oder neue
 82 Strukturen, beispielsweise in Form von **biologischen Stationen**, aufgebaut werden
 83 sollten.

84 Ebenso möchten wir den **Wissenstransfer zwischen der Umweltverwaltung und unseren**
 85 **hervorragenden Hochschulen** weiter verbessern. Dank neuester Algorithmen und

86 Künstlicher Intelligenz können viele Umweltprobleme effizient erkannt und
87 bekämpft werden.

88 **Lernen von Umwelt und Natur**

89 Wir möchten unsere **Umweltbildung ausbauen**. Die vielseitigen Themen des **Umwelt-,**
90 **Klima- und Naturschutzes** werden wir **an noch mehr Kitas und Schulen spielerisch**
91 **vermitteln**. Besonders in den Bereichen Klimaschutz und Ernährung werden wir die
92 erfolgreiche Arbeit der Stiftung Natur und Umwelt weiter fördern. Die gute
93 Zusammenarbeit mit den Landfrauen in Projekten zu Wildkräuter und Streuobst soll
94 auf das ganze Land ausgeweitet werden. Aber auch an weiterführenden Schulen,
95 Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen brauchen wir verstärkt ökologische
96 Lehrinhalte.

97 **Oasen in unseren Städten**

98 Wir möchten lebenswerte Innenstädte und Dorfkerne gestalten, indem wir die
99 vorhandenen **grünen und blauen Oasen aufwerten** und um viele weitere naturnahe
100 Begrünungen von Vorgärten, Fassaden und Dachflächen oder naturnahe Wasserflächen
101 erweitern. Zusätzlich werden wir die **Installation von Nisthilfen für unsere**
102 **Vögel und Insekten an allen öffentlichen Gebäuden** prüfen. So bieten wir
103 vielfältigen Tieren und Pflanzen Lebensraum in unseren Dörfern und Städten.

104 Bei Neubauten wollen wir naturfeindliche **Schottergärten** untersagen und **die**
105 **Entsiegelung ungenutzter Parkplätze** unterstützen. Wir möchten den Kühleffekt von
106 **innerörtlichen Gewässern und öffentlichen Brunnen** besser nutzen und diese zu
107 **naturnahen Wohlfühlorten weiterentwickeln**. In den neu geschaffenen Wasser- und
108 Grünflächen werden neue **Lebensräume für Pflanzen und Tiere** entstehen, die
109 gleichzeitig die **Innenstädte kühlen** und das Stadtbild positiv verändern. Wir
110 wollen unsere Städte und Dörfer zu Schwammstädten machen, damit sie
111 Niederschläge besser zurückhalten für die Bewässerung von Stadt- und Dorfgrün.
112 Deshalb wollen wir Kommunen bei der Erarbeitung von **Entsiegelungskatastern**
113 unterstützen.

114 Künstliches Dauerlicht durch **Straßenlaternen oder Gartenbeleuchtung** kann
115 Pflanzen und nachtaktive Insekten schädigen. Um sie vor dieser
116 Lichtverschmutzung zu schützen, werden wir die Verwendung von Beleuchtung mit
117 niedrigen Farbtemperaturen im Außenbereich unterstützen. Die Kommunen brauchen
118 weiter finanzielle Hilfe, damit sie ihre Straßenbeleuchtung auf LED umstellen
119 können.

120 **Saubere Luft**

121 Für uns Menschen und die Umwelt ist saubere Luft überlebenswichtig. Garant für
122 saubere Luft ist die Verkehrswende hin zu einer klimaneutralen Mobilität. Auch
123 deshalb werden wir GRÜNE die Energie-, Verkehrs- und Wärmewende weiter
124 voranbringen, um Luftschadstoffe, die durch die Industrie, den Straßenverkehr
125 und den Betrieb von Gebäudeheizungen verursacht werden, zu reduzieren. Die
126 Luftreinhaltestandards müssen bundesweit verbessert und kontrolliert werden, um
127 die Einhaltung der EU-Luftqualitätsrichtlinie zu gewährleisten. Wir setzen uns
128 für Maßnahmen ein, die zu einer Emissionsminderung beitragen, zum Beispiel
129 bessere Rahmenbedingungen und die gezielte Förderung sauberer Antriebssysteme,
130 Tempo-30-Zonen, effiziente Nahwärmenetze sowie modernste Filtertechnologien und
131 die ökologische Aufwertung öffentlicher Grünflächen als städtische Lunge.
132 Weiterhin behalten wir die Feinstaubbelastung (bzw. die Ultrafeinstaubbelastung)
133 durch den Verkehr in unseren Städten und in der Nähe von Flughäfen im Blick.

134 **Sauberes Wasser**

135 Flüsse und Bäche durchziehen unser Land wie Lebensadern. Sie sind wertvolle
136 Biotop, beliebte Erholungsgebiete und wichtige Wirtschaftsfaktoren.

137 Rheinland-Pfalz ist Spitzenreiter im Gewässerschutz. An diesen Erfolg wollen wir
138 anknüpfen, indem wir die **Aktion Blau Plus weiter ausbauen**, Renaturierungen von
139 Gewässern vorantreiben und den Schutz von Auen und Gewässerrändern stärken. Wir
140 werden **die EU-Wasser-Rahmen-Richtlinie mit Nachdruck erfüllen** und damit alle
141 unsere Gewässer bis 2027 in einen guten ökologischen Zustand bringen. Die
142 Durchgängigkeit der Gewässer für die Tiere, die in ihnen leben, muss dabei
143 deutlicher besser werden.

144 Wir stärken das Vorsorge- und Verursacherprinzip. In Kooperation mit allen
145 Beteiligten betreiben wir auch aktiven Gewässerschutz, wie die bereits
146 erfolgreich eingeführte **Gewässerschutzberatung in der Landwirtschaft**
147 verdeutlicht. Wir werden die Landwirtschaft weiter dabei unterstützen, die
148 Belastung unseres Grundwassers mit Nitrat zu reduzieren. Die Reinheit unserer
149 Flüsse, Bäche und unseres Grundwassers wollen wir sichern, indem wir die
150 **bestehende Abwasserinfrastruktur modernisieren** und damit Einträge von Schad- und
151 Nährstoffen in unsere Umwelt verringern. Dort wo Grund- und Oberflächengewässer
152 hohe Belastungen aufweisen, sollen Wasserunternehmen und Gewässerzweckverbände
153 Vereinbarungen mit den Landwirten im Rahmen des Projektes gewässerschonende
154 Landwirtschaft abschließen.

155 **Schutz vor Hochwasser und Starkregen**

156 Wir werden die **Hochwasservorsorge** als Teil der Krisenprävention **stärken** und die
157 Zusammenarbeit mit unseren Kommunen bei Vorsorgekonzepten **ausweiten**. Wir werden
158 sie kombinieren mit neuen oder aktualisierten Klimaschutzkonzepten und
159 flächendeckendem, digitalen Energie-Management, auch im Sinne der
160 Kosteneinsparung. Insbesondere der von der Klimaerhitzung **verursachte Starkregen**
161 macht es notwendig, dass die Kommunen Konzepte entwickeln und im Ernstfall
162 schnell umsetzen können. Als Beitrag zum **Schutz vor Erosion** werden wir
163 bodenschützende Landbewirtschaftung unterstützen, die Gewässerrandstreifen und
164 Heckenstrukturen erhält.

165 Beim Hochwasserschutz setzen wir in erster Linie auf die **Ausweitung natürlicher**
166 **Überflutungsräume**, zum Beispiel durch Deichrückverlagerungen. Auenwälder als
167 natürliche Überschwemmungsgebiete wollen wir schützen und ausbauen. Künstliche
168 Hochwasserrückhaltebecken (Polder oder Reserveräume für Extremhochwasser)
169 unterstützen wir, wenn sie naturverträglich erstellt werden können. Den
170 geplanten Polder Waldsee/Altrip/Neuhofen lehnen wir aufgrund der starken
171 Eingriffe in schützenswerte Natur und dem ungeklärten Katastrophenschutz für die
172 Bevölkerung weiter ab.

173 **Müll vermeiden, Wiederverwenden und Reparieren**

174 Für uns ist Nachhaltigkeit der Leitgedanke allen Handelns. **Die Vermeidung von**
175 **Abfall** ist der effektivste Weg, um wertvolle Ressourcen und Energie in
176 Rheinland-Pfalz zu schonen. Wie das gelingen kann, soll unter anderem in Schulen
177 **mit konkreten Tipps und Tricks vermittelt werden**. Wir werden die
178 **Ausschreibungskriterien in unserer öffentlichen Verwaltung** so gestalten, dass
179 **klima- und ressourcenschonende Produkte und regionale Dienstleistungsangebote**
180 bevorzugt werden.

181 Wo Müllvermeidung nicht möglich ist, setzen wir auf Wiederverwendung und
 182 Reparatur. Durch eine **ausgebaute Reparatur- und fortschrittliche**
 183 **Recyclinginfrastruktur** erschließen wir bislang ungenutzte Potenziale und
 184 Ressourcen. Wir ermutigen alle Unternehmen, eventuelle Reparaturmaßnahmen mit
 185 frei zugänglichen Datenblättern, Schaltplänen und Informationen zu unterstützen.

186 Ein **transparentes Mehrweg-System** und **gekennzeichnete, sortenreine**
 187 **Recyclingverpackungen** sind Bestandteile einer zukunftsorientierten
 188 Kreislaufwirtschaft. Die Abfallwirtschaftspläne werden wir gemeinsam mit den
 189 Kommunen aktualisieren und flächendeckende Sortieranalysen an den einzelnen
 190 Verwertungsstandorten durchführen lassen. Auf dieser Grundlage werden wir die
 191 **Recyclingquote von Kunststoffen und Verpackungen erhöhen** und so die
 192 Plastikvermüllung in unseren Gewässern und Böden eindämmen.

193 **Heute an den Wald von morgen denken**

194 Unser Wald ist **Lebensraum, Naherholungsgebiet und Wirtschaftsfaktor** als
 195 Holzcluster mit rund 50.000 Mitarbeiter*innen. Ihm kommt in Rheinland-Pfalz eine
 196 zentrale Bedeutung zu. 42 Prozent der Landesfläche in unserem Bundesland sind
 197 von Wald bedeckt. Rheinland-Pfalz ist damit eines der walddreichsten
 198 Bundesländer. Doch unsere Wälder leiden massiv unter der anhaltenden Klimakrise.
 199 Dürre, Hitze und der Borkenkäfer bringen unsere stark geschwächten Wälder und
 200 damit die Forstbetriebe enorm in Bedrängnis.

201 Diese Krise ist umso gefährlicher, als unser Wald ein wichtiger Verbündeter im
 202 Kampf gegen die Klimakrise ist. In jedem Kubikmeter Holz sind rund 1000
 203 Kilogramm CO₂ gespeichert. Der nachwachsende Rohstoff Holz ersetzt außerdem
 204 viele andere energieintensivere Rohstoffe, wie beispielsweise Zement als
 205 **Baumaterial**. Wir sind also in mehrfacher Hinsicht dafür verantwortlich, unsere
 206 Wälder für künftige Generationen zu erhalten und klimaresistent umzugestalten.

207 **Nachhaltiger Waldumbau**

208 Wir werden den nachhaltigen **Waldumbau hin zu einem klimaangepassten, naturnahen**
 209 **Mischwald** konsequent weiterverfolgen. Dazu stärken wir die Naturverjüngung in
 210 unseren Wäldern weiter, immer mit Blick auf das ökologische Gleichgewicht. Vor
 211 allem heimische, belastbare Baumarten wie Weißtannen oder Speierling werden den
 212 naturnahen Waldumbau ergänzen und die **Artenvielfalt** im Wald bereichern.

213 Wir verbinden Naturschutz, Tourismus und Waldnutzung mit einem **sanften**
 214 **Naturtourismus** und einer **zielgerichteten Bildung in Umweltfragen** wie im
 215 Nationalpark Hunsrück-Hochwald. Dort werden beispielsweise Junior Ranger als
 216 Botschafter der Natur ausgebildet und lernen innerhalb eines Jahres alles über
 217 die Pflanzen- und Tierwelt im Nationalpark.

218 Um die Herausforderungen der Waldwirtschaft zu meistern, brauchen wir
 219 insbesondere den **Landesbetrieb Landesforsten**. Unsere Forstleute tragen dazu bei,
 220 die ökologischen Systemleistungen des Waldes zu erhalten. Dabei wollen wir sie
 221 unterstützen. Auch die Vorreiterrolle des Landesbetriebs – beispielsweise beim
 222 Ausbau von Erneuerbaren Energien und beim Umstieg auf die Elektromobilität –
 223 wollen wir stärken und als Vorbild in die gesamte Landesverwaltung tragen.

224 Wir werden die **Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft** ausbauen
 225 und gleichzeitig in der Forschung mit unseren Nachbarländern kooperieren. Das
 226 dort angesiedelte Klimakompetenzzentrum, das die Folgen der Klimaerhitzung
 227 erkundet, soll um Aufgaben des Klimaschutzes erweitert werden. Die Kooperation

228 zwischen dem Nationalpark HunsrückHochwald und dem Umwelt-Campus Birkenfeld
229 wollen wir stärken.

230 **Naturschutz im Wald**

231 Unser Ziel ist es, alle Wälder in Rheinland-Pfalz nach dem **Forest-Stewardship-**
232 **Concil (FSC) Siegel** als besonders naturnah und nachhaltig zertifizieren zu
233 lassen. Damit wir das schaffen, werden wir die **kommunalen und privaten**
234 **Forstbetriebe besonders unterstützen**. Um darüber hinaus weitere Lebensräume für
235 gefährdete Arten wie Luchs oder Wildkatze zu erschaffen, werden wir dafür
236 werben, dass das **Biotop-Altbaum-Totholz-Konzept** in unseren kommunalen und
237 privaten Wäldern **flächendeckend umgesetzt wird**. Wir möchten erreichen, dass
238 circa fünf Prozent der landesweiten Waldflächen als **Wildnisgebiete** ausgewiesen
239 werden.

240 **Klimawald 2100**

241 Die dramatische Klimaerhitzung verdeutlicht, wie nötig Klimaschutz ist und dass
242 sich auch die bisherige Bewirtschaftungsweise des Waldes verändern muss. Wir
243 etablieren deshalb den **Klimawald 2100** –wissenschaftlich begleitet von der
244 Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft, dem Landesamt für Umwelt
245 und unseren Hochschulen –, um **Zukunftswälder** zu erforschen und natur- und
246 klimaangepasste Arten der Bewirtschaftung wissenschaftlich zu erproben.

247 Wir stärken das **Bauen mit Holz** und insbesondere die Nutzung von Laubholz, indem
248 wir unser Holzcluster ausweiten. Die Umstellung darauf und auf innovative
249 Methoden der Verarbeitung werden wir unterstützen – sowohl in den Sägereien als
250 auch in der Produktion und im Handwerk. Der nachhaltige Rohstoff Holz soll
251 zukünftig noch stärker eingesetzt und in öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt
252 werden, besonders bei langlebigen Produkten und Projekten wie beispielsweise dem
253 seriellen Bauen oder beim Aufstocken von Gebäuden. Wir werden uns auf
254 Bundesebene durch eine aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung gespeiste
255 **Waldklimaprämie** für eine nachhaltige Finanzierung der ökologischen Leistung des
256 Waldes einsetzen und entsprechende Initiativen im Bund voranbringen.

257 **Jagd: Ökologisches Gleichgewicht wahren**

258 Auch die Jagd steht unter dem Eindruck der Klimakrise und muss sich ändern.
259 Unser Ziel ist eine **ökologische und waldfreundliche Jagd**. Dazu müssen
260 insbesondere die Reh- und Rotwildbestände an die ökologische Tragfähigkeit der
261 bereits geschädigten Wälder angepasst werden. Es braucht hierzu obligatorische,
262 wiederkehrende Vegetationsgutachten für Reviere, um die Vorgaben an die
263 tatsächliche Situation anzupassen. Nur so kann naturnahe Waldbewirtschaftung
264 durch Naturverjüngung erfolgen. Auch die hohen Schwarzwildbestände müssen in
265 Hinblick auf die Afrikanische Schweinepest und zum Schutz der Landwirtschaft
266 nachhaltig angepasst werden. Dazu werden wir den Dialog mit den Jagd-, Wald-,
267 Umwelt- und Tierschutzverbänden verstärken. Wir wollen ein **Verbot bleihaltiger**
268 **Munition**, weil ihre Toxizität für Tier und Mensch nachgewiesen ist. Tiere müssen
269 auch bei der Jagd schnell und ohne unnötiges Leid getötet werden. Wir setzen auf
270 eine Aus- und Weiterbildung in der Jagd, die auch den Tierschutz im Blick hat.

271 Unser **Wildfleisch** ist eine exklusive Spezialität und muss auch entsprechend
272 verarbeitet und vermarktet werden. Wir möchten den **Zugang dieser Spezialität zum**
273 **Markt über den Handel erleichtern** und wollen **Verarbeitungsbetriebe unterstützen**,
274 die heimisches Wildfleisch abnehmen.

275 **Landwirtschaft & Weinbau von morgen**

276 Weltweit nehmen fruchtbare Böden, Ackerflächen und die Wasserversorgung
 277 dramatisch ab. Die Auswirkungen der Klimakrise spüren wir alle und die
 278 Weltbevölkerung wächst. Damit wird die Frage nach einer verantwortungsvollen,
 279 nachhaltigen und fairen Erzeugung von Lebensmitteln immer wichtiger. Unsere
 280 Landwirtschaft spielt dabei eine besondere Rolle.

281 Gemeinsam mit den Landwirt*innen wollen wir **eine auf Vielfalt und regionalen**
 282 **Wirtschaftskreisläufen fußende moderne, bäuerliche Landwirtschaft** stärker
 283 unterstützen. Diese soll ohne den Einsatz von Agro-Gentechnik, ohne Antibiotika-
 284 Missbrauch und ohne den Einsatz von umwelt-, klima- und gesundheitsbelastenden
 285 Mitteln und Methoden auskommen. Sowohl Arbeitnehmer*innen wie auch
 286 landwirtschaftliche Unternehmen sollen ein faires Einkommen erhalten. Dafür
 287 müssen Lebensmittel **faire Preise** haben und dürfen nicht billiger verkauft
 288 werden, als deren Produktion die Landwirt*innen kostet.

289 Wir setzen uns dafür ein, dass die **Europäische Agrarpolitik (GAP), die nationale**
 290 **Agrarpolitik (GAK)** und die Umsetzung auf Landesebene dazu neu ausgerichtet
 291 werden. Unser Ziel ist: öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen. Damit das
 292 Ziel von 30 Prozent ökologischen Land- und Weinbau umgesetzt werden kann, müssen
 293 die notwendigen finanziellen Mittel und Rahmenbedingungen wie Ausbildung und
 294 Beratung verbindlich bereitgestellt werden. Die Auszahlung der Mittel muss die
 295 ersten Hektare besser fördern, die Zahlungen sollen einer Kappung unterliegen
 296 und an die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gekoppelt werden. Dazu
 297 gehören für uns auch eine ambitionierte Weiterentwicklung der „guten
 298 landwirtschaftlichen Praxis“ als Mindeststandard in der Landwirtschaft und dass
 299 die „Vom Hof auf den Teller“-Strategie der EU, der Biodiversitäts- und
 300 Insektenschutz, Tierwohl- und Klimaschutzprogramme zügig verabschiedet und
 301 national umgesetzt werden.

302 **Ökolandbau ausweiten**

303 Wir haben erreicht, dass in den vergangenen zehn Jahren der Anteil an ökologisch
 304 bewirtschafteter Land- und Weinbaufläche auf 11 Prozent mehr als verdoppelt
 305 werden konnte. Immer mehr Menschen legen Wert auf biologisch erzeugte
 306 Lebensmittel und Produkte aus der Region. Denn die Verbraucher*innen wissen,
 307 Ökolandbau ist der richtige Weg. Er bewahrt die natürlichen Lebensgrundlagen,
 308 geht tiergerecht mit den Tieren um und bezahlt Landwirt*innen fair. Ökologische
 309 Land- und Weinwirtschaft schützen unsere Flüsse und Seen, Böden, das
 310 Grundwasser, Insekten und das Klima. Deshalb wollen wir die ökologisch
 311 bewirtschaftete Fläche deutlich weiter ausweiten. Unser Ziel lautet: **Bis zum**
 312 **Jahr 2030 sollen 30 Prozent der Fläche ökologisch** bewirtschaftet werden. Formen
 313 klimafreundlicher Landwirtschaft, regenerative Landwirtschaft (ReLaWi) und
 314 Agroforst stehen wir GRÜNE unterstützend gegenüber.

315 Unser landesweiter **Öko-Aktionsplan** stärkt nachhaltige und regionale
 316 Wertschöpfungskreisläufe und stützt die Landwirtschaft Rheinland-Pfalz, damit
 317 sie ihre Produkte verarbeiten und vermarkten kann. Diesen Öko-Aktionsplan werden
 318 wir konsequent umsetzen und **ausbauen** und den Dialog mit Landwirtschaft,
 319 Gewerkschaften, Verbänden, Gesellschaft, Handel, Produzent*innen und
 320 Verbraucher*innen weiterführen. Auf dieser Grundlage engagieren wir uns für
 321 faire Handelsbeziehungen und werden die Strukturen für die Vermarktung und
 322 Verarbeitung von Bio- und regionalen Produkten deutlich verbessern.

323 **Digitale Innovation für die Landwirtschaft**

324 Von dem gezielten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, der smarten Aussaat bis hin
325 zu der Verknüpfung von Wetterdaten mit Informationen über die
326 Bodenbeschaffenheit: **Digitale Technologien in der Landwirtschaft** können helfen,
327 Ressourcen effizient einzusetzen. Dabei wird nicht nur die Umwelt geschont,
328 Landwirt*innen können ihre Produktion auch optimieren und ihre Arbeit noch
329 besser planen. Diese Technologien wollen wir für alle Landwirt*innen nutzbar
330 machen.

331 Die GeoBox des Landes, die Landwirt*innen viele verschiedene Daten zur Verfügung
332 stellt und die wir GRÜNE unterstützen, soll weiterentwickelt werden. Gemeinsam
333 mit den überbetrieblichen Maschinenringen wollen wir die Digitalisierung auch in
334 Zukunft so vorantreiben, dass alle Landwirt*innen profitieren.

335 Neben den digitalen Chancen wollen wir auch innovative Ansätze für eine
336 zukunftsfähige Landwirtschaft nutzen. Dazu zählen Strategien wie eine
337 **standortoptimierte Sortenauswahl**, die der Klimakrise nachhaltig begegnen. Dazu
338 gehört für uns auch, die praxisorientierte Aus- und Weiterbildung von
339 Landwirt*innen auszubauen. Ebenso sollen Forschungsanstalten digitale
340 Technologie, innovative Ansätze sowie digitale Angebote für den Vertrieb
341 regionaler Produkte für die Landwirtschaft erproben und praxistauglich
342 ausgestalten können.

343 **Wasser und Böden schützen**

344 Ein nachhaltiger Humusaufbau fördert die Fruchtbarkeit des Bodens. Deshalb
345 werden wir Maßnahmen und Projekte dazu fördern. Wir wollen die Landwirtschaft
346 unterstützen, die Einträge von Nährstoffen ins Grundwasser und Gewässer zu
347 reduzieren und gemeinsam mit ihr **das Landesprogramm Gewässerschonende**
348 **Landwirtschaft** weiterentwickeln.

349 Denn das Ziel GRÜNER Agrarpolitik ist es, die schädlichen Pflanzenschutzmittel
350 deutlich zu reduzieren. Dafür werden wir die Forschung und Entwicklung von
351 **umweltschonenden Verfahren an rheinland-pfälzischen Forschungs- und**
352 **Lehreinrichtungen** ankurbeln und ein Landesprogramm zur Reduktion starten.

353 Wir fordern von der Bundesregierung deutlich mehr Mittel, um auch Alternativen
354 zu erforschen. Insbesondere der biologische Pflanzenschutz, aber auch die
355 Tiergesundheit – unter Beachtung der wachsenden Probleme mit neuen
356 Pflanzenschädlingen und Tierkrankheiten durch die Klimakrise – müssen besser
357 untersucht werden. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Pestizidabgabe
358 einsetze, deren Erträge für die Erforschung der Wirkungen von Pestiziden auf
359 Mensch und Umwelt und für Alternativen eingesetzt werden soll.

360 **Regional ist erste Wahl**

361 Unsere heimische, regionale Landwirtschaft, die vielen Hofläden,
362 Erzeugergemeinschaften, die Bauernmärkte, aber auch die vielen Initiativen der
363 Solidarischen Landwirtschaft sind ein wahrer Schatz. Eine regionale
364 Landwirtschaft stärkt nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern schafft eine
365 direkte Verbindung zwischen Landwirt*innen und Verbraucher*innen. **Kurze**
366 **Lieferwege** machen die regionale Landwirtschaft klimafreundlich und schaffen
367 Wertschöpfung vor Ort. Hersteller, regionale Handelsunternehmen und
368 Verbraucher*innen profitieren davon, wenn in der Region produzierte Lebensmittel
369 als solche gekennzeichnet sind.

370 Wir werden die strukturellen Bedingungen für den Ausbau dieser Landwirtschaft
 371 deutlich verbessern. Dabei ist uns wichtig, dass Verbraucher*innen regionale
 372 Produkte auf kurzem und einfachem Weg kaufen können. Deshalb wollen wir
 373 **Vermarktungsorganisationen und Genossenschaften sowie Regionalmarken** weiter bei
 374 ihrer Arbeit unterstützen. Eine Zusammenarbeit der regionalen Landwirtschaft mit
 375 dem lokalem Tourismus, beispielsweise durch kulinarische Angebote im Hotel- und
 376 Gaststättengewerbe, begrüßen wir als eine weitere Möglichkeit, regionale
 377 Lebensmittel bekannter zu machen, Absatzmärkte für die heimischen Landwirt*innen
 378 zu schaffen und gleichzeitig für die Region zu werben.

379 **Weinbauland Rheinland-Pfalz**

380 Weinbau, Straußwirtschaften und Weinfeste prägen unsere Landschaft, Kultur und
 381 Tourismus. Wir GRÜNE wollen diese Traditionen bewahren und den Weinbau bei
 382 seiner erfolgreichen Entwicklung zu mehr Nachhaltigkeit, Qualität und regionaler
 383 Wertschöpfung unterstützen. Immer mehr Winzer*innen stellen auf die biologische
 384 Bewirtschaftung ihrer Rebflächen um und schaffen damit Angebote, die den
 385 Verbraucher*innen Qualität bieten und neue Absatzmöglichkeiten eröffnen.

386 Den erfolgreichen Einsatz von Pheromonen zur Vermeidung von Insektiziden,
 387 modernste Landtechnik und den ökologischen Weinbau werden wir weiter fördern.
 388 Bei kulturträchtigen und ökologisch wertvollen Steil- und Steilstlagen werden
 389 wir **moderne Methoden** der Bearbeitung fördern wie beispielsweise den
 390 Drohneneinsatz sowie Artenschutzprojekte in der Landwirtschaft. Um den Einsatz
 391 von Pflanzenschutzmitteln auch im Weinbau zu reduzieren, muss die Forschung in
 392 der Züchtung vorangetrieben werden. Denn **pilzresistente Sorten** sparen
 393 Pflanzenschutzmittel und sind eine Antwort auf die Klimakrise.

394 **Agrarverwaltung: Gut ausgebildet und gut beraten**

395 Wir wollen junge Menschen für die Grünen Berufe begeistern. Dafür bedarf es
 396 einer effizienten und modernen staatlichen Landes-Agrarverwaltung. Diese muss
 397 eine gute wissenschaftliche Grundlage schaffen, um neutral Wissen an die Branche
 398 zu vermitteln, zu beraten und um **Ausbildung auf höchstem Niveau** in allen Fragen
 399 und Herausforderungen anbieten und begleiten zu können. Dazu zählen neben einer
 400 kompetenten Beratung, auch in ökonomischen Fragen, der Erhalt der Biologischen
 401 Vielfalt, der Schutz des Wassers, des Bodens und des Klimas sowie das Tierwohl,
 402 die Digitalisierung, Hauswirtschaft und Ernährung. Wir werden den Dreiklang
 403 Forschung, Lehre und Beratung bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum
 404 (DLR) so stärken, dass die aktuelle Forschung direkt in die Lehre, Ausbildung
 405 und Beratung einfließt. Gemeinsam mit den Hochschulen im Land wollen wir
 406 **Forschungsstandort Nummer Eins bei einer umwelt-, klima- und tiergerechten**
 407 **Landwirtschaft** werden.

408 Für eine offene Lehre über den Anbau müssen die Methoden der ökologischen
 409 Landwirtschaft und des ökologischen Weinbaus in den Unterricht einfließen. Ziel
 410 ist es, dass jede*r Landwirt*in die jeweiligen Besonderheiten von **ökologischer**
 411 **und konventioneller Wirtschaftsweise gleichermaßen kennt** und die entsprechenden
 412 Kompetenzen erwirbt.

413 **Grünland erhalten**

414 Schäferinnen und Schäfer stehen finanziell mit dem Rücken an der Wand, obwohl
 415 sie aktiven Landschafts- und Naturschutz betreiben. Wir setzen uns weiterhin
 416 dafür ein, dass eine gekoppelte Weidetierprämie das Beweiden von Heiden und
 417 Wiesen wirtschaftlich auskömmlich macht. Artenreiches Grünland werden wir

418 schützen und Maßnahmen zum Erhalt ausbauen. Gemeinsam mit den
419 Weidetierhalter*innen werden wir die bestehenden Wolfsmanagement-Konzepte zum
420 Herdenschutz weiterentwickeln.

421 **Gutes Essen für Alle von Anfang an**

422 Wie wir uns ernähren, wie unsere Lebensmittel produziert werden und wo sie
423 angebaut werden: Das ist für immer mehr Menschen eine zentrale Frage. Ernährung
424 ist mehr als nur das Essen auf dem Teller – es ist auch ein Stück Kultur,
425 Gesundheit, eine soziale Frage und nicht zuletzt eine der Umwelt, des
426 Tierschutzes und des Klimas. Unsere Ernährung wirkt im globalen Kontext. Wir
427 stellen uns dieser Verantwortung.

428 **In Rheinland-Pfalz isst man besser**

429 Wir wollen den Anteil an ökologischer, regionaler und fair erzeugten
430 Lebensmitteln in der Außer-Haus-Verpflegung deutlich erhöhen und fordern weiter,
431 dass die Lebensmittel-Ampel auf Bundesebene eingeführt wird.

432 Mit dem erfolgreichen **Programm Rheinland-Pfalz is(s)t besser** beraten wir
433 Institutionen und Verbraucher*innen zum Thema Ernährung. Wir schaffen
434 Bewusstsein für **gesunde, regionale und ökologische Ernährung** und unterstützen
435 Kitas und Schulen ebenso wie Alten-/Pflege- und andere Betreuungseinrichtungen,
436 dies im Alltag auch umzusetzen. Das Programm werden wir fortführen und die
437 wichtige Arbeit der Verbraucherzentrale bei der Ernährungsberatung weiter
438 unterstützen.

439 Mit einem **Iss-besser-Kantinen-Programm** werden wir schrittweise die Außer-Haus-
440 Verpflegung in unseren Universitäten, Krankenhäusern, Verwaltungen und
441 Unternehmen auf saisonale, regionale und ökologisch produzierte Produkte
442 umstellen. Wir setzen dabei auch auf **die frische Zubereitung, vegetarische und**
443 **vegane Alternativen, die Vermeidung von Essensabfällen und Verpackungsmüll.**

444 Die Ergebnisse dieses Programms werden wir nutzen, um die Verpflegung in allen
445 Kantinen im Land zu verbessern. Wir wollen die Standards der Deutschen
446 Gesellschaft für Ernährung (DGE) in allen öffentlichen Einrichtungen vorbildhaft
447 zur Bedingung machen.

448 Zu einer gesunden Ernährung gehört auch, dass man sich auf einwandfreie
449 Lebensmittel verlassen kann. Gemeinsam mit den Kreisen ist es unser Ziel,
450 **Lebensmittelkontrollen** in vollem Umfang zu leisten.

451 **Gut informiert für gute Ernährung**

452 Wenn es um unsere Ernährung geht, darf es kein Kleingedrucktes mehr geben.
453 Verbraucher*innen sollen mithilfe eines verpflichtenden, einheitlichen und
454 transparenten Kennzeichnungssystems auf einen Blick schon im Laden erkennen
455 können, wie gesund oder ungesund ein Lebensmittelprodukt ist. Nachdem die
456 Bundesregierung eine Kennzeichnung mit Ampelfarben nach dem Modell mehrerer
457 europäischer Länder jahrelang blockiert hat, gibt es nun endlich grünes Licht
458 für den Nutri-Score – allerdings nur auf freiwilliger Basis. Das bringt uns
459 nicht wirklich weiter, wie bereits das von der Bundesregierung erzeugte Chaos um
460 das freiwillige Tierwohllabel zeigte. Es droht ein Flickenteppich
461 unterschiedlicher Kennzeichnungen und Standards, die Verbraucher*innen kaum alle
462 durchschauen können.

463 Damit die Verbraucher*innen auch wirklich wissen, was in ihren Lebensmitteln
464 ist, setzen wir uns für eine klare, verständliche Kennzeichnung von
465 Lebensmitteln und eine **verpflichtende Herkunfts- und Haltungskennzeichnung**
466 **(Tierwohl-Label)** ein. Wir werden die Bundesregierung im Bundesrat auch künftig
467 dazu auffordern, ein einheitliches und verpflichtendes
468 Nährwertkennzeichnungssystem auf wissenschaftlicher Basis einzuführen. Auch auf
469 EU-Ebene werden wir weiter dafür kämpfen, dass die Ampel bei unserem Einkauf
470 endlich Alltag wird.

471 **Gesunde Ernährung beginnt vor Ort**

472 Im ganzen Land engagieren sich viele Menschen in Initiativen gegen
473 Lebensmittelverschwendung, beim Food-Sharing und Fair-teilen oder schaffen sich
474 eine „Essbare Stadt“. Diese Initiativen verdienen Unterstützung. In Essbaren
475 Städten engagieren sich Bürger*innen dafür, ihre Städte bunter, ökologischer und
476 essbar zu machen, indem sie beispielsweise Grünflächen mit Tomaten und Fassaden
477 mit Bohnen bepflanzen. Sie veranstalten Börsen, auf denen altes Saatgut
478 getauscht wird oder bieten digitale Karten zum Entdecken der essbaren Stadt an.
479 Solche wichtigen Impulse für unsere Städte werden wir zukünftig fördern. Den
480 Beitritt von Kommunen zum Netzwerk deutscher Biostädte und die Bildung von
481 Ernährungsräten, wie sie in vielen Städten bereits bestehen, unterstützen wir.

482 Eine **digitale Plattform** wird Hofläden, Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi),
483 Unverpackt-Läden, Food-Sharing-Initiativen und andere nachhaltige Angebote
484 bekannter machen.

485 Um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden, werden wir uns auf Bundesebene dafür
486 einsetzen, dass Supermärkte ihre abgelaufenen, aber noch genießbaren
487 Lebensmittel nicht wegwerfen dürfen, sondern sie an die weitergeben, die sie
488 dringend brauchen.

489 **Tierschutz**

490 Es ist an der Zeit, das Verhältnis von Mensch und Tier neu zu denken. Wichtig
491 ist neben der Erhaltung der Lebensräume und der Arten auch der Schutz der Tiere
492 als Lebewesen um ihrer selbst willen.

493 Wir GRÜNE treten seit Jahrzehnten nachdrücklich und erfolgreich für den
494 **Tierschutz** ein und engagieren uns in allen Bereichen für einen **respektvollen und**
495 **verantwortungsvollen Umgang**. Unwürdige Behandlung und tierquälerische Haltung
496 von Nutztieren lehnen wir ab und fordern bundesweit ein Verbot solcher
497 Praktiken. Aussagefähige und praxistaugliche Herkunfts- und
498 Haltungskennzeichnung (Tierwohl-Label) wie auch die Kennzeichnungspflicht für
499 tierische Bestandteile in Lebensmitteln müssen den Verbraucher*innen die
500 Möglichkeit geben, sich beim Einkauf für mehr Tierschutz entscheiden zu können.
501 Unser Ziel ist das **Ende der industriellen Massentierhaltung**.

502 **Nutztierhaltung**

503 Trotz vieler Verbesserungen, die wir GRÜNE vorangetrieben haben, liegt noch viel
504 Arbeit vor uns. Industrielle Massentierhaltung und Dumpingpreise, unfaire
505 Handelsabkommen, Futtermittelimporte mit gentechnisch verändertem Soja,
506 Güllebelastung und hoher Konsum tierischer Produkte haben negative Folgen für
507 Tier, Mensch und Umwelt. Wir bezahlen das Billigfleisch mit schlechten
508 Arbeitsbedingungen und Einkommen, erheblichem Tierleid, Nitratbelastung des

509 Wassers, negativen Folgen für die notwendige Ernährung der Weltbevölkerung und
510 erheblicher Schädigung des Klimas.

511 Den kostenintensiven **Umbau der Nutztierhaltung** wollen wir auf Bundesebene über
512 eine **Tierwohlabgabe** finanzieren. Im Land werden wir die Beratung und
513 **Investitionsförderprogramme** so ausrichten, dass die Gelder gezielt in Betriebe
514 fließen, die sich auf den Weg hin zu einer tiergerechten und flächengebundenen
515 Tierhaltung machen. Dafür wird es mit uns das Programm **Partnerbetrieb Tierschutz**
516 geben. Um die Tiere am Ende ihres Lebens möglichst wenig zu belasten,
517 unterstützen wir die **hofnahe Schlachtung**, zum Beispiel durch mobile
518 Schlachtstätten. Wo Tiertransporte dennoch notwendig sind, dürfen sie nicht
519 länger als vier Stunden dauern. Tierquälerei Transporte in Drittländer wollen
520 wir bundes- und europaweit verbieten und die **Kontrollen stärken**.

521 **Kein Einsatz von Reserve-Antibiotika**

522 Der Einsatz von Reserveantibiotika in der Nutztierhaltung muss ein Ende haben,
523 denn bestimmte Antibiotika müssen dem Menschen bei kritischen Infektionen auch
524 weiterhin als letzte Behandlungsmöglichkeit zur Verfügung stehen. Auch hier
525 gilt: Eine flächengebundene, tiergerechte und möglichst ökologische Haltung ist
526 der einzige Weg, um Krankheiten zu vorbeugen und den Einsatz von Antibiotika
527 zu reduzieren.

528 **Tierschutz in der Gesellschaft**

529 Wir möchten eine **kindgerechte Tierschutzpädagogik** im Unterricht etablieren und
530 die Arbeit der **Landeszentrale für Umweltaufklärung** zu diesem Thema ausbauen.
531 Dazu gehört auch das Wissen, dass Wildtiere nicht in den Zirkus gehören. Wir
532 setzen uns bundesweit weiter dafür ein, dass Wildtiere im Zirkus und in
533 Fahrgeschäften verboten werden. Ehrenamtliches Engagement im Tierschutz möchten
534 wir weiter unterstützen.

535 **Tierschutz in Forschung und Lehre**

536 Die Nutzung von empfindungsfähigen Tieren in der wissenschaftlichen Forschung
537 und Lehre stellt ein **ethisches Dilemma** dar, das wir mit **modernen, alternativen**
538 **Methoden** überwinden möchten. Wir konnten einen weitgehenden Verzicht auf
539 Tierversuche erreichen, sobald alternative Methoden vorhanden sind. Das Recht
540 auf ein tierversuchsfreies Studium muss ebenfalls gewährleistet werden.

541 Unser Ziel ist, **Tierversuche in Forschung und Lehre möglichst abzuschaffen**. Um
542 sie in der Ausbildung und Forschung konsequent durch Computermodelle, Lehrvideos
543 und Dummies zu ersetzen, unterstützen wir die Entwicklung von tierversuchsfreien
544 Methoden. Bisherige Fördermittel für die Tierversuchsforschung sollen künftig
545 der Erkundung von alternativen Methoden dienen und auch mit Mitteln der
546 Bundesforschung aufgestockt werden. Grundsätzlich fordern wir, dass Versuche der
547 Kategorie „schwer“, mit denen erhebliches Tierleid verbunden ist, in Rheinland-
548 Pfalz nicht mehr genehmigt werden.

LTWP-4 4. Vernetzte Verkehrsangebote – Nachhaltige Mobilität

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Ältere Menschen auf dem Dorf, Kinder in der Stadt, mehrköpfige Familien,
2 Jugendliche zu später Stunde, Berufstätige in der Rush Hour: **Jeder Mensch hat**
3 **das Recht auf Mobilität.** Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und ist Teil der
4 öffentlichen Daseinsvorsorge. Mobil sein heißt, am gesellschaftlichen und
5 kulturellen Leben teilnehmen, ins Theater, zu einem Konzert oder einem
6 Fußballspiel gehen zu können.

7 Für uns GRÜNE ist selbstverständlich: Jede*r muss für den Weg zur Arbeit, zum
8 Einkaufen und für Freizeitaktivitäten ein **gutes Angebot des Nahverkehrs vor Ort**
9 haben – auch und gerade im ländlichen Raum. Dabei haben wir GRÜNE die
10 unterschiedlichen Herausforderungen des ländlichen Raums und der städtischen
11 Mobilität fest im Blick. Wir wollen deshalb das Angebot im Nahverkehr und auf
12 der Schiene erheblich steigern, alternative Konzepte wie E-Dorfautos und
13 Carsharing unterstützen und sichere Wege für Radfahrer*innen schaffen.
14 Besonderes Augenmerk legen wir auf die **Barrierefreiheit des öffentlichen Raums**
15 **und des Nahverkehrs.**

16 Doch **eine bessere Infrastruktur** allein genügt uns nicht. Unsere Mobilität muss
17 auch **klimaneutral** werden und die Menschen vor Luftschadstoffen schützen. Noch
18 immer ist der Verkehr für ein Fünftel des CO₂-Ausstoßes in Deutschland
19 verantwortlich. CO₂ in der Atmosphäre verstärkt den Treibhauseffekt und treibt
20 damit die Klimakrise weiter voran. Deshalb wollen wir **im Verkehr umsteuern** und
21 alternative Antriebsformen wie die **E-Mobilität** ausbauen. Taxiunternehmen oder
22 soziale Dienste möchten wir mit E-Gutscheinen unterstützen, um sie zu einer E-
23 Flotte umzurüsten. Der Wirtschaft geben wir damit neue Impulse für die **Mobilität**
24 **von morgen** und ebnen gleichzeitig den Weg in unsere **klimaneutrale Zukunft.**

25 **Attraktiver und bezahlbarer Nahverkehr**

26 1.000-mal um den Globus: So viele Zugkilometer kommen jährlich in Rheinland-
27 Pfalz zusammen. Gelungen ist dies durch den weiteren **Ausbau des Rheinland-Pfalz-**
28 **Taktes** mit uns GRÜNEN. Wir haben den Busverkehr zunächst im Norden des Landes
29 mit ÖPNV-Konzepten erweitert, schrittweise werden sie nun auch in den anderen
30 Verbänden eingeführt. Das heißt: Taktverkehr im Bussystem, Bedienung an allen
31 Wochentagen, Anbindung kleinerer Orte, verknüpfte Reiseketten und eine bessere
32 Anbindung an die Schiene.

33 Angebot schafft Nachfrage. Wir wollen den Nahverkehr soweit **stärken**, dass der
34 **Modal-Split-Anteil** (der Anteil des jeweiligen Verkehrsmittels) in Rheinland-
35 Pfalz an allen zurückgelegten Kilometern **von aktuell acht Prozent auf über 20**
36 **Prozent im Jahr 2030** steigt. Das bedeutet: Mehr investieren, mehr
37 PlanungsKapazitäten schaffen. Wir setzen uns deshalb auf Landes- und Bundesebene

38 dafür ein, die Mittel für Investition und Regionalisierung deutlich zu steigern.
39 Gerade um Projekte wie neue Straßenbahnlinien und Schienenverkehr zu
40 realisieren, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die positiven
41 Auswirkungen auf Klima und Umwelt bei Nutzen-Kosten Untersuchungen deutlich
42 umfangreicher berücksichtigt werden.

43 Bis zum Jahr 2025 sollen 70 Prozent aller genutzten Schienenwege elektrifiziert
44 sein. Wo dies nicht gelingt, wollen wir **batterie- oder wasserstoffbetriebene**
45 **Züge** einsetzen. Auf Bundesebene werden wir dafür eintreten, dass das
46 Elektrifizierungsprogramm endlich Form annimmt.

47 Wir sorgen dafür, dass **WLAN auch in Bussen und Zügen** zunehmend zur Verfügung
48 steht, wie es bei allen SÜWEX-Zügen im Land schon Standard ist.

49 **Garantiert von A nach B**

50 Wir führen die **Mobilitätsgarantie für Rheinland-Pfalz** ein. Das bedeutet für uns,
51 dass wir mit einer klaren Definition eines Mindestangebots für den Nahverkehr
52 (parallel zur Entwicklung des Rheinland-Pfalz-Taktes 2030) dafür sorgen, dass
53 dem im Grundgesetz verankerten Anspruch der Daseinsvorsorge auch **im ländlichen**
54 **Raum** Rechnung getragen wird. Dieses Mindestangebot kann sowohl über
55 Linienverkehre als auch über Shuttle erfolgen, die je nach Bedarf eingesetzt
56 werden. Wir werden einen Zugang und **ein Ticket für alle Angebote im Nahverkehr**
57 **im ganzen Land** schaffen. Mit einem Rheinland-Pfalz-Tarif wollen wir ein
58 einfaches, digitales Ticketsystem für alle Verkehrsmittel, das per Handy genutzt
59 werden kann. Wir werden die Kommunen unterstützen, regionale Nahverkehrskonzepte
60 zu entwickeln, um die Verkehrssituation zu verbessern. Mit dem neuen
61 Nahverkehrsgesetz haben wir erreicht, dass in Zukunft auch Seilbahnen, Fähren
62 und Sharing-Dienste unter den ÖPNV-Begriff fallen und damit von mehr Zuschüssen
63 profitieren können.

64 **Job-, Sozial- und 365-Euro-Ticket**

65 Das **Jobticket** soll günstiger und ausnahmslos allen Beschäftigten von Unternehmen
66 und Behörden zur Verfügung stehen. Für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende
67 und alle im Bundesfreiwilligendienst werden wir mit einem **365-Euro-Ticket** ein
68 günstiges und einfaches Angebot zur landesweiten Nutzung des Nahverkehrs
69 schaffen. Bei der Einführung eines **Sozialtickets** für Menschen mit geringem
70 Einkommen oder mit Anspruch auf SGB II-Leistungen werden wir die Landkreise und
71 kreisfreien Städte als Aufgabenträger des ÖPNV unterstützen. Wir wollen zudem
72 die Barrierefreiheit an allen Haltestellen und in allen Verkehrsmitteln
73 garantieren.

74 **Regionale Mobilitätspunkte**

75 Bessere Mobilitätsangebote sind auch ohne den Bau neuer Verkehrswege möglich.
76 Unser Ziel ist, dass im ganzen Land **Mobilitätspunkte** entstehen, **an denen**
77 **Radverkehr, E-Car-Sharing und Nahverkehr mit Park+Ride gebündelt werden** und
78 Menschen so leichter auf klimafreundliche Verkehrsmittel umsteigen können.
79 Kurzzeitstellplätze, aber auch Mobilitätsberatung, Lademöglichkeiten für
80 Elektroautos oder Pedelecs sowie Serviceangebote für Wartung und Reparatur
81 sollen die Angebote abrunden. Für Mobilitätspunkte und **Fahrradparkhäuser** werden
82 wir einen landesweiten Ausbau planen und diesen gemeinsam mit den Kommunen
83 umsetzen.

84 **Neue Mobilitätsformen – für eine flexible Zukunft**

85 Flexibel, On-Demand und in Zukunft autonom: So sieht für uns die Mobilität von
86 morgen aus. Wir wollen in den Kommunen **E-Car-Sharing Angebote** unterstützen und
87 fördern und so eine elektrische und umweltfreundliche Mobilität jenseits des
88 eigenen Autos aufbauen.

89 Anrufbusse und -taxen ergänzen bereits jetzt den Nahverkehr. **Bürgerbuskonzepte**
90 werden dort gefördert, wo sie von den Kommunen gewünscht sind. Dazu bietet **On-**
91 **Demand** mit **Shuttleverkehren** ungeahnte Möglichkeiten für die bedarfsgerechte
92 Anbindung des ländlichen Raums an die Städte, auch in Randzeiten. Wir werden sie
93 nutzen, um alle Orte in Rheinland-Pfalz zuverlässig anzubinden.

94 Mit einem neuen Fördertopf für **innovative Verkehrsprojekte** haben wir uns dafür
95 eingesetzt, dass in Mainz ein Kompetenzzentrum für autonomes Fahren im
96 Nahverkehr aufgebaut wurde, von dem wir weitere Formen der vernetzten Mobilität
97 erwarten können. Komplette autonome Mobilität wird wohl frühestens ab 2040
98 möglich sein. Dennoch müssen schon jetzt die Weichen gestellt werden. Auf
99 Bundesebene fordern wir die Anpassungen des Personenbeförderungsgesetzes und der
100 Straßenverkehrsordnung, um digitale und On-Demand-Konzepte als Teil des
101 Nahverkehrs zu etablieren. Im Land wollen wir auf die Erfahrungen mit On-Demand,
102 Sharing-Modellen und Datenmanagement aufbauen, neue Technologien fördern und
103 überall verfügbar machen.

104 **Umstieg auf neue alternative Antriebe**

105 Immer mehr Ladepunkte für E-Bikes und E-Autos sind in Rheinland-Pfalz in den
106 vergangenen Jahren hinzugekommen. Eine wichtige Voraussetzung, um die **E-**
107 **Mobilität an allen Orten** zu ermöglichen. Mit einem **Sicherheitsladenetz** wollen
108 wir einen **zügigen Ausbau der Ladeinfrastruktur** erreichen, der den steigenden
109 Bedarf an Ladestationen deckt. Überall im Land sollen sie im Radius von zehn
110 Kilometern erreichbar und alle P&R-Plätze und Liegenschaften des Landes sowie
111 Schulen im Land mit ihnen ausgestattet sein. Dabei setzen wir auf erneuerbaren
112 Strom aus Solar-Paneelen, auch an allen P+R-Plätzen.

113 Wir wollen die Förderung ausweiten, um Städte dabei zu unterstützen, mehr
114 Ladepunkte an Straßenlaternen in Wohngebieten anzubringen. Die Landesbauordnung
115 passen wir mit Blick auf die verpflichtende Bereitstellung von **E-**
116 **Lademöglichkeiten bei der Wohnbebauung** an. Insbesondere kleine und mittlere
117 Unternehmen wollen wir dabei unterstützen, ihren Angestellten Lademöglichkeiten
118 zu bieten. Um vollelektrische Pkw und Leichtkrafträder für Taxiunternehmen,
119 Fahrschulen, Mietwagenunternehmen, Carsharing-Anbieter und Unternehmen sowie E-
120 Lastenräder zu fördern, werden wir künftig **E-Gutscheine** vergeben.

121 Mit uns soll die Dienstwagenflotte des Landes auch für die untergeordneten
122 Behörden bis 2025 komplett auf E-Mobilität umgestellt werden.

123 Wir wollen Rheinland-Pfalz zum Land des **wasserstoffbasierten Schwerlastverkehrs**
124 machen. Die Herstellung innovativer Batterien soll Wertschöpfungsketten stärken
125 und Arbeitsplätze in unserem Land schaffen.

126 **Rückenwind fürs Rad**

127 Das Rad liegt mehr denn je im Trend. Im Zuge der Corona-Krise treten die
128 Menschen immer mehr in die Pedale. Diese Entwicklung muss genutzt und der
129 **Radverkehr weiter gestärkt** werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel für
130 den Radwegebau entsprechend erhöht werden. **Wir wollen daher das Ausbautempo beim**
131 **Um- Aus- und Neubau von Radwegen mindestens verdoppeln.** Um den Bau zu

132 beschleunigen, wollen wir, dass das Land die kompletten Planungs- und Baukosten
133 für die Pendlerradrouen übernimmt. Ziel ist, alle Städte und deren Umland mit
134 **Pendlerradrouen** anzubinden. Auf Landesebene werden wir einen Plan für den
135 Ausbau erstellen. Die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen, die ERA, sollen hier
136 verpflichtend werden, um die Qualität im Radwegebau zu steigern. Dazu gehört für
137 uns auch, das Radfahren sicherer zu machen und den Winterdienst deutlich zu
138 verbessern. Wir wollen zudem die Beschilderung der Radwege verbessern und den
139 Bau von Anlagen für Fahrräder voranbringen, beispielsweise Parkhäuser für
140 Fahrräder in angemessener Größe planen und errichten.

141 Auf Landesebene wollen wir die Stelle einer*s **Radverkehrsbeauftragten** zur
142 Beratung der Kommunen zu Fördermöglichkeiten schaffen, eine
143 **landesweiteArbeitsgemeinschaft** fahrradfreundlicher Kommunen ins Leben rufen
144 sowie **Radverkehrskonzepte** beratend und finanziell fördern. Beim Landesbetrieb
145 für Mobilität wollen wir das **Personal für Planung und Bau von Radwegen deutlich**
146 **stärken**.

147 Um Verkehrsmittel besser kombinieren zu können, werden wir dafür sorgen, dass
148 die Mitnahme von Fahrrädern im öffentlichen Nahverkehr durchgehend und
149 kostenfrei möglich ist. An Umstiegs-Stationen wollen wir ausreichend komfortable
150 und **sichere Abstell- und Lademöglichkeiten** zur Verfügung stellen. Wir werden die
151 jetzt schon bestehenden Möglichkeiten der Förderung verbessern und gerade
152 **Fahrradparkhäuser** an stark frequentierten Umstiegs-Stationen gezielt
153 unterstützen.

154 Um Fahrräder als klimaneutrales Alltagsverkehrsmittel voranzubringen, wollen wir
155 das **JobRad-Modell** für Beamt*innen des Landes ermöglichen sowie darauf hinwirken,
156 dass das Tarifrecht für die Angestellten des Landes für die Möglichkeit der
157 Entgeltumwandlung zur privaten Nutzung eines Dienstfahrrads geöffnet wird.

158 **Mehr Investitionen in die Schiene**

160 Die Nichtbundeseigene Eisenbahnen (NE-Bahnen) im Nahverkehr sind ein wichtiger
161 Faktor für den Tourismus, um den ländlichen Raum zu erschließen. Durch den
162 Fördertopf zur **Reaktivierung von Nichtbundeseigenen Eisenbahnen** werden die
163 Zellertalbahn und Wieslauterbahn saniert. Verschiedene Haltestellen sind im Netz
164 der Deutschen Bahn hinzugekommen. Die Reaktivierung der Strecken S-Bahn Homburg-
165 Zweibrücken und die Trierer Weststrecke, zuletzt durch unsinnige Vorgaben des
166 Bundes verzögert, wird gerade umgesetzt. Und in Mainz fährt seit dieser
167 Wahlperiode die erfolgreiche Mainzelbahn und entlastet die Stadt vom
168 Autoverkehr.

169 Die **Reaktivierungen für Personennah- und Güterverkehr** werden wir mit gewohnter
170 Hartnäckigkeit weiterverfolgen. Ebenso wollen wir stillgelegte Bahnhöfe
171 reaktivieren oder neue Haltepunkte schaffen. Insbesondere die Aartalbahn – in
172 Kooperation mit Hessen – hat für uns hohe Priorität. Auch im Hunsrück und in der
173 Eifel wollen wir den Zug wieder aufs Gleis setzen. Der Zug ist das
174 klimafreundlichste und komfortabelste Fortbewegungsmittel und erhöht zudem die
175 Attraktivität des Lebens auf dem Land. Vom Bund werden wir weiterhin vehement
176 fordern, dass Trier noch vor 2029 wieder **an den Fernverkehr angebunden** wird.
177 Ebenso müssen die Bahnhöfe Bingen, Worms und Frankenthal wieder regelmäßig vom
178 Fernverkehr bedient werden, um in Zukunft den Deutschlandtakt realisieren zu
179 können.

180

181 **Straßeninfrastruktur: Erhalt vor Neubau**

182 Erhalt vor Neubau – dieser Grundsatz muss auch weiterhin gelten. Der Neu- und
183 Ausbau von Landesstraßen darf nur unter strengsten Auflagen mit vollständigem
184 Ausgleich erfolgen.

185 Der Bundesverkehrswegeplan ist aus unserer Sicht nicht zeitgemäß, er muss unter
186 Klimaaspekten dringend überarbeitet werden. Explizit lehnen wir die
187 Ausbauprojekte des Bundes in Rheinland-Pfalz wie bei der A 1, A 60, A 643, B 10
188 und den Moselaufstieg bei Trier ab. Auch eine weitere Rheinquerung südlich von
189 Ludwigshafen sowie bei Bingen lehnen wir ab.

190 Wir treten dafür ein, dass **keine neuen Landesstraßenbrücken** über den Rhein
191 gebaut werden. Stattdessen setzen wir auf einen 24-Stunden-Fährbetrieb sowie auf
192 neue Verkehrsmittel wie Seilbahnen.

193 **Für leisere und sichere Straßen**

194 Für das Straßennetz setzen wir auf **Sicherheit, Umweltverträglichkeit und**
195 **Lärmschutz**. Für uns gilt das Konzept Vision Zero mit dem Ziel eines sicheren
196 Straßenverkehrs, bei dem kein Mensch mehr sein Leben verliert. Wir wollen **Tempo**
197 **30 auf klassifizierten Straßen innerhalb von Orten** noch besserumsetzen und die
198 Kommunen hierbei stärken. **Modellprojekte für autofreie Innenstädte** werden wir
199 unterstützen.

200 **Weniger Lärm**

201 Für weniger Schienenverkehrslärm muss der Bund **Schiene und Lärmschutz**
202 **zusammenbringen** und das Maßnahmenpaket des Beirats Leiseres Mittelrheintal gegen
203 den Bahnlärm am Mittelrhein umsetzen. Als langfristige Maßnahme unterstützen wir
204 die Forderung nach einer alternativen Güterverkehrsstrecke zwischen Troisdorf
205 und Bischofsheim.

206 Um Motorradlärm zu mindern, haben wir bereits als Bundesratsinitiative neue
207 Regeln für die Drosselung von Motorrädern auf den Weg gebracht und setzen uns
208 auch für strengere EU-Vorgaben ein.

209 Wir wollen auch **weniger Fluglärm. Deswegen** werden wir an dem Ziel festhalten,
210 mit einem **Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr** die Anwohner*innen zu entlasten. Das
211 Luftverkehrsgesetz muss auf Bundesebene entsprechend geändert werden. Zudem
212 setzen wir uns für ein bundesweites Luftverkehrskonzept ein, das den Schutz der
213 Anwohner*innen vor Fluglärm bei allen Fragen des Luftverkehrs berücksichtigt.
214 Wiederholte Verstöße gegen das Nachtflugverbot sind konsequent zu ahnden.

LTWP-5 5. Starke Familien – Beteiligte Jugend

Gremium: Silke Dietz
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Familie ist, wo Menschen füreinander da sind. Sie kümmern sich umeinander,
2 übernehmen Verantwortung füreinander und stärken so den Zusammenhalt in unserer
3 Gesellschaft. Es gibt viele Entwürfe, wie Familien leben wollen und glücklich
4 sind. Unabhängig ob Patchwork- oder Regenbogen-Familien, gemeinsam oder
5 alleinerziehende Elternteile – wir GRÜNE möchten Familien **in all ihrer Vielfalt,**
6 **ihren Bedürfnissen und** verschiedenen Lebensentwürfen unter die Arme greifen.
7 Familien haben in der Krise einen großen Teil der Belastungen getragen. Jetzt
8 kommt es darauf an, Familien besser zu unterstützen. Dafür brauchen wir eine
9 moderne Familienpolitik, die es zum Beispiel ermöglicht, Familie und Beruf gut
10 miteinander zu vereinbaren. Damit jede*r selbst entscheiden kann, wo und wie das
11 am besten gelingt, setzen wir uns für die bessere **Vereinbarkeit von Familie und**
12 **Beruf** ein und machen uns unter anderem für ein Recht auf Homeoffice stark.

13 Für uns ist **jedes Kind ein Geschenk**. Alle Kinder sollen fern von Armut und
14 Gewalt gut aufwachsen können, deswegen wollen wir **starke Kinderrechte** in der
15 Verfassung verankern. Familien in Not wollen wir schnell und einfach helfen.
16 Dazu braucht es ein noch besseres Netz von Anlaufstellen, das Familien in einer
17 schwierigen Zeit auffängt.

18 **Jugendliche** zeigen uns derzeit, wie aktiv sie ihre Zukunft in die Hand nehmen
19 und auch bereit sind, Verantwortung zu tragen. Sie übernehmen
20 überdurchschnittlich häufig Ehrenämter und kämpfen gegen die Klimakrise – und
21 damit für unsere und die Zukunft kommender Generationen. Die **Absenkung des**
22 **Wahlalters auf 16** ist eine überfällige Antwort auf dieses großartige Engagement.

23 **Vereinbarkeit in allen Lebenssituationen**

24 Gute Bildungs- und Betreuungsangebote sind eine zentrale Voraussetzung für die
25 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das hat sich gerade in der Krise sehr
26 deutlich gezeigt, als Kitas und Schulen geschlossen waren. Gleichzeitig muss
27 eine familien- und zeitgerechte Politik die Bedingungen dafür schaffen, dass die
28 Vereinbarkeit auch in den sich wandelnden Lebensphasen der Familienmitglieder
29 verwirklicht werden kann. Dazu zählt das **Recht auf familienbedingte Teilzeit**
30 ebenso wie der **Rechtsanspruch auf Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung**. Wir
31 setzen uns für flexible Vollzeitmodelle ein, die Beschäftigten ermöglicht, ihre
32 wöchentliche Arbeitszeit innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden zu
33 variieren.

34 Bei der Weiterentwicklung der Regelungen zum Elterngeld wollen wir die
35 partnerschaftliche Aufteilung der Sorge für Kinder zur Norm machen. Mit der
36 KinderZeit Plus wollen wir bundesweit den Anspruch auf Elterngeld von derzeit 14
37 auf 24 Monate erhöhen, wovon jedem Elternteil jeweils acht Monate zustehen. Die

38 weiteren acht Monate können sich die Eltern untereinander aufteilen. Die Eltern
39 können die Monatsbeträge abwechselnd oder gleichzeitig beziehen.
40 Alleinerziehende haben Anspruch auf die vollen 24 Monate KinderZeit Plus.
41 Familie bedeutet füreinander auch in schwierigen Lebenslagen da zu sein. Deshalb
42 wollen wir bei Pflegebedürftigkeit eines Familienmitglieds das Recht stärken,
43 die Arbeitszeit reduzieren zu können.
44 Es soll selbstverständlich sein, auch von zu Hause arbeiten zu können, um Arbeit
45 und Familie besser unter einen Hut zu bekommen. Wenn keine wichtigen Gründe
46 dagegensprechen sollen Arbeitnehmer*innen ein Recht auf **Homeoffice** haben.
47 Zeitkonflikte in Familien entstehen häufig, weil die zeitliche Taktung vor Ort
48 beispielsweise von Kitas, Schulen und dem Nahverkehr nicht aufeinander
49 abgestimmt ist. Deshalb werden wir die **Zeitbüros und Zeitlotsen in den Kommunen**
50 auch künftig fördern.

51 **Familien unterstützen**

52 Familien sollen die ihnen zustehenden finanziellen Leistungen bei einer einzigen
53 Stelle beantragen können – „alle Leistungen aus einer Hand“. Wir setzen uns
54 daher für ein Modellprojekt in Rheinland-Pfalz ein, das diese Art der
55 Leistungsgewährung vor Ort in mehreren Kommunen erprobt.

56 Mit einem landesweiten Konzept wollen wir dafür sorgen, dass Familien günstiger
57 Dienstleistungen und Einrichtungen aus den Bereichen Soziales, Kultur und
58 Bildung in Anspruch nehmen oder besuchen können.

59 Alleinerziehende leisten enorm viel und tragen an sieben Tagen der Woche 24
60 Stunden die Verantwortung. Das Armutsrisiko ist nach wie vor extrem hoch. Wir
61 setzen uns dafür ein, dass **Alleinerziehende** mit einer **Kindergrundsicherung** und
62 mit wirksamen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf **mehr**
63 **Unterstützung** erfahren.

64 **Guter Start ins Kinderleben – Kinderarmut bekämpfen**

65 In Rheinland-Pfalz leben rund 250.000 Kinder in armen Familien. Sie leiden nicht
66 nur unter einem Mangel an finanziellen Mitteln, sondern auch unter Isolation und
67 Ausgrenzung. Um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen, benötigen wir dringend eine
68 bundesweite **Kindergrundsicherung**, die den Mindestbedarf der Kinder deckt.
69 Dadurch werden bürokratische Hürden abgebaut und auch Kinder, die in armen
70 Familien aufwachsen, können ein selbstbestimmtes Leben führen. Kinder werden
71 dann nicht mehr auf Grund der finanziellen Not der Eltern davon abgehalten sich
72 frei zu verwirklichen und zu beteiligen, beispielsweise dem Sportverein
73 beizutreten oder Musikunterricht zu nehmen. Kernpunkte in der Landespolitik bei
74 der Bekämpfung von Kinderarmut sind eine gute soziale Infrastruktur, kostenfreie
75 Bildung, Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme sowie die gezielte Unterstützung
76 von Kindern und Jugendlichen in Armut.

77 Mit den Programmen **Guter Start ins Kinderleben** und **Frühe Hilfen** erreichen wir
78 vor allem Frauen, Familien und Kinder, die bei der Geburt eines Kindes bei den
79 vielen kleinen und großen Herausforderungen eine besondere Unterstützung
80 benötigen. Es wird zum Beispiel ermöglicht, dass Familienhebammen Müttern und
81 Vätern eng zur Seite stehen und individuelle Beratung leisten können.

82 Ein flächendeckendes Netz kostenfreier landesgeförderter **Beratungsstellen** in
83 Rheinland-Pfalz hilft Familien in besonderen Problemlagen. Wir wollen diese

84 Beratungsangebote fördern und weiterentwickeln, um den Zugang zu erleichtern.
85 Das gilt auch für Häuser der Familien, Familienbildungsstätten und
86 Familienzentren.

87 **Kitas und Grundschulen** wollen wir **als Kinder- und Familienzentren**
88 weiterentwickeln. Hier können Eltern wohnortnah und niedrigschwellig vielfältig
89 vernetzte Dienstleistungen für Kinder und Familien entweder direkt in Anspruch
90 nehmen oder sich vermitteln lassen. . Gemeinsam mit den Kommunen werden wir ein
91 Landesprogramm **Kommunale Präventionsketten** entwickeln und helfen, es umzusetzen.

92 **Kinderrechte stärken**

93 Das Recht jedes Kindes auf Förderung seiner Entwicklung und Entfaltung der
94 Persönlichkeit, auf den Schutz vor Gewalt, vor Vernachlässigung und Ausbeutung
95 sowie das Recht auf Beteiligung muss ins Grundgesetz aufgenommen werden. In
96 Rheinland-Pfalz werden wir vorangehen und diese **Rechte für Kinder in die**
97 **Landesverfassung** aufnehmen.

98 Bei **Kindschaftsverfahren** muss der Grundsatz „**Vom Kind her denken**“ gelten. Das
99 heißt vor allem, dass die Rechte der Kinder und Jugendlichen im Verfahren weiter
100 gestärkt werden. Bisher schon gilt, dass die besonderen emotionalen und
101 psychischen Bedürfnisse von Kindern entsprechend ihrem jeweiligen Alter der
102 Maßstab für das Handeln aller Beteiligten sind. Damit das auch tatsächlich so
103 umgesetzt wird, wollen wir die rechtlichen und organisatorischen Bedingungen
104 dafür verbessern.

105 **Kinder vor Gewalt schützen**

106 Wir werden den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und
107 Gewalt weiter ausbauen. Wir wollen einen **Pakt gegen den sexuellen Missbrauch von**
108 **Kindern und Jugendlichen** in Rheinland-Pfalz, um eine wirksame Prävention und
109 eine flächendeckende kindgerechte Intervention in Fällen sexuellen Missbrauchs
110 zu gewährleisten. Dabei müssen Kinder, Eltern, Schulen, Polizei, Jugendämter,
111 Vereine, Staatsanwaltschaften und spezialisierte Fachberatungsstellen
112 gleichermaßen einbezogen werden.

113 Ziel dieses Paktes ist, die Handlungskompetenz aller gesellschaftlichen Partner
114 im Bereich der Prävention und der Intervention so zu stärken, dass sie den
115 Schutz von Kindern und Jugendlichen koordiniert und übergreifend leisten können.
116 Schulen und Kitas haben bei der Prävention eine Schlüsselrolle. Bereits
117 bestehende Programme wollen wir ausbauen und künftig auch für typische
118 Täterstrategien sensibilisieren.

119 Die gesetzlich vorgeschriebene **Stärkung von Opferrechten** wollen wir konsequent
120 umsetzen. Das erfordert entsprechende personelle und technische Voraussetzungen,
121 um die Belastungen kindlicher Opferzeugen so gering wie möglich zu halten. Ein
122 möglichst **flächendeckender Ausbau von Beratungsstellen** soll sicherstellen, dass
123 die Betroffenen begleitet werden können. Die Strafverfolgungsbehörden, die
124 digitale Missbrauchsdarstellungen aufdecken, werden wir aufstocken. **Kein Täter**
125 **darf sich sicher fühlen**. Der Druck, entdeckt und verfolgt werden zu können, muss
126 massiv erhöht werden.

127 Erfahrungen mit Missbrauchsfällen haben gezeigt, wie wichtig es ist, auch in der
128 Justiz die Kompetenzen zu bündeln. Deshalb richten wir
129 **Schwerpunktstaatsanwaltschaften und -gerichte** an, die mit vereinter Kraft die
130 Strafverfolgung von sexualisierter Gewalt übernehmen. Wir werden die

131 **Kinderschutzdienste** flächendeckend ausbauen und dafür sorgen, dass
132 **Traumambulanzen** im Falle eines sexuellen Missbrauchs schnell Hilfe leisten.

133 **Inklusive Kinder- und Jugendhilfe**

134 In den vergangenen Jahren haben die Gefahren für das Kindeswohl zugenommen.
135 Kinder und ihre Familien in Not benötigen professionelle individuelle Angebote,
136 um sozial und emotional gestärkt zu werden. Unser Ziel ist es, die Schulen,
137 Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und weitere **Angebote im Sozialraum** so zu
138 **stärken**, dass die dort Verantwortlichen eventuell entstehende Probleme bei der
139 Entwicklung von Jugendlichen und Familien schnell wahrnehmen und rechtzeitig
140 helfen können.

141 Die Kinder- und Jugendhilfe muss inklusiv umgesetzt werden. Dazu braucht es eine
142 Rechtsnorm unter der die gesamte Kinder- und Jugendhilfe vereint ist. Wir wollen
143 die Kommunen fördern, die Inklusive Lösung organisatorisch vorwegzunehmen.

144 Bei der auf Bundesebene überfälligen Reform des SGB-VIII muss eine inklusive
145 Lösung mit dem Ziel „**alle Hilfe aus einer Hand**“ zur allgemeinen Norm werden.
146 Dadurch werden wir eine optimale Verzahnung und Kombination aller Leistungen der
147 Kinder- und Jugendhilfe, anderer Sozialleistungsträger sowie der Angebote der
148 Schulen gewährleisten. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass das bisherige
149 Leistungsspektrum erhalten bleibt und die unterschiedlichen Ansätze der Hilfen
150 zur Erziehung einerseits und der Leistungen zur Teilhabe andererseits weiterhin
151 zur Anwendung kommen.

152 **Platz für Kinder**

153 Während der Corona-Krise haben wir feststellen können, wie wichtig Spielplätze
154 für die Kinder sind. Bewegung, frische Luft, kreatives Spiel und Sicherheit –
155 Kinder brauchen viel Raum für ihre Entwicklung. Wir möchten deshalb die **Spiel-,**
156 **Aufenthalts- und Bewegungsflächen** in den Kommunen erhalten und neue schaffen.
157 Dafür werden wir erneut ein **Förderprogramm für naturnah gestaltete Spielflächen**
158 auflegen. Wir wollen, dass öffentliche Einrichtungen familiengerecht organisiert
159 und ausgestattet sind und zum Beispiel **Wickeltische und Eltern-Kind-Räume**
160 verbindlich vorgeschrieben werden.

161 **Die Jugend hat das Wort**

162 In Rheinland-Pfalz haben wir viele junge Menschen, die eine tragende Rolle im
163 Ehrenamt übernehmen, die politisch interessiert sind und klar und deutlich
164 sagen, was sie wollen: mitbestimmen. Seit vielen Monaten demonstrieren
165 zahlreiche junge Menschen beispielsweise gegen die Klimapolitik der
166 Bundesregierung, weil sie nicht länger hinnehmen wollen, dass untätige
167 Politiker*innen ihre Zukunft verspielen. Das verdient nicht nur unseren Respekt,
168 sondern ist Aufforderung, zu handeln.

169 **Mitbestimmung und Freiräume**

170 In vielen Bundesländern dürfen junge Menschen schon mit 16 wählen und so am
171 politischen Leben teilhaben – das soll endlich auch bei den Landtags- und
172 Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz möglich sein. Damit die Anliegen junger
173 Menschen auf Landesebene noch mehr Gehör finden, werden wir die Einrichtung
174 eines **Jugendbeirats im Land** unterstützen. Außerdem möchten wir die
175 **Jugendstrategie JES! Jung. Eigenständig. Stark** ausbauen, damit die Belange
176 Jugendlicher in allen Politikbereichen wahrgenommen und mitgedacht werden.
177 Jugendzentren und dezentrale, zunehmend auch mobile Angebote der Jugendarbeit

178 bieten jungen Menschen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten. Im Rahmen der
179 Jugendstrategie soll die Jugendarbeit vor Ort weiter ausgebaut werden. Junge
180 Menschen brauchen auch vor Ort Räume und Angebote – dafür muss das Land die
181 finanziellen Mittel weiter bereitstellen.

182 **Jugendbeteiligung in den Kommunen**

183 Wir GRÜNE wollen, dass Kinder und Jugendliche das Leben auf kommunaler Ebene
184 mitgestalten können. In fast 75 Prozent der Kommunen in Rheinland-Pfalz haben
185 sie dazu keine Möglichkeit. Das muss sich ändern. Wir werden Jugendliche dabei
186 unterstützen, ein Jugendparlament zu beantragen. **Kommunale Jugendvertretungen**
187 sollen ein **Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht in den kommunalen Räten** und ein
188 **eigenes Budget** bekommen. Kommunen müssen bei Planungen und Vorhaben, die die
189 Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise
190 beteiligen. Das soll in der Gemeindeordnung festgeschrieben werden.

191 **Jugendliches Engagement**

192 Jugendliche übernehmen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung
193 überdurchschnittlich häufig ein Ehrenamt. Sie bringen sich in ihren Städten und
194 Gemeinden ein, in Sportvereinen, in der Schule, in Jugendgruppen, bei der
195 Jugendfeuerwehr oder in politischen Jugendorganisationen. Wir GRÜNE werden
196 dieses Engagement besser unterstützen. Dafür wollen wir mit einer umfangreichen
197 **Änderung des Landesgesetzes zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit** die
198 Erstattung des Verdienstausfalls auf ein zeitgemäßes Niveau anheben.

LTWP-6 6. Gerechte Bildung – Innovative Wissenschaft

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Die richtigen Töne treffen, komplizierte Rechnungen lösen oder besonders schnell
2 rennen können: Jeder Mensch hat individuelle Begabungen, aber auch Bedürfnisse.
3 Deshalb bedeutet gute Bildung für uns GRÜNE, den Menschen mit seinen Stärken und
4 Schwächen gleichermaßen zu fördern, und zwar unabhängig vom Einkommen und
5 sozialer Herkunft. Unser Motto ist **Lernen ein Leben lang** – von der Kita über die
6 Schule, die Ausbildung und das Studium bis hin zu Angeboten für Erwachsene.

7 Durch **Ganztagschulen, bessere Arbeitsbedingungen** für die Fachkräfte und
8 **Förderung von Weiterbildung** möchten wir Lernorte schaffen, die individuelle
9 Bedürfnisse erkennen, fördern und auch das Miteinander stärken. Wir wollen **faire**
10 **Bildungschancen**, die niemanden zurücklassen. Schüler*innen müssen beispielsweise
11 Computer und Tablets in der Schule ausleihen können, ohne etwas dafür zu
12 bezahlen.

13 Grüne Bildungspolitik steht für Verlässlichkeit, Vielfalt, Offenheit und
14 Gerechtigkeit. Alle Menschen sollen das lernen können, was sie zur Teilhabe
15 befähigt und ihnen ein erfülltes Leben ermöglicht. Bildungsangebote und -
16 einrichtungen müssen **barrierefrei** zugänglich sein. Gute Bildungschancen in allen
17 Bereichen dürfen nicht vom finanziellen Rahmen oder der Herkunft der Eltern
18 abhängen. Auch die Meisterausbildung muss wie das Studium **kostenfrei** möglich
19 sein.

20 **Kita: Kinder fördern – Eltern entlasten – Erzieher*innen wertschätzen**

21 Neben Zeit mit ihren Kindern wünschen sich Eltern in erster Linie Entlastung.
22 Entlastung bedeutet das gute Gefühl, dass Kinder in den Kindertagesstätten
23 bestens umsorgt werden. Entlastung bedeutet, dass Eltern ihr Familienleben nah
24 am Kind und an den eigenen Bedürfnissen gestalten können. Dafür sind gute
25 frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote eine zentrale Voraussetzung.
26 Rheinland-Pfalz nimmt hier unter den westdeutschen Ländern einen Spitzenplatz
27 ein. Damit das so bleibt, wollen wir GRÜNE unsere Angebote weiter verbessern.
28 Denn wir wollen Eltern entlasten, Kinder individuell fördern und Erzieher*innen
29 wertschätzen.

30 **Gute Kitas**

31 Mit dem neuen Kita-Gesetz ist es uns gelungen, eine zukunftsweisende Grundlage
32 für die frühkindliche Bildung und Betreuung zu legen. Mit dem neuen Gesetz haben
33 alle Eltern einen **Rechtsanspruch auf eine 7-Stunden Betreuung** ihrer Kinder, wozu
34 ein gesundes Mittagessen gehört. Wir GRÜNE setzen uns weiter für den **Ausbau des**
35 **Ganztagesangebots** in den Kitas als einen wichtigen Beitrag zur besseren
36 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein und unterstützen Projekte wie **24-**
37 **Stunden-Kitas**.

38 Die **Entlastung der Fachkräfte** kommt den Familien zugute: Die Arbeit der
39 Erzieher*innen haben wir **durch einen verbesserten Betreuungsschlüssel**
40 erleichtert und den Kindern somit wertvolle Zeit mit ihren Erzieher*innen
41 geschenkt. Den Betreuungsschlüssel für unsere Kleinsten wollen wir weiter
42 verbessern, damit **kleinere Gruppen** realisiert werden können.

43 Die gemeinsame Betreuung von Kindern **mit und ohne Behinderung** soll überall zur
44 Regel werden. Dazu haben wir vor, die Kitas mit dem entsprechenden Personal und
45 der nötigen Infrastruktur auszustatten. **Multiprofessionelle Teams** sind hier ein
46 wichtiges Instrument, das wir fördern wollen.

47 **Erzieher*innen und Sozialassistent*innen verdienen mehr**

48 Wie wichtig Erzieher*innen und Sozialassistent*innen für Kinder, Eltern und
49 Arbeitgeber sind, ist im Zuge der Kita-Schließungen aufgrund der Corona-Pandemie
50 mehr als deutlich geworden. Einfach nur „Danke“ sagen, reicht nicht. Es ist an
51 der Zeit, die **Fachkräfte finanziell besserzustellen**, denn Erzieher*innen und
52 Sozialassistent*innen haben mehr verdient. Wir werden uns nachdrücklich für eine
53 bessere Bezahlung einsetzen und zwar von Beginn der Ausbildung an.

54 In Rheinland-Pfalz haben wir bereits mit dem Ausbau der berufsbegleitenden
55 Ausbildung zur Erzieher*in begonnen. Das reicht uns jedoch nicht. Wir wollen
56 eine **flächendeckende, vergütete Ausbildung zur Erzieher*in und**
57 **Sozialassistent*in** analog zu anderen dualen Ausbildungsberufen. Nur so können
58 wir das Personal gewinnen, um das Niveau unserer bisherigen Angebote halten und
59 erweitern zu können.

60 **Vom Kita- zum Schulkind: Übergänge besser gestalten**

61 Gute Übergänge sind entscheidend für die Bildungschancen jedes Kindes. Dies gilt
62 insbesondere für den Übergang zwischen Kita und Grundschule.

63 Die Intensivierung der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Kitas und
64 Grundschulen, wie wir sie im neuen Kita-Gesetz festgelegt haben, war bereits ein
65 wichtiger Schritt in diese Richtung. Auch bei der Schuleingangsuntersuchung
66 sollte ein größeres Augenmerk auf die individuellen Bedürfnisse des Kindes
67 gelegt werden. Wir streben an, dass auch **jahrgangsübergreifend Lerngruppen**
68 gebildet werden können, um noch besser auf die individuellen Phasen in der
69 Entwicklung der Kinder eingehen zu können.

70 **Gutes Essen in Kitas und Schulen**

71 Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in Kita und Schule und essen auch
72 dort. Mit dem Ausbau von Ganztageseinrichtungen wird ein gesundes Mittagessen
73 immer wichtiger. Wir wollen gutes Essen in allen Schulen und Kitas im Land
74 anbieten und garantieren können, dass alle Kinder und Jugendlichen eine warme
75 Mahlzeit erhalten. Unser Ziel ist ein gesundes und genussvolles Mittagessen, bei
76 dem mindestens 30 Prozent der Produkte aus ökologischer und 50 Prozent aus
77 regionaler Herkunft stammen. Selbstverständlich sollen Fair-Trade Produkte
78 eingesetzt und die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE)
79 eingehalten werden.

80 Die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung des Landes, die Kitas und
81 Schulen, aber auch andere Einrichtungen über gesunde Ernährung informiert und
82 berät, werden wir stärken.

83 Gemeinsam mit den Schulträgern werden wir eine Offensive für eine Qualifizierung
84 als Ernährungs-Kitas und -Schulen starten. Diese Qualifizierung garantiert eine
85 gesunde und genussreiche Ernährung, Eltern und Kinder werden über
86 Ernährungsbeiräte an der Essenauswahl beteiligt.

87 Ernährungsbildung und die Vermittlung von Ernährungskompetenz wollen wir
88 verbindlicher in Kitas und Schulen verankern. Wir wollen, dass unsere Kinder
89 auch in Zukunft wissen, wie und wo Lebensmittel angebaut und hergestellt werden.
90 Deswegen werden wir Programme unterstützen und ausbauen, in denen Kinder und
91 Jugendliche spielerisch Lebensmittel kennenlernen und erfahren, wie sie angebaut
92 werden.

93 **Schule als Lebensort: Bei uns macht Ganztags Schule**

94 Die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf endet nicht mit dem
95 Beginn der Schulzeit. Gerade beim Übergang von der Kita in die Schule sind
96 Eltern auf die Förderung ihrer Kinder in **Ganztagschulen** und auf **verlässliche**
97 **Betreuungszeiten** angewiesen. Deshalb werden wir in Rheinland-Pfalz die
98 Ganztagsangebote der Schulen weiter ausbauen. Ganztagschulen schaffen den Raum
99 und die Zeit für mehr individuelle Förderung. Das ist nicht nur gut für unsere
100 Kinder, sondern entlastet auch die Eltern, die sich so nach Feierabend
101 stressfrei ihrer Familie widmen können. Nach den Belastungen der Schul- und
102 Kitaschließungen in der Krise wollen wir durch den Ausbau des Ganztagsangebots
103 Familien besser unterstützen.

104 Wir wollen, dass die Schulen **wohnortnah und flächendeckend Ganztagsangebote**
105 **machen**. Dadurch wollen wir den Kindern bessere Lernbedingungen ermöglichen und
106 den Übergang von der Kita in die Schule für Familien verträglich gestalten.
107 Deshalb hat für uns der flächendeckende Ausbau an den Grundschulen Vorrang.

108 **Eine Abwechslung im Tagesverlauf** verbessert die Bedingungen für das Lernen und
109 die Entwicklung der Kinder. Überall, wo die Anmeldezahlen das möglich machen,
110 wollen wir Ganztagsklassen einrichten, in denen Schulunterricht, freie
111 Arbeitsphasen, Bewegung und freie Zeiten über den ganzen Tag verteilt sind.
112 Diese Rhythmisierung wird die Qualität der Ganztagsangebote deutlich erhöhen.

113 Wir legen Wert auf gute pädagogische Konzepte, qualifiziertes Personal und die
114 Gestaltung der Lern- und Erholungsräume. Gute Bildung und Betreuung steht und
115 fällt nicht zuletzt mit dem Schulgebäude. Der Wechsel zwischen Unterricht und
116 Freizeit entlang der Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen braucht Platz und
117 entsprechende Räume.

118 Im Sinne einer gesunden Lernumgebung setzen wir uns daher für **nachhaltige**
119 **Schulbauten** nach ökologischen Standards ein. Dort gibt es Bewegungs-, Rückzugs-
120 und Begegnungsflächen, in denen sich Lehrer*innen und Schüler*innen
121 gleichermaßen wohl fühlen. Perspektivisch sollen sich **Schulgebäude zu Bildungs-**
122 **und Teilhabezentren** entwickeln, die auch an den Wochenenden und in den Ferien
123 genutzt werden können.

124 **Mit uns weiter ins digitale Zeitalter**

125 Wir wollen, dass Schüler*innen auch mit Blick auf die fortschreitende
126 Digitalisierung auf der Höhe der Zeit ausgebildet werden. In den vergangenen
127 Wochen und Monaten erfuhr die **digitale Bildung** einen enormen Schub: Die
128 Pandemiekrise hat uns sehr deutlich vor Augen geführt, wo wir bei der
129 Digitalisierung im Bildungsbereich stehen und in welcher Richtung wir mit großen

130 Schritten vorankommen müssen. Wir werden dafür sorgen, dass Schulen mit der
131 entsprechenden Infrastruktur und dem entsprechenden Know-how die Digitalisierung
132 der Bildung dynamisch weiter voranbringen und die Schüler*innen entsprechend
133 profitieren können.

134 Im Rahmen der Schulgesetz-Novelle haben wir wichtige Grundlagen für **digitale**
135 **Lehr- und Lernsysteme** als Bestandteil des regulären Unterrichts geschaffen.
136 Unser Ziel ist, Schüler*innen kritisch-reflexiv an die neuen Technologien
137 heranzuführen sowie Lerninhalte interaktiv entlang ihrer Lebenswelt zu
138 vermitteln. Hierfür brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur, technischen
139 Support und fitte Lehrkräfte. Wir werden für eine fortwährende Weiterbildung von
140 Schulleitungen und Lehrkräften im digitalen Bereich sorgen und machen uns stark
141 dafür, dass die Finanzierung einer besseren digitalen Ausstattung der Schulen
142 mit Bundesmitteln fortgeführt wird.

143 Mit der **kostenfreien Schulbuchausleihe** für Familien mit geringem Einkommen
144 leisten wir einen Beitrag zu einem gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem.
145 Dieses Angebot wollen wir auf **Computer und Tablets** erweitern, damit auch bei der
146 digitalen Bildung kein Kind zurückbleibt.

147 **Länger miteinander und voneinander lernen**

148 Die Anmeldezahlen der vergangenen Jahre beweisen es: Die Integrierten
149 Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz sind sehr beliebt. Es mangelt ihnen jedoch an
150 genügend Plätzen, um alle interessierten Schüler*innen aufzunehmen. Wir wollen
151 das ändern und die **Integrierten Gesamtschulen ausbauen**.

152 Wir wollen die 5. und 6. Klassen zu echten **Orientierungsstufen mit maximal 25**
153 **Schüler*innen** pro Klasse umbauen. Auf diese Weise gewinnen Eltern und Kinder
154 Zeit, sich zu orientieren und zu entwickeln und sind in der Lage, eine wirklich
155 gute Entscheidung über die weitere Schullaufbahn zu treffen. Daher unterstützen
156 wir Gymnasien und Realschulen Plus beim Aufbau von **gemeinsamen**
157 **Orientierungsstufen**. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schulwechsel nur noch
158 auf freiwilliger Basis erfolgen. Schulen werden künftig für alle ihnen
159 anvertrauten Schüler*innen die Verantwortung übernehmen und sie individuell
160 fördern, statt sie auszusortieren.

161 **Bildung für eine inklusive Gesellschaft**

162 Unser Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen einen Abschluss bekommen und
163 so ausgebildet werden, dass sie am sozialen und kulturellen Leben in Rheinland-
164 Pfalz teilhaben können. Eine inklusive Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in
165 der wir miteinander solidarisch sind und uns füreinander einsetzen – unabhängig
166 von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit oder Behinderungen.
167 Daher brauchen wir ein Bildungssystem, das Vielfalt als Chance erkennt und eine
168 Bildungspolitik, die eine inklusive Gesellschaft fördert.

169 Individuelle Förderung bedeutet auch, die Leistungen von Kindern mit
170 Benachteiligungen – wie beispielsweise eine Lese- und Rechtschreibschwäche –
171 angemessen zu honorieren. Um allen betroffenen Kindern gerecht zu werden,
172 braucht es **einheitliche, transparente Regelungen zum Nachteilsausgleich. Sprach-**
173 **und Förderprogramme** wollen wir ausbauen und dafür sorgen, dass Förder- und
174 Integrationskräfte zielgerichtet eingesetzt werden.

175 Damit alle Kinder bestmöglich individuell gefördert werden und lange gemeinsam
176 lernen können, brauchen wir Ressourcen, die diesem Anspruch Rechnung tragen. Im

177 Rahmen eines **sozialindikatorgestützten Finanzierungssystems** wollen wir vor allem
178 dort zusätzlich investieren, wo die Bedarfe besonders hoch sind. Inklusiv
179 Schulen brauchen mehr Personal, mehr Räume und mehr Beratung. Gerade sie sollen
180 mehr und mehr die Möglichkeit haben, Lerngruppen zu verkleinern,
181 Doppelbesetzungen zu realisieren und eigenverantwortlich multiprofessionelle
182 Teams aus Lehrer*innen, Schulsozialarbeit*innen und Förderlehrkräften zu bilden.

183 **Lehrkräfte entlasten – Schulleitungen stärken**

184 Wir werden unseren Lehrkräften Zeit schenken, damit sie sich ihren jeweiligen
185 Schüler*innen intensiv widmen können. So wollen wir **mehr Vertretungslehrkräfte**
186 einstellen, Schulen zunehmend die Möglichkeit geben, Lerngruppen zu verkleinern
187 und Doppelbesetzungen zu realisieren sowie Möglichkeiten prüfen, Lehrdeputate
188 schrittweise zu senken.

189 Die Arbeit der Schulleitungen wird immer vielschichtiger. Im Rahmen einer
190 **Qualifizierungsoffensive für Schulleitungen** wollen wir sie insbesondere in den
191 Bereichen Personal- und Organisationsmanagement unterstützen.

192 **Eigenverantwortung der Schulen ausbauen**

193 Darüber hinaus wollen wir, dass die **Schulen mehr Eigenverantwortung bekommen und**
194 **die Personalautonomie** gestärkt wird. Schulen sollten künftig Gelder zur
195 Verfügung gestellt bekommen, beispielsweise um Vertretungslehrkräfte oder
196 Schulsozialarbeiter*innen einzustellen. Auf diese Weise werden Schulen flexibler
197 und können schneller auf aktuelle Bedarfe und Engpässe reagieren. Wir wollen,
198 dass die Schulen mehr Freiheiten bei der Gestaltung ihrer Unterrichtsangebote
199 haben, um beispielsweise bei den Fremdsprachen, Philosophie oder mathematisch-
200 technischen Fächern eigene Schwerpunkte zu setzen. Auch die Schüler*innen sollen
201 die Möglichkeit bekommen, ihren Stundenplan stärker entlang ihrer Interessen zu
202 gestalten.

203 **Lehramtsstudium modernisieren**

204 Wir wollen die Ausbildung für das Lehramt den aktuellen Anforderungen im
205 Schulalltag anpassen. **Unterrichten nach differenzierten Zielen** und eine
206 **inklusive Pädagogik** ist für alle Schulen relevant. Daher streben wir ein
207 **Stufenlehramt** an, in dem nicht mehr nach Schulformen unterschieden wird, sondern
208 allein nach dem Alter der Schüler*innen. Dadurch stärken wir das
209 Grundschullehramt und die Grundlagen für eine bessere individuelle Förderung.
210 Diese **Reform des Lehramtsstudiums** ist auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu
211 einem **einheitlichen Einstiegsgehalt für Lehrkräfte** aller Schulformen.

212 **Berufliche Bildung: Wir geben Chancen und Orientierung**

213 Wir GRÜNE bekennen uns zur Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen
214 Bildung. Die duale Berufsausbildung und die Meisterqualifikation sind tragende
215 Säulen für die Ausbildung von Fachkräften. Zentraler Beitrag des Landes zu
216 unserem auch im internationalen Maßstab vorbildlichen System der dualen
217 Berufsausbildung sind die Bildungsangebote der Berufsbildenden Schulen. Nicht
218 nur die Energiewende und die Digitalisierung erfordern Know-how. Deshalb wollen
219 wir uns weiterhin nicht nur für den **Erhalt des Meisterbriefs** einsetzen, sondern
220 die **Meisterausbildung** analog zum Erststudium flächendeckend **kostenfrei** anbieten.

221 Unsere **Berufsbildenden Schulen** sind wichtige Knotenpunkte. Hier werden nicht nur
222 junge Menschen auf dem neusten Stand der Technik ausgebildet, sondern auch die
223 jeweiligen Ausbildungsgänge in Kooperation mit Unternehmen und Hochschulen

224 zukunftsweisend fortentwickelt. Wir wollen unsere **Berufsschulen zu**
225 **Weiterbildungszentren** ausbauen. Damit können auch Arbeitnehmer*innen von der
226 Infrastruktur vor Ort profitieren können und fit für den Arbeitsmarkt bleiben.
227 Für die Chancen junger Menschen sind die Übergänge von der Schule ins
228 Berufsleben entscheidend. Daher wollen wir die **Berufsorientierung an Schulen**
229 insgesamt, aber insbesondere an den Gymnasien deutlich ausbauen, um allen
230 Jugendlichen eine klare Perspektive auf eine Berufsausbildung zu eröffnen.

231 Das Land und die Kommunen haben die gesellschaftliche Aufgabe, im Landesdienst
232 und in den Landesbetrieben, in der kommunalen Verwaltung, in den kommunalen
233 Gesellschaften und Betrieben ausreichend Ausbildungsplätze anzubieten. Des
234 Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass die **Ausbildungsleistung von Betrieben**
235 **bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt** wird.

236 Die Offenheit und Durchlässigkeit der Bildungswege in Rheinland-Pfalz wird nicht
237 zuletzt durch die berufsbildenden Schulen gewährleistet. Sie ermöglichen alle
238 schulischen Qualifikationen, von Angeboten für Jugendliche ohne Abschluss bis
239 hin zur beruflichen Oberstufe. Diesen erfolgreichen Weg werden wir weitergehen,
240 dabei besonders Jugendliche ohne Abschluss begleiten und die **Angebote in der**
241 **Ausbildungsvorbereitung** ausbauen und stärken. Dazu gehört für uns auch eine
242 anrechnungsfähige Qualifizierung von Jugendlichen, die im Arbeitsmarkt
243 benachteiligt sind. Eine **Reform des Übergangssystems** soll alle Beteiligten
244 einbeziehen und einheitliche Anlaufstellen mit sozialpädagogischer
245 Unterstützungsstruktur anbieten. Zusätzliche **Jugendberufsagenturen** sollen
246 sicherstellen, dass Anlaufstellen flächendeckend aufgesucht werden können.

247 **Erfolgreiche Hochschulen: offen, unabhängig, innovativ**

248 Tiefgreifende Veränderungen werden das kommende Jahrzehnt prägen, wenn wir die
249 Erderwärmung aufhalten und gleichzeitig unsere Gesellschaft für alle lebenswert
250 gestalten möchten. Um diese Transformation zu meistern, brauchen wir eine starke
251 Forschungslandschaft und akademisch gut qualifizierte Fachkräfte.

252 **Forschung in Rheinland-Pfalz: transparent und divers**

253 In Zukunft möchten wir den Ausbau einer **nachhaltigen und breiten**
254 **Grundlagenforschung** unterstützen. Gleichzeitig müssen wir als Antwort auf die
255 großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie beispielsweise den Klimaschutz
256 und den digitalen Wandel zukunftsweisende Felder für Forschung und Entwicklung
257 identifizieren und diese finanziell entsprechend ausstatten.

258 Damit Forschungsergebnisse in Zukunft stärker in Wirtschaft, Gesellschaft und
259 Politik hineinwirken können, werden wir die Arbeitsweisen der **Offenen**
260 **Wissenschaft** stärken. Wir wollen Wissenschaftler*innen und Hochschulen dabei
261 unterstützen, Forschungsdaten, Laborberichte und andere Forschungsprozesse frei
262 zugänglich zu machen. Gleichzeitig möchten wir die Kooperation und Kommunikation
263 mit der interessierten Öffentlichkeit intensivieren. Wir unterstützen daher
264 **bürgerwissenschaftliche Ansätze** und möchten auch die **Wissenschaftskommunikation**
265 stärken.

266 Die Basis jedes Forschungsvorhabens muss Humanität, Transparenz und die Freiheit
267 der Wissenschaft sein. Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer
268 **Zivilklausel für die Forschung** und die **Offenlegung von Informationen über**
269 **Drittmittel** an den rheinland-pfälzischen Hochschulen ein. In Verträgen mit
270 Drittmittelgebern müssen die Freiheit der Wissenschaft, die Unabhängigkeit der
271 Hochschulen und die Entscheidungsrechte der gewählten Gremien gesichert werden.

272 Mit der Hochschulgesetznovelle haben wir einen Rahmen gesteckt, der es
273 ermöglicht, Forschung und Lehre weitgehend **ohne Tierversuche** zu gestalten. Wir
274 werden die Hochschulen dabei unterstützen, das auch umzusetzen.

275 **Auf dem Weg zur digitalen Hochschule**

276 Eine Lehre aus der Corona-Pandemie ist, dass die Hochschulen weitere Mittel
277 benötigen, um den Anforderungen der digitalen Forschung und Lehre gerecht zu
278 werden. Wir wollen sie unterstützen, Konzepte zu entwickeln, damit **E- und**
279 **Blended-Learning-Angebote** das Präsenzstudium zunehmend ergänzen können. Durch
280 Investitionen in die technische Infrastruktur und die Einführung eines
281 **landesweiten Organisationssystems** wollen wir die Voraussetzungen für einen
282 echten **Digitalisierungsschub** schaffen. Bei der Gestaltung der Räume müssen
283 digitale Anforderungen mitgedacht und in den Bibliotheken zusätzliche
284 Computerarbeitsplätze eingerichtet werden.

285 **Strategische Hochschulentwicklung**

286 Mit der **Hochschulstrukturreform** haben wir eine tiefgreifende Veränderung der
287 rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft angestoßen. Um diesen Prozess
288 erfolgreich ins Ziel zu führen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die
289 Empfehlungen der Expert*innen-Kommission realisiert und mit ausreichenden
290 finanziellen Mitteln unterstützt werden. Wir wollen, dass die neu formierten
291 Universitäten die Chance haben, sich als Innovationszentren in ihren Regionen
292 weiterzuentwickeln und sich durch ihr Profil einen Rang innerhalb der
293 bundesweiten Hochschullandschaft zu erarbeiten. Eine derart weitreichende
294 Neuordnung gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb setzen uns dafür ein, dass die
295 **für diesen Prozess veranschlagten Mittel deutlich aufgestockt** werden.

296 Über die Strukturreform hinaus müssen wir die finanzielle Ausstattung der
297 Hochschulen stärker priorisieren. Wenn das rheinland-pfälzische Hochschulsystem
298 leistungsfähig bleiben soll, müssen wir die **Finanzierung schrittweise auf den**
299 **Bundesdurchschnitt anheben**. Die Verteilung der Mittel muss transparent und nach
300 objektiven Kriterien erfolgen, die Anreize setzen und erbrachte Leistungen
301 honorieren. Neben der finanziellen Ausstattung wollen wir auch die
302 Hochschulbauten in den Blick nehmen. Für **Neu- und Umbauten** müssen in Zukunft
303 neben Kriterien der Aufenthaltsqualität und der technischen Ausstattung auch
304 **hohe ökologischen Standards** gelten.

305 **Studieren in Rheinland-Pfalz: selbstbestimmt und kostenfrei**

306 Unser Leitbild ist das selbstbestimmte Studium. Deshalb haben wir uns
307 erfolgreich für eine **Abschaffung der generellen Anwesenheitspflicht** eingesetzt.
308 Damit auch berufstätige Menschen und Eltern mit Erziehungsverantwortung vom
309 Studienangebot profitieren können, haben wir die Möglichkeit des
310 **Teilzeitstudiums** im Hochschulgesetz verankert. Damit dieses Modell zum Erfolg
311 wird, wollen wir die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Parallel möchten
312 wir die Entwicklung von **attraktiven Studienmodellen zur berufsbegleitenden**
313 **Weiterqualifikation** unterstützen, um bessere Möglichkeiten für das lebenslange
314 Lernen zu eröffnen.

315 Auch in Zukunft wollen wir die Vielstimmigkeit des wissenschaftlichen Diskurses
316 fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein breites Fächerspektrum
317 unabdingbar. Neben dem Erhalt kleiner Fächer setzen wir uns für eine stärkere
318 Integration des **Studium Generale** insbesondere in der Studieneingangsphase ein,
319 um allen Studierenden des Landes Einblicke in fachfremde Studiengebiete zu

ermöglichen. In den Curricula der Studienangebote wollen wir die Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker verankern. **Green Offices** sollen die Ansätze zur Stärkung der Wissenschaft für Nachhaltigkeit an den Hochschulen koordinieren und unterstützen.

Studierende tragen häufig eine enorme finanzielle Belastung. Deshalb wollen wir **Zweitstudiengebühren abschaffen** und den Hochschulen die entsprechenden Ausfälle kompensieren. Gerade in den Universitätsstädten steigen die Mieten stark. Deshalb setzen wir uns weiter für **bezahlbare Wohnheimplätze** ein. Für Studierende mit Kindern möchten wir das Angebot an Kita-Plätzen erhöhen. Unser Ziel ist, **mindestens eine Kita pro Campus** anzubieten und studierende Eltern bei der Platzvergabe vorrangig zu behandeln.

Studierende stellen die zahlenmäßig größte Gruppe an den Universitäten. Damit ihre Stimmen gehört und die Bedarfe berücksichtigt werden, machen wir uns stark für eine angemessene **Mitbestimmung Studierender in allen Gremien** der Hochschulen.

Wissenschaftskarrieren sichern

Wir setzen alles daran, die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft zu verbessern. Die unsägliche Praxis der Kettenbefristung wollen wir beenden. Daueraufgaben müssen durch festangestelltes Personal erfüllt werden. Deshalb setzen wir uns für eine **Ausweitung von unbefristeten Stellen** ein und machen uns auf Bundesebene für eine **Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes** stark.

Damit Wissenschaftskarrieren sicherer und planbarer werden, wollen wir **Tenure-Track-Stellen für den Mittelbau mit Schwerpunkten** entweder in der Lehre (Lecturer) oder in der Forschung (Researcher) nach dem Bremer Vorbild einrichten. Auch die Situation der Doktorand*innen wollen wir verbessern. Wir unterstützen die Einrichtung von **Promotionskollegs**, die Doktorand*innen unterstützen und Möglichkeiten zum Austausch bieten. Grundsätzlich brauchen wir mehr **Qualifikationsstellen für Doktorand*innen**.

Mit der Novelle des Hochschulgesetzes haben wir die Gleichstellung an den Hochschulen gestärkt. Ein großer Erfolg ist die gesetzliche Verankerung des Kaskadenmodells. Dabei wird das Ziel des Frauenanteils einer wissenschaftlichen Karrierestufe fachspezifisch durch den Frauenanteil auf der direkt darunterliegenden **Qualifizierungsstufe** festgelegt. Um die Erhöhung des Frauenanteils weiter voranzutreiben wollen wir ein **Landesprofessorinnenprogramm** auflegen. Auch für die **Erhöhung des Frauenanteils** im wissenschaftlichen Betrieb werden verbindliche **Quoten** gebraucht, um die Gleichstellung tatsächlich durchzusetzen. Deshalb wollen wir auf der Grundlage des Kaskadenmodells verbindliche **fachbezogene Zielquoten** etablieren.

Neben einer Stärkung der Forschung wollen wir die Profilierung der rheinland-pfälzischen Hochschulen durch eine herausragende Lehre unterstützen. Deshalb soll bei der **Besetzung von Professuren die Lehrqualifikation neben Leistungen in Forschung und Entwicklung gleichrangiges Kriterium** sein. Alle neu in der Lehre tätig werdenden Wissenschaftler*innen sollen vor Beginn der Lehrtätigkeit und begleitend zu den ersten Veranstaltungen ein **Fortbildungsprogramm** durchlaufen, das ihnen das nötige hochschuldidaktische Werkzeug mit an die Hand gibt.

Weiterbildung: Neue Perspektiven – Neue Horizonte

366 Grüne Weiterbildungspolitik steht für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe.
367 Ob aus privatem Interesse oder zur beruflichen Qualifizierung – die rheinland-
368 pfälzischen Weiterbildungseinrichtungen eröffnen neue Perspektiven und neue
369 Horizonte. Deshalb haben wir die **Förderung der Volkshochschulen und der**
370 **anerkannten Weiterbildungsorganisationen** ausgebaut und erhöht.

371 Zur Bewältigung des digitalen Wandels im Berufsleben brauchen wir weiterhin eine
372 starke Erwachsenenbildung, damit auch die Arbeitnehmer*innen mit den
373 Veränderungen Schritt halten können. Daher wollen wir **QualiScheck** als breit
374 angelegtes Programm zur Förderung beruflicher Weiterbildung fortführen. Auch die
375 Möglichkeiten der Freistellung wollen wir bekannter machen, damit mehr
376 Berufstätige **bezahlten Bildungsurlaub** in Anspruch nehmen können.

377 Wir werden die Weiterbildungseinrichtungen dabei unterstützen, mit digitalen
378 Formaten zu experimentieren und das **digitale Angebot** auszubauen. Auch die sich
379 schnell entwickelnde Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt muss zunehmend
380 Gegenstand der Weiterbildungsangebote in unserem Land sein.

381 Gemeinsam mit den Volkshochschulen und Weiterbildungsorganisationen haben wir
382 **Grundbildung und Alphabetisierung** zu einem Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen
383 Weiterbildungspolitik gemacht. Diese Angebote wollen wir weiter ausbauen, weil
384 sie die Grundvoraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe stärken.

385 Auch Menschen ohne Schulabschluss verdienen im Rahmen der Weiterbildung eine
386 zweite Chance. Wir wollen die Weiterbildungszentren gezielt unterstützen, damit
387 Schulabschlüsse nachgeholt werden können. Diese **Bildungsabschlüsse sollen**
388 **kostenfrei sein**, damit alle dieses Angebot auch nutzen können. Um jungen
389 Erwachsenen ohne Schulabschluss oder Ausbildungsverhältnis Zugänge zu Ausbildung
390 und qualifizierter Beschäftigung zu eröffnen wollen wir ihnen das Recht auf
391 Beschulung bis zum 25. Lebensjahr einräumen.

392 Auch bei der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe der zugewanderten
393 Menschen leisten die rheinland-pfälzischen Weiterbildungsträger einen
394 unverzichtbaren Beitrag.

395 Alle diese wichtigen Aufgaben lasten auf den Schultern der zumeist prekär
396 beschäftigten Dozent*innen. Wir GRÜNE wollen anregen, auf Landesebene ein
397 **Leitbild für gute Beschäftigung in der Weiterbildung** zu entwickeln, um die
398 Bedingungen für Weiterbildner*innen zu verbessern.

LTWP-7 7. Starke Gesundheitsversorgung – Verlässliche Pflege

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Wie weit muss ich fahren, um zur nächsten Hausarztpraxis oder zum nächsten
2 Krankenhaus zu kommen? Wie und wo kann ich mein Kind sicher und geborgen auf die
3 Welt bringen? Können die, die mich medizinisch versorgen sollen, das unter den
4 Arbeitsbedingungen überhaupt zuverlässig leisten? Diese Fragen, die durch die
5 Corona-Krise noch aktueller und dringlicher geworden sind, wollen wir mit
6 unserer grünen Gesundheitspolitik beantworten.

7 Wir wollen, dass alle Menschen die **gleichen Chancen** haben, ihre körperliche und
8 seelische Gesundheit zu erhalten und im Krankheitsfall wieder gesund zu werden.
9 GRÜNE Gesundheitspolitik orientiert sich an der Situation und den Bedürfnissen
10 der Menschen, die Hilfe brauchen. Alle Rheinland-Pfälzer*innen sollen von einer
11 bedarfsgerechten und erreichbaren Versorgungslandschaft profitieren können. Dazu
12 gehört auch, dass diese Einrichtungen ohne Hürden und unabhängig von Alter,
13 sozialem Status, Herkunft oder Geschlecht für alle zugänglich sind – **auf dem**
14 **Land ebenso wie in der Stadt**. Es muss gewährleistet sein, dass in ganz
15 Rheinland-Pfalz ein flächendeckendes Netz an Rettungsdiensten und Notärzt*innen
16 besteht. Zum Beispiel setzen wir uns dafür ein, dass auch in dünn besiedelten
17 Gebieten jederzeit und schnell ein geeignetes Rettungsmittel verfügbar ist. Dazu
18 kann ergänzend auch die Einrichtung eines **24 Stunden einsatzbereiten**
19 **Rettungshubschraubers** mit Nachtflugtauglichkeit an einem geeigneten Standort
20 beitragen. Wir wollen deshalb nicht nur für eine hochwertige Ausbildung, sondern
21 auch für attraktive Arbeitsbedingungen sorgen und setzen uns unter anderem für
22 einen höheren Mindestlohn und einen allgemeinverbindlichen **Tarifvertrag für alle**
23 **Pflegekräfte** ein.

24 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Aufgabe. Das bedeutet, sie muss dem
25 Menschen und der Allgemeinheit zugutekommen. Öffentliches und
26 beitragsfinanziertes Geld muss im Gesundheitssystem bleiben. Wir sind gegen den
27 Trend zur Privatisierung im Krankenhausbereich. Denn für uns stehen nicht die
28 hohen Renditen, sondern **die Menschen** – als Patient*innen und als Gesunde, die
29 Krankheiten vermeiden wollen – **im Mittelpunkt** unserer Gesundheitspolitik. Wer
30 krank ist, soll sich nicht dem System anpassen müssen. Sondern das System muss
31 sich von Anfang an nach den Bedürfnissen der Patient*innen richten.

32 **Lernen aus der Corona-Krise**

33 Wir müssen die Corona-Krise nutzen, um für unser Gesundheitssystem dauerhafte
34 Lehren aus der Pandemie zu ziehen. In der Krise hat sich gezeigt, wie wichtig
35 die Zusammenarbeit von Krankenhäusern in Regionen und die sektorenübergreifende
36 Kooperation mit niedergelassenen Ärzt*innen und dem Öffentlichen
37 Gesundheitsdienst (ÖGD) sind. Uns allen wurde deutlich, welche bedeutende Rolle

38 die Gesundheitsämter haben, Wir GRÜNE wollen deswegen starke und personell sowie
39 technisch **gut ausgestattete Gesundheitsämter**.

40 Wir benötigen eine ausreichende **Versorgung mit Schutzausrüstung**. Dafür müssen
41 überall entsprechende Lagerbestände vorgehalten werden. Informationen über die
42 Bestände in Krankenhäusern, den Kassenärztlichen Vereinigungen und
43 Pflegeeinrichtungen sollen beim Gesundheitsministerium zusammengeführt werden.
44 Wir wollen **jetzt für alle Zukunft vorsorgen**: Rheinland-Pfalz muss sich dafür
45 einsetzen, dass ein erheblicher Teil der Schutzausrüstung und der wichtigen
46 Medikamente wieder in Deutschland und in anderen Ländern der EU produziert
47 werden.

48 **Finanzierung des Gesundheitssystems**

49 Die finanziellen Lasten für die Gesundheitsversorgung müssen gerecht verteilt
50 werden. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene für die **grüne Bürgerversicherung**
51 einsetzen, um allen Bürger*innen eine gute Versorgung und einen raschen Zugang
52 zu gesundheitlichen Leistungen zu ermöglichen. So lange dieser Systemwechsel
53 bundesweit nicht erreicht ist, wollen wir den Beamt*innen und Richter*innen, die
54 sich bisher privat versichern müssen, landesgesetzlich ein Wahlrecht für den
55 Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung eröffnen.

56 **Ambulante Versorgung: Wohnortnah und menschlich**

57 Wir GRÜNE wollen eine wohnortnahe Versorgung der Menschen mit Haus- und
58 Fachärzten in allen Landesteilen erhalten und ausbauen. Die zunehmende Zahl
59 hochbetagter Menschen wird zusätzliche Anforderungen an das Gesundheitssystem
60 stellen. Die Versorgung muss stärker vernetzt, barrierefrei und oft auch
61 aufsuchend zu Hause bei den Patient*innen stattfinden.

62 Nicht zuletzt die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass medizinisches
63 und pflegerisches Fachpersonal dringend gebraucht wird. Wir wollen **mehr**
64 **Studienangebote für die Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals und mehr**
65 **Medizinstudienplätze** schaffen. Ein erster Schritt zum Ausbau des Medizinstudiums
66 ist die Regionalisierung des klinischen Studiums. In Trier wird sie bereits
67 umgesetzt und wir wollen eine Ausweitung auf weitere Standorte erreichen. Auf
68 lange Sicht möchten wir eine zweite Universitätsmedizin aufbauen.

69 Mehr Absolvent*innen der Medizin sollen eine Beschäftigung im behandelnden
70 medizinischen Bereich aufnehmen. Die Förderprogramme zur Versorgung durch den
71 Hausarzt müssen weiter ausgebaut, finanziell gestärkt und auf Bereiche
72 ausgedehnt werden, für die Fachärzte fehlen. Die Kommunen, in denen ein
73 Ärztemangel droht, müssen besser beraten werden. Wir brauchen auch stärkere
74 Anreize, um eine Niederlassung im ländlichen Raum und in städtischen
75 Problemgebieten zu fördern. Gut ausgebildete Medizinische Fachangestellte und
76 Pflegekräfte können die Ärzt*innen im Alltag wirkungsvoll unterstützen und die
77 Versorgung der Patient*innen verbessern. Sie können Hausbesuche machen, Aufgaben
78 wie die Wundversorgung übernehmen und mit Pflegestützpunkten zusammenarbeiten.
79 Wir wollen die Aus- und Weiterbildung dieser Berufsgruppen unterstützen und
80 fördern. Das erhöht die Attraktivität der Pflegeberufe und entlastet Ärzt*innen.

81 Häufig müssen Patient*innen zu weite Wege zu medizinischen Einrichtungen in Kauf
82 nehmen. Deshalb wollen wir **Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste** (z.B.
83 Therapietaxis) und mobile ärztliche Praxen mit Sprechstunden vor Ort fördern.
84 Telemedizinische Angebote können spezialisierte Angebote auch in abgelegene
85 Regionen bringen, sie sollen den menschlichen Kontakt aber nicht ersetzen. Daher

86 wollen wir **telemedizinische Angebote** dort unterstützen, wo sie sinnvoll sind und
87 Versorgungsdefizite ausgleichen können. In Regionen mit ärztlicher
88 Unterversorgung müssen die Kliniken auch die ambulante Versorgung mitübernehmen
89 und niedergelassene Ärzt*innen, Krankenhäuser und Pflegeheime besonders eng
90 zusammenarbeiten. Wir wollen die Beratung für Kommunen verbessern, die
91 Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen wollen, Modellprojekte
92 unterstützen und Gründungen von vertragsärztlichen Praxiskliniken fördern.

93 **Stationäre Versorgung: Regional und finanziell gut ausgestattet**

94 Kleine ländliche Krankenhäuser leisten einen wichtigen Beitrag für die
95 wohnortnahe Versorgung. Zum Teil können sie jedoch nicht mehr ausschließlich als
96 Krankenhaus betrieben werden. Wir unterstützen es, diese Krankenhäuser zu
97 lokalen Gesundheitszentren weiterzuentwickeln. Diese integrieren Pflege- und
98 Beratungsbereiche können sich mit niedergelassenen Ärzt*innen vernetzen, um ein
99 bedarfsgerechtes **Angebot für die Menschen vor Ort** aufrecht zu erhalten.

100 Wir sprechen wir uns für mehr Kooperationen und Spezialisierung der
101 Krankenhäuser zum Nutzen der Patient*innen aus. Doppelvorhaltungen innerhalb der
102 näheren Umgebung sollen abgebaut und die Zusammenarbeit der Krankenhäuser
103 gefördert werden. Wir wollen das aktuelle **Krankenhausfinanzierungssystem (DRG-
104 System)** grundlegend **reformieren**. Die aktuelle Vergütung von Einzelleistungen
105 wollen wir in ein Budgetbemessungssystem überführen, in dem **regionale und
106 soziale Faktoren** stärker berücksichtigt werden. Damit wird Fehlanreizen
107 entgegengewirkt. Dafür soll sich das Land bei der Selbstverwaltung und auf
108 Bundesebene stark machen.

109 Wir GRÜNE haben die Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser bereits
110 verbessert, wollen diese schrittweise weiter erhöhen und für eine ausreichende
111 Ausstattung der Häuser sorgen. Ebenso wollen wir die Digitalisierung in den
112 Kliniken mit zusätzlichen Mitteln fördern, insbesondere dort, wo das die
113 Arbeitsabläufe vereinfachen kann und die IT-Sicherheit erhöht.

114 Pflege in den Krankenhäusern muss wieder attraktiver werden. Nur in
115 Zusammenarbeit mit der Landespflegekammer und den Berufsverbänden kann uns das
116 gelingen. Bei ein- und zweijährigen Ausbildungsgängen wollen wir für
117 Durchlässigkeit sorgen und Höherqualifizierungen attraktiver machen. Neue
118 Ausbildungsmodelle, wie Teilzeitausbildung und duale Ausbildung sowie eine
119 modulare, gut geförderte Weiterbildung, wollen wir stärken. Wir unterstützen
120 eine zielgerichtete Akademisierung der Pflegeberufe. Damit Menschen aus
121 verwandten Berufen einfacher in eine Arbeit in der Pflege wechseln können,
122 schaffen wir durchlässigere Wege. Wir setzen uns für eine **bessere Vergütung** der
123 Pflegeberufe ein. Wir wollen ein **Personalbemessungsinstrument**, das es erlaubt,
124 in jeder Klinik genauso viele Pflegekräfte einzusetzen, wie es die Zahl und die
125 Bedürfnisse der Patient*innen erfordern. Das Land muss in seinen Krankenhäusern
126 beispielhaft vorangehen und darf Pflegekräfte nicht überlasten. Auch für
127 Ärzt*innen, Therapeut*innen und Sozialarbeiter*innen wollen wir
128 Personalbedarfsinstrumente entwickeln, damit alle Patient*innen gut versorgt und
129 die Beschäftigten nicht überlastet werden.

130 **Medizinischer Zugang für alle**

131 Gute medizinische Versorgung muss für alle und jeden immer erreichbar sein, ohne
132 Hürden und ohne Diskriminierung. Die unterschiedlichen Risiken und Belastungen
133 der Geschlechter werden noch zu wenig berücksichtigt, deshalb wollen wir eine

134 geschlechtersensible Gesundheitsversorgung. Wohnungslose Menschen haben es oft
135 schwer, Zugang zu medizinischer Versorgung zu finden. Für sie soll ein
136 niedrigschwelliges, allgemeinmedizinisches Angebot entwickelt werden, das auch
137 die fachärztliche Weiterversorgung einbezieht.

138 Wir haben dafür gesorgt, dass das Land die Einrichtung einer Beratungsstelle für
139 **Menschen** unterstützt, die **ohne Krankenversicherung** dastehen. Für diese
140 **Clearingstelle** wollen wir ausreichend Fördermittel zur Verfügung stellen und
141 weitere solche Stellen im Land schaffen. Für die Menschen, die trotzdem nicht
142 (zurück) in die Krankenversicherung können, braucht es einen Notfallfonds.
143 Solange dafür keine bundesweite Lösung gefunden wird, wollen wir mit einem
144 entsprechenden **Fonds auf Landesebene** vorgehen. Sozialhilfe- und
145 Asylbewerberleistungsberechtigte haben einen Anspruch auf die Gesundheitskarte
146 einer Krankenkasse ihrer Wahl. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kreise und
147 kreisfreien Städte diesen Anspruch („Wie-Mitgliedschaft“) endlich auch umsetzen.

148 Es gibt viele therapeutische und ärztliche Praxen, die nicht für alle Menschen
149 **barrierefrei zugänglich** sind. Das wollen wir mit einem Förderprogramm zum
150 barrierefreien Umbau und zur barrierefreien Ausstattung von Praxen ändern. Wir
151 werden die Medizinischen Zentren für erwachsene Menschen mit Behinderungen
152 (MZEB) ausbauen und mit Angeboten vor Ort vernetzen. So wollen wir ein
153 Kriseninterventionszentrum für erwachsene Menschen mit psychischen und
154 geistigen Beeinträchtigungen schaffen, angedockt an ein MZEB oder als
155 eigenständige Einrichtung.

156 Viele Menschen haben aus Kostengründen keinen Zugang zu **Verhütungsmitteln und**
157 **Hygieneartikeln**. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Kondome, Binden und
158 Tampons in öffentlichen Gebäuden und Toiletten kostenlos zur Verfügung gestellt
159 werden.

160 Unser Ziel ist es, dass es **2030 keine Neuansteckungen mit AIDS** in Rheinland-
161 Pfalz geben wird. Dabei orientieren wir uns an den Zielen des UN-HIV/AIDS-
162 Programms UNAIDS. Durch eine **Sensibilisierung der Ärzt*innen** wollen wir auch die
163 Zugänge zur Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) zum Schutz vor HIV und Aids
164 erleichtern.

165 **Regionale Gesundheitsplanung**

166 Gesundheitsplanung muss sich an den Versorgungspfaden der Patient*innen
167 ausrichten, die nicht an den Sektorengrenzen Halt machen dürfen. Auf regionaler
168 Ebene wollen wir daher **Gesundheits- oder Versorgungskonferenzen** in öffentlich-
169 rechtlicher Trägerschaft einführen. Wir möchten, dass diese von einem oder
170 mehreren Landkreisen und kreisfreien Städten getragen werden. An diesen
171 Konferenzen sollen unter Leitung des Gesundheitsamtes je nach Tagesordnung
172 Vertreter*innen der niedergelassenen Ärzt*innen, Krankenhäuser, Therapeut*innen,
173 Psychotherapeut*innen, Hebammen, Sozialarbeiter*innen und Pflegedienste,
174 Mitglieder des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Krankenkassen sowie
175 Patient*innenvertretungen teilnehmen. Sie sollen gemeinsam die besten Lösungen
176 für die optimale Versorgung spezieller Patientengruppen, wie zum Beispiel
177 Demenzkranke, entwerfen. Ergänzend soll eine **Landesgesundheitskonferenz** auf
178 Landesebene koordinierende Aufgaben übernehmen. So können jährlich besondere
179 Entwicklungen in der Gesundheit und in der medizinischen Versorgung in unserem
180 Land, in seinen Kreisen und Städten besprochen und geeignete Maßnahmen
181 abgeleitet werden. Das gemeinsame Landesgremium nach § 90a SGB V wollen wir

182 stärken. Wir GRÜNE wollen **regionale Modellprojekte** zur sektorenübergreifenden
183 Versorgung anstoßen – zunächst insbesondere in unterversorgten Regionen.

184 **Landesgesundheitsgesetz**

185 Wir wollen unsere Anliegen für eine bessere Gesundheitsversorgung deshalb in
186 einem neuen Landes-Gesundheitsgesetz bündeln. Damit orientieren wir uns stärker
187 an dem Nutzen für die Patient*innen, beziehen die Bürger*innen besser mit ein
188 und stärken die regionale Versorgung. Langfristig sollen die bisher voneinander
189 getrennte Landeskrankenhausplanung und die Planung der Kassenärztlichen
190 Vereinigung durch eine **gemeinsame Gesundheitsplanung** abgelöst werden. Regionale
191 Gesundheitsbudgets sollen dann die aktuellen sektoralen Budgets für
192 Krankenhäuser und niedergelassene Ärzt*innen ersetzen.

193 **Gesundheitsprävention: Ein Modellprojekt in Pirmasens starten**

194 Präventionsmaßnahmen dürfen nicht einfach mit der Gießkanne verteilt werden. Sie
195 müssen schwerpunktmäßig dort ansetzen, wo die Menschen besonderen Risiken
196 ausgesetzt sind. In Pirmasens ist die Lebenserwartung eine der niedrigsten in
197 Deutschland und die Raten häufiger Krankheiten sind besonders hoch. Daher werden
198 wir dort als Modellvorhaben ein langfristig angelegtes Gesundheitsprojekt
199 umsetzen. Eingehend müssen zunächst die gesundheitliche Situation und Versorgung
200 in den Stadtteilen und Quartieren wissenschaftlich untersucht und darauf
201 aufbauend zielgenau Maßnahmen entwickelt werden. Das wollen wir gemeinsam mit
202 den Bürger*innen und nicht über ihre Köpfe hinweg planen. Stadt und Land,
203 Ärzt*innen, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Therapeut*innen,
204 Pflegekräfte, Wohlfahrtsverbände, Sportvereine, Selbsthilfegruppen und andere
205 sollen in dem Projekt zusammenarbeiten.

206 **Psychische Gesundheit und Heilmittelerbringer*innen fördern**

207 Wir GRÜNE setzen uns für Versorgungsstrukturen ein, in denen psychisch erkrankte
208 Menschen **schnellerpsychiatrische oder psychotherapeutische Behandlung** bekommen.
209 Dafür ist es erforderlich, die bisherige Versorgungsstruktur für Jugendliche und
210 junge Erwachsene zu verbessern. Wir brauchen niederschwellige und
211 unbürokratische Kontakt-, Beratungs- und Behandlungsinitiativen für junge
212 Menschen in Krisen. Wir wollen die Stigmatisierung im Bereich Psychosen und
213 Depressionen bei Kindern und Jugendlichen mit mehr Aufklärungsarbeit
214 durchbrechen. Wir setzen uns auch für mehr Psychotherapeut*innen für Kinder und
215 Jugendliche ein. Auch den anderen Therapeut*innenberufen (Physiotherapie,
216 Ernährungstherapie, Ergotherapie, Podologie und Logopädie) wollen wir mehr Wert
217 beimessen. Dazu zählt eine kostenfreie Ausbildung mit ausreichender Kapazität;
218 wo sinnvoll, soll diese an Hochschulen erfolgen. Auch ist eine faire Bezahlung
219 wichtig. Eine bessere Koordination zwischen Pflegekräften, Therapeut*innen und
220 Ärzt*innen unter Einbeziehung der Patient*innen und ihrer Angehörigen ist
221 dringend erforderlich. Wir prüfen einen Direktzugang zu
222 Heilmittelerbringer*innen zu Lasten der Sozialversicherungen.

223 **Geburtshilfe stärken**

224 Die Geburt eines Kindes ist ein prägendes Ereignis. Schwangere und Familien
225 müssen besonders in einer so sensiblen Zeit die bestmögliche Begleitung und
226 Versorgung erhalten. Für die Frauen und ihre Familien ist es unverzichtbar, dass
227 Hebammen sie bereits früh in der Schwangerschaft und rund um die Geburt
228 unterstützen. Familienhebammen sind dabei besonders wichtig. Wir GRÜNE wollen
229 eine **flächendeckende Versorgung** mit Hebammenhilfe und eine **qualitativ**

230 **hochwertige** Geburtshilfe. Die **Akademisierung des Hebammenberufs** nach EU-Recht
231 wollen wir zügig umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Umstellung der
232 Hebammen-Ausbildung auf ein Studium die Kapazitäten bei der Ausbildung erhalten
233 bleiben. Für jeden Ausbildungsplatz, der wegfällt, soll ein Studienplatz
234 entstehen. Nach der Umstellungsphase wollen wir prüfen, ob ein Aufbau weiterer
235 Studienplätze notwendig ist.

236 Für eine starke Geburtshilfe wollen wir ein **Geburtshilfestärkungsgesetz**
237 beschließen. Die Geburtsstationen im Land sollen erhalten bleiben und ein
238 **flächendeckendes Netz von Hebammenzentralen** entstehen. Wir wollen Geburtshäuser
239 und die Niederlassung von Hebammen fördern. Außerdem treten wir für eine **bessere**
240 **Personalbemessung** in den Kreißsälen ein, um die Arbeitsbedingungen zu
241 verbessern. Die Arbeit der Hebammen verdient mehr Wertschätzung, die sich auch
242 im Geldbeutel zeigt. Auf Landesebene wollen wir ein Konzept erarbeiten, um den
243 Kliniken ein Überleben der Geburtshilfe an den verbliebenen Standorten zu
244 ermöglichen. Mit individuellen, regionalen Konzepten wollen wir sicherstellen,
245 dass Standorte für Schwangere gut erreichbar bleiben.

246 **Verantwortungsvolle Drogenpolitik**

247 Ein grundlegendes Umdenken in der Drogenpolitik ist aus unserer Sicht längst
248 überfällig. Prävention, Hilfe, Jugendschutz und Entkriminalisierung sind für uns
249 dabei entscheidend. Es gilt, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten
250 und gesundheitliche Risiken zu minimieren.

251 **Regulieren statt kriminalisieren**

252 Im Bund setzen wir uns für eine Freigabe von Cannabis unter strengem
253 Jugendschutz und staatlicher Kontrolle ein. Wir wollen erwachsene
254 Konsument*innen nicht länger kriminalisieren und dafür sorgen, dass der
255 Schwarzmarkt austrocknet. Damit werden die Strafverfolgungsbehörden von
256 zeitraubenden und kostspieligen Verfahren entlastet. Mittelfristig wollen wir
257 **ein staatlich reguliertes System für Anbau, Handel und Abgabe von Cannabis**
258 **schaffen**, bei dem Verbraucher- und Jugendschutz sowie Suchtprävention greifen.
259 Dazu setzen wir uns für Modellprojekte ein. Wir wollen die Ermittlungen der
260 Fahrerlaubnisbehörden gegen THC-Konsument*innen den Regeln für Alkoholkonsum
261 angleichen: Sie sollen nur ab einer gewissen Grenze möglich sein, und nur, wenn
262 Konsument*innen am Straßenverkehr teilgenommen haben.

263 **Mehr Prävention und Aufklärung**

264 Wer abhängig ist, braucht Hilfe – und keine Strafverfolgung. Daher muss das
265 **Hilfs- und Beratungssystem** auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet sein,
266 um gesundheitliche Risiken zu verringern. Wir wollen die **niederschweligen**
267 **Angebote in der Drogen- und Suchthilfe** weiter ausbauen. Die Bedingungen des
268 Schwarzmarktes bergen Gefahren, denen wir mit Spritzentauschprogrammen,
269 Drogenkonsumräumen und Informationsmöglichkeiten entgegentreten wollen.
270 Ergänzend sollen Substanzenanalysen (Drugchecking) ermöglicht werden. **Aufklärung**
271 **und Prävention über die Risiken aller Drogen und Abhängigkeiten wollen wir**
272 **stärken**, insbesondere an Schulen und in der Jugendarbeit. Einem übermäßigen
273 Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen wollen wir durch Programme
274 begegnen, die einen bewussten Konsum zum Ziel haben. Auch über Spielsucht, Sucht
275 im Alter, Medikamenten- und Medienabhängigkeit muss aufgeklärt werden.
276 Tabakwerbung wollen wir beenden, Alkoholwerbung stärker einschränken.

277 **Selbstbestimmt leben: Bis ins hohe Alter und in der Pflege**

278 Bei der Gesundheitsversorgung als auch in der Pflege steht **der Mensch für uns im**
279 **Mittelpunkt**. Menschen mit Pflegebedarf sollen **ein selbstbestimmtes Leben** führen
280 und selbst entscheiden können, wo und mit welcher Unterstützung sie leben
281 wollen. Ziel unserer GRÜNEN Pflegepolitik ist es, allen Pflegebedürftigen ein
282 würdevolles Leben zu ermöglichen und sie und ihre Angehörigen zu stärken. Dabei
283 wollen wir sie in ihrem bisherigen Wohnumfeld bestmöglich unterstützen, so lange
284 das möglich und gewollt ist. Für uns gilt: Pflegebedürftigkeit darf weder bei
285 den Betroffenen selbst noch in ihren Familien ein Armutsrisiko darstellen.

286 **Gute Pflege ist für uns GRÜNE ein aktives Recht**, an dem sich unsere Politik
287 orientiert: Die UN-Behindertenrechtskonvention und die Pflege-Charta haben
288 wichtige Grundrechte für Pflegebedürftige verankert. Dazu zählen
289 Selbstbestimmung, Schutz der Privatsphäre, körperliche Unversehrtheit und
290 gesellschaftliche Teilhabe. Die geschlechtliche Orientierung, die religiöse
291 Überzeugung und biografische Besonderheiten, wie zum Beispiel eine
292 Migrationsgeschichte, müssen berücksichtigt werden. Wir treten ein für
293 geschlechtersensible Angebote und Einrichtungen, die der kulturellen Vielfalt
294 der älter werdenden Bevölkerung und Gesellschaft entsprechen. Für mehr
295 Menschlichkeit und eine hohe Qualität in der Pflege benötigen wir **gut**
296 **ausgebildetes Pflegepersonal in ausreichender Zahl und gute Arbeitsbedingungen**.
297 Deshalb wollen wir die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Pflegekräfte
298 ausbauen.

299 **Kommunale Pflegestrukturplanung**

300 Wir wollen eine **größere Vielfalt ambulanter Pflegeangebote** wie
301 Pflegewohngemeinschaften oder generationenübergreifende Wohnprojekte mit
302 Pflegeleistungen im Bedarfsfall. Auch Angebote für pflegebedürftige Kinder und
303 Jugendliche müssen geschaffen und Eltern so entlastet werden. Für uns spielen
304 die Kommunen bei der Daseinsvorsorge in der Pflege eine Schlüsselrolle. Um eine
305 **gute Pflege vor Ort** zu gewährleisten, sollen die Kommunen künftig mehr
306 Kompetenzen und mehr Geld erhalten. Nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens wollen
307 wir den Kreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit zur verbindlichen
308 Pflegestrukturplanung geben, um in wichtigen Fragen selbst das Ruder in der Hand
309 zu haben. Dazu wollen wir das **Landespflegegesetz (LPflegeASG) reformieren**.
310 Beispielsweise müssen Baugebiete auf die Belange der Menschen ausgerichtet sein,
311 die Pflege und Unterstützung brauchen. Daher müssen Regional- und
312 Flächennutzungsplanung mit der Pflegestrukturplanung abgestimmt sein.

313 Wir wollen, dass **kommunale Pflegekonferenzen**, an denen sich Bürger*innen,
314 Verbände und Pflegekassen beteiligen, verpflichtend und regelmäßig abgehalten
315 werden. Wir wollen auch Themenfelder wie körperliche Aktivität, Ernährung,
316 Mobilität, Teilhabe am Leben oder barrierearmes Wohnen in den Fokus der
317 kommunalen Pflegestrukturplanung rücken. Um Pflegebedürftigkeit vorzubeugen,
318 setzen wir uns dafür ein, dass ambulante, präventive geriatrische Angebote und
319 das Programm Gemeindegewerkschaft plus gestärkt werden. Die 135 Pflegestützpunkte
320 des Landes können künftig ebenfalls dazu beraten, wie Pflegebedürftigkeit
321 vermieden werden kann.

322 Über die Pflegestrukturplanung schaffen wir ein Netz an Einrichtungen, das den
323 Bedarfen entspricht. Wir GRÜNE wollen die Träger unterstützen, bestehende
324 Einrichtungen, wo erforderlich, umzugestalten und zu modernisieren. Gleichzeitig
325 wollen wir sie für eine Neuorientierung hin zu mehr ambulanten Wohn- und
326 Pflegeformen gewinnen. Perspektivisch wollen wir ein **Altenhilfestrukturgesetz**

327 **zur Stärkung einer kommunalen Politik** für und mit älteren Menschen: ein
328 Rahmengesetz, das die Kommunen zu einer Altenplanung und -förderung
329 verpflichtet.

330 **Attraktive Arbeit in der Pflege**

331 Die Probleme des Fachkräftemangels in der Pflege können nur durch attraktivere
332 Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung gelöst werden. Wichtig ist es, ein
333 Signal für eine **verbesserte Arbeitssituation** durch zusätzliche Pflegestellen zu
334 setzen. Wir GRÜNE haben im Bund den Vorschlag gemacht, mit einem Sofortprogramm
335 Stellen für **25.000 zusätzliche Krankenpfleger*innen** und für **25.000 zusätzliche**
336 **Altenpfleger*innen** zu schaffen.

337 Wir setzen auf eine **verstärkte Aus- und Fortbildung** von Pflegekräften. Die
338 generalistische Pflegeausbildung wird in Zukunft Kranken-, Alten- und
339 Kinderkrankenpflege umfassen. Das Programm Fachkräfte- und
340 Qualifizierungsinitiative Pflege 2.0 wollen wir deshalb weiterentwickeln. Wir
341 treten ein für **verbindliche Personalbemessungsinstrumente**, die sich sowohl im
342 Krankenhaus als auch in der Altenpflege am individuellen Pflegebedarf der
343 Menschen orientieren. So können Pfleger*innen allen Patient*innen die Zeit
344 widmen, die sie benötigen. Um die wertvolle Arbeit der Pflegekräfte endlich
345 angemessen zu honorieren, setzen wir uns für einen **höheren Mindestlohn** und einen
346 **allgemeinverbindlichen Tarifvertrag** ein.

347 Auch in privaten Haushalten muss der vereinbarte Mindestlohn in der Pflege
348 gelten. In diesem Zusammenhang wollen wir die Stellung der 24-Stunden-
349 Pflegekräfte, die oft aus den östlichen EU-Ländern kommen, rechtlich klären.
350 Parallel zu den steigenden Gehältern müssen auch die **Vergütungen für die**
351 **Pflegedienste angehoben** werden. Akademisch gebildete Pflegekräfte sind wichtig,
352 unter anderem für Führungsaufgaben in Kliniken und Altenpflege, damit Pflege auf
353 Augenhöhe mit Ärzt*innen, Geschäftsführungen und anderen Berufen stattfinden
354 kann. Daher unterstützen wir den **Ausbau von Pflegestudiengängen**.

355 Pflegekräfte sollen wieder größere Aufgabenfelder verantworten und in der
356 Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen aufgewertet werden. Hier leisten
357 Pflegehelfer*innen zur Unterstützung und Entlastung der Fachkräfte einen
358 wichtigen Beitrag. Die **Helferberufe** wollen wir auch **aufwerten**: das heißt, eine
359 modulare Ausbildung und eine Weiterqualifizierung anbieten, die auf die
360 Helferausbildung aufbaut mit dem Ziel, höhere Abschlüsse zu erreichen.

361 Kurz- und mittelfristig werden wir den Pflegebedarf nicht ohne **Zuwanderung von**
362 **Fachkräften** decken können. Für eine erleichterte Zuwanderung bedarf es
363 vereinfachter **Anerkennungsverfahren** und ausreichender Sprachqualifizierung.
364 Ausländische Fachkräfte dürfen jedoch nicht aus Ländern angeworben werden, in
365 denen selbst ein Fachkräftemangel besteht und eine Abwanderung dort Lücken in
366 die Versorgung reißen würde. Wir wollen Anreize schaffen, um männliche
367 Jugendliche zu ermutigen, eine Ausbildung in der Pflege zu machen. Die
368 Initiative für Pflegekräfte wollen wir auf den Bereich der Menschen mit
369 Behinderungen erweitern (Assistenz und Dienste).

370 Die ambulante Pflege wollen wir stärken und für einen ausreichenden Anteil an
371 Fachkräften sorgen. In neuen Versorgungsformen können Pflegefachkräfte an der
372 Schnittstelle zwischen Ärzt*innen und Patient*innen wichtige Aufgaben in der
373 medizinischen und pflegerischen Grundversorgung übernehmen. Wir wollen
374 **Modellprojekte zu digitalen Assistenzsystemen** fördern, mit dem Ziel die

375 selbstbestimmte Assistenz zu erweitern und hierbei Fragen der Ethik sowie des
376 Datenschutzes zu klären.

377 **Pflege solidarisch finanzieren**

378 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine gerechtere Finanzierung der Pflege ein.
379 Dazu wollen wir das bisherige Finanzierungssystem umkehren. Bisher ist die
380 Unterstützung durch die Pflegeversicherung gedeckelt, und die Betroffenen
381 bezahlen den Rest. Mit unserer Idee der **Doppelten Pflegegarantie** erreichen wir,
382 dass die Kosten für die Pflegebedürftigen auf einen Sockelbetrag beschränkt
383 werden, der deutlich unter den aktuell durchschnittlichen 680 Euro liegen soll.
384 Alle darüberhinausgehenden pflegerischen Kosten werden von der Pflegekasse
385 getragen. Mit unserem Konzept einer grünen **Bürger-Pflegeversicherung** wollen wir
386 die Finanzierung der Pflege auf mehr Schultern und damit gerechter verteilen.

LTWP-8 8. Solidarische Gesellschaft – Gerechte Teilhabe

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Die Corona-Krise hat zwar alle Menschen getroffen, aber nicht alle gleich hart.
2 Die Krise hat soziale Gräben noch vertieft: Einkommensschwache Menschen,
3 Alleinerziehende, Beschäftigte in Branchen und Betrieben ohne Tarifvertrag und
4 ohne Mitbestimmung, Frauen, Honorarkräfte und Solo-Selbstständige waren stärker
5 betroffen als andere. Viele mussten und müssen immer noch um ihre Existenz
6 bangen, ganze Lebensentwürfe haben sich in Luft aufgelöst. Wenn soziale
7 Gegensätze größer werden, dann kommt es umso mehr auf eine Politik des sozialen
8 Ausgleichs an. Zu große Ungleichheit bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft.
9 Daher muss **eine solidarische Gesellschaft** der Boden sein, auf dem wir stehen.
10 Eine solidarische Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt, die unterstützt, wo es
11 nötig ist und die den Zusammenhalt stärkt.

12 Alle Menschen sollen in Würde und **selbstbestimmt leben** können. Dazu zählt für
13 uns auch eine **gerechte Teilhabe** am gesellschaftlichen Leben. Soziale
14 Sicherungssysteme müssen tatsächliche Bedarfe abbilden, um den **Menschen in**
15 **schwierigen Zeiten Sicherheit und Bewegungsfreiheit geben** zu können. Hartz IV
16 gehört deshalb durch die Konzepte einer grünen Kindergrundsicherung und einer
17 grünen Garantiesicherung ersetzt. Zu gerechter Teilhabe gehört auch, dass alle
18 öffentlichen Gebäude barrierefrei zugänglich sind, damit Betroffene persönlich
19 Informationen einholen und für ihre Rechte kämpfen können.

20 **Wohnen** ist ein Menschenrecht, und es **muss bezahlbar sein**. Das bestehende Angebot
21 an Wohnraum wollen wir deshalb mit einem Wohnraumschutzgesetz erhalten und
22 wuchernde Mieten mit Hilfe von Mietpreisbremsen stoppen. Mit unserer grünen
23 Politik wollen wir die **Ungleichheiten und Barrieren in unserer Gesellschaft**
24 **beseitigen**. Mit und ohne Corona.

25 **Wir sagen Armut den Kampf an**

26 Alle Menschen sollten die Möglichkeit haben, nicht nur ihren Lebensunterhalt zu
27 bestreiten, sondern auch eine gute Schulbildung abzuschließen, sich im
28 Sportverein zu betätigen oder ein Musikinstrument zu erlernen. Das ist oft nur
29 möglich, wenn man das nötige Geld dafür in der Tasche hat. Wir wollen mit
30 unseren grünen Ideen das verfassungsmäßige Grundrecht auf ein menschenwürdiges
31 **Existenzminimum so ausgestalten, dass Menschen nicht nur überleben, sondern in**
32 **Würde leben** können. In Deutschland lebt jedes fünfte Kind dauerhaft oder häufig
33 wiederkehrend in Armut. Noch immer hängen die Chancen von Kindern stark von der
34 wirtschaftlichen Situation der Eltern ab. Wir wollen daher auf Bundesebene eine
35 **grüne Kindergrundsicherung** einführen. Hartz IV soll durch die grüne
36 **Garantiesicherung**, ersetzt werden. Unser Modell der Garantiesicherung
37 unterstützt die Menschen auf Augenhöhe, garantiert ihre gesellschaftliche
38 Teilhabe und gibt in schwierigen Zeiten Sicherheit. Die Regelsätze sollen neu

39 berechnet werden, sodass alle täglichen Bedarfe tatsächlich abgedeckt werden.
40 Sanktionen werden wir abschaffen. Wer ein Leben lang arbeitet, darf in seinem
41 Lebensabend nicht auf Grundsicherungsniveau fallen. Unsere Lösung ist das
42 Konzept der grünen **Garantierente**, die oberhalb der Grundsicherung liegt,
43 steuerfinanziert ist und geringere Eingangshürden als die Grundrente der Großen
44 Koalition hat.

45 Wir wollen die Kommunen stärken und streben eine bessere Sozialberatung vor Ort
46 an. Obdachlose sollen ein Dach über dem Kopf haben und Mieten bezahlbar sein. Um
47 unsere Ziele zu erreichen, wollen wir den Landesaktionsplan zur Bekämpfung von
48 Armut zur **Landesstrategie gegen Armut** weiterentwickeln. Dabei sollen Kommunen
49 darin bestärkt werden, aktiv gegen Armut zu kämpfen und die Teilhabe aller
50 Menschen am gesellschaftlichen Leben zu verbessern.

51 Wir wollen die Menschen mit ihren Stärken und in ihrem gesamten
52 Lebenszusammenhang fördern. Deshalb setzen wir uns insbesondere für den **Ausbau**
53 **der Gemeinwesen- und Sozialarbeit vor Ort**, im Quartier oder im Dorf ein. Dazu
54 zählen direkte Anlaufstellen: Wir wollen Modellversuche für
55 Grundsicherungsservicebüros in den Kreisen und kreisfreien Städten unterstützen,
56 die alle Grundsicherungsleistungen der Kommune bündeln und die Jobcenter zur
57 Mitwirkung einladen. Zusätzlich sollen auch die Clearingstelle für Menschen ohne
58 Krankenversicherung und die flächendeckende Schuldnerberatung weiter ausgebaut
59 werden. Jeder Kreis und jede Stadt sollte für Menschen, die Grundsicherung
60 beziehen, einen kommunalen Sozialpass einführen, der von Institutionen und
61 Verwaltungen ohne weitere bürokratische Prüfung anerkannt wird. Das wollen wir
62 als Land unterstützen.

63 **Sozialtickets landesweit fördern**

64 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kann der tägliche Einkauf, der Arztbesuch,
65 der Besuch von Museen und Konzerten oder ein Besuch bei Verwandten sein. Für
66 Teilhabe an der Gesellschaft ist Mobilität eine wesentliche Voraussetzung. Das
67 Land soll die Kommunen und Verkehrsverbünde landesweit mit einem Förderprogramm
68 unterstützen und ein **Sozialticket für Grundsicherungsempfänger*innen** einführen.
69 Dieses Sozialticket darf nicht mehr kosten als im Regelbedarf für Mobilität
70 vorgesehen ist. Wir wollen mit einem Modellprojekt starten.

71 **Ein zukunftsfähiger Arbeitsmarkt und faire Beschäftigung**

72 Die Digitalisierung, die ökologische Transformation der Wirtschaft und die
73 Folgen der Corona-Krise führen zu starken Veränderungen des Arbeitsmarktes. Für
74 uns ist klar, dass alle diese Veränderungen nur im **Dialog mit den Gewerkschaften**
75 **und Betriebsräten in einer starken Sozialpartnerschaft** angegangen werden dürfen.
76 Die Vertretung von Arbeitnehmer*innen-Interessen muss in allen Unternehmen und
77 Branchen gelten.

78 Arbeit soll sich stärker am Leben der Menschen ausrichten und nicht das Leben an
79 der Arbeit. Dafür ist mehr **Mitsprache von Beschäftigten** bei Umfang, Art und
80 zeitlicher wie örtlicher Lage der Arbeit nötig. Wir wollen innovative
81 Arbeitszeitmodelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen: mit
82 einer **flexiblen Vollzeit**, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden,
83 wie innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden ihre persönliche Vollzeit
84 aussieht; mit einem Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl nach einer
85 Phase der Teilzeit sowie mit einer Pflegezeit, die hilft, die Sorge für einen

86 nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren. Dafür wollen wir uns
87 auf Bundesebene einsetzen.

88 Das Kurzarbeitergeld hat sich in der Krise bewährt. Wir wollen es zu einem
89 KurzarbeitergeldPlus weiterentwickeln und mit Qualifizierung für die ökologische
90 und digitale Transformation verknüpfen.

91 **Digitalisierung der Arbeitswelt**

92 Wir sehen in der **Digitalisierung der Arbeitswelt** Risiken, wie die Gefahr von
93 Überwachung, Ausbeutung und ständiger Erreichbarkeit. Aber wir sehen auch
94 Chancen: **für mehr Freiheit und Selbstbestimmung, Souveränität und**
95 **Flexibilität.** Die Zeit des Corona-Lockdowns hat gezeigt, wie Büroarbeit durch
96 Homeoffice oder Mobiles Arbeiten auch von zuhause erledigt werden kann. Dies war
97 von vielen positiven Effekten begleitet, zum Beispiel einer besseren
98 Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Vermeidung von unnötigen
99 Wegstrecken, was wiederum unserer Umwelt zugutekommt und Stress vermeidet. Daran
100 wollen wir anknüpfen und uns auf Bundesebene für **ein Recht auf**
101 **Homeoffice/Mobiles Arbeiten** einsetzen. Im öffentlichen Dienst soll es, unter
102 Berücksichtigung der jeweiligen dienstlichen Belange, deutlich ausgebaut werden.
103 Dabei muss klar sein, dass Homeoffice oder Mobiles Arbeiten einen festen
104 Arbeitsplatz nur ergänzen kann und keine Entgrenzung der Arbeitszeit stattfinden
105 darf.

106 **Gute Arbeit**

107 Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen kümmern,
108 sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es fehlt ihnen oft an
109 gesellschaftlicher Anerkennung und guten Arbeitsbedingungen. Das betrifft vor
110 allem Frauen. Ihre Leistung für das Gemeinwesen muss aufgewertet und besser
111 bezahlt werden. Wer arbeitet, soll von der Arbeit gut leben können. Deshalb muss
112 der Mindestlohn deutlich steigen. Eine **Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro**
113 wollen wir auf Bundesebene erreichen. Rheinland-Pfalz muss hier mit gutem
114 Beispiel vorangehen und das Mindestentgelt im Landestariftreuegesetz (LTTG)
115 analog zu dem von uns geforderten Mindestlohn auf 12 Euro setzen. Wir wollen
116 auch **Solo-Selbstständige stärker unterstützen** und in das Sozialsystem einbinden,
117 um prekäre Lebensverhältnisse zu verhindern. Dafür sollen neue Sicherungsmodelle
118 entwickelt werden, die den Eintritt in die Gesundheits- und Rentenversicherung
119 erleichtern und Solo-Selbstständigen die Möglichkeit geben, sich gegen
120 Arbeitslosigkeit zu versichern.

121 **Inklusion: Miteinander mehr erreichen**

122 Wir GRÜNE haben mit dem **Landesinklusionsgesetz** die Inklusionspolitik umfassend
123 modernisiert und auf neue Füße gestellt. Aber Menschen mit Behinderungen erleben
124 in ihrem Alltag noch viel zu häufig Benachteiligungen – sei es an der
125 Bushaltestelle, bei der Suche nach einem Job oder beim Zugang zu Informationen.
126 Für uns bleibt **Inklusion als Menschenrecht** deshalb eine Daueraufgabe. Denn wir
127 brauchen Strukturen, die die selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen und gleiche
128 Lebenschancen von Anfang an ermöglichen. Wir wollen die Lebensqualität unserer
129 offenen Gesellschaft erhalten und uns für ein starkes gesellschaftliches
130 Miteinander einsetzen. Dazu brauchen wir den aktiven Austausch verschiedener
131 gesellschaftlicher Gruppen, um Vorurteile abzubauen und gemeinsame Interessen zu
132 fördern.

133 **Inklusiv Arbeiten**

134 Für uns gehören Menschen mit und ohne Behinderungen zum Alltag einer **inklusiven**
135 **Arbeitswelt**. Alle Menschen sollen entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert und
136 beschäftigt werden. Ausgrenzung aufgrund von Merkmalen und Orientierung an
137 Defiziten hemmt die Wirtschaft. Die **Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen**
138 **im Landesdienst** wollen wir durch eine verbindliche Zielplanung der Ressorts mit
139 Maßnahmen und zentralem Controlling besser steuern und fördern. Die
140 Zielvereinbarung mit den Werkstätten machen wir konkreter und sichern diese
141 durch Fördermittel des Europäischen Sozialfonds ab.

142 Dennoch soll die Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen nur
143 die Ausnahme darstellen. Deshalb wollen wir die Übergänge in den regulären
144 Arbeitsmarkt erleichtern. Dafür soll ein **Budget für Inklusion** (zeitlich
145 begrenzter Mindestlohn für Werkstattbeschäftigte) modellhaft erprobt werden. Mit
146 einem **Budget für Mobilität** wollen wir erreichen, dass Werkstattbetriebe ihren
147 Mitarbeiter*innen mit Behinderungen eben diese Mobilität bieten können.

148 Das Land soll **verbindliche Inklusionsvereinbarungen** mit den Werkstätten für
149 behinderte Menschen abschließen. Wir wollen für sie mindestens 25 Prozent mehr
150 Arbeitsplätze in Inklusionsfirmen schaffen und dieses Ziel im Dialog mit der
151 Privatwirtschaft, dem Land und den Kommunen erreichen. Wir streben an, die
152 Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen **in die Fachkräftestrategie**
153 **aufzunehmen**. Wir unterstützen den Ansatz der Personenzentrierung. Denn dabei
154 steht der Mensch mit seinen individuellen Stärken, Fähigkeiten und Möglichkeiten
155 immer im Mittelpunkt und wird ganzheitlich beachtet. Alternativen zur
156 Tagesförderstätte befürworten wir. Diese Alternativen wollen wir
157 weiterentwickeln, indem wir Best-Practice-Beispiele ableiten, die überall
158 einsetzbar sind.

159 **Inklusionsbetriebe** hatten es in der Corona-Krise besonders schwer. Daher stellen
160 wir sie auf festes Fundament und bauen sie aus: Wir wollen **2000 reguläre**
161 **Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen** in Inklusionsbetrieben erreichen.
162 Außerdem gehört für uns dazu, einen Inklusionsbetrieb des Landes zu schaffen.
163 Aufträge und Vergaben des Landes sollen stärker als bisher an die Einhaltung der
164 Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen geknüpft werden. Damit
165 langzeitarbeitslose Menschen mit Behinderungen besser wieder Arbeit finden
166 können, brauchen wir passende Beratung mit ausreichend Personal. Das wollen wir
167 gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern bewirken.

168 **Barrierefreiheit**

169 Bis 2029 wollen wir erreichen, dass **alle öffentlichen Gebäude im Landes- und**
170 **kommunalen Besitz barrierefrei** sind – nicht nur für gehbehinderte, sondern auch
171 für hör- und sehbehinderte Menschen. Dafür wollen wir eine **Landesfachstelle**
172 **Barrierefreiheit** einrichten und finanziell ausstatten. Auch Kommunikation soll
173 barrierefrei sein. Deshalb wollen wir ein Kompetenzzentrum und -netzwerk für
174 digitale Barrierefreiheit aufbauen, das Bestandteil eines
175 **Landeskompetenzzentrums Barrierefreiheit** sein soll. Die Barrierefreiheit des
176 öffentlichen-rechtlichen Rundfunks – insbesondere des SWR – wollen wir
177 voranbringen: Unsere Ziele sind 100 Prozent Untertitel, mehr Audiodeskription
178 und mehr Deutsche Gebärdensprache.

179 **Mitspracherechte und Teilhabe stärken**

180 Wir streben eine kraftvolle Selbstvertretung der Menschen mit Behinderungen an,
181 die überall und für alle Behinderungen gelten soll. Durch professionelle

182 Strukturen sollen die Menschen mit Behinderungen mehr Einfluss und Mitbestimmung
183 haben. Der **Leitsatz „Nichts über uns, ohne uns“** muss Grundlage für unser
184 solidarisches Handeln sein.

185 Die Funktion des Landesbehindertenbeauftragten als Beratungs- und Anlaufstelle
186 für ehren- und hauptamtliche Behindertenbeauftragte in den Kommunen wollen wir
187 stärken. Die kommunalen Behindertenbeauftragten wollen wir besser unterstützen,
188 indem das Land Kommunen bezuschusst, die ihre*n Behindertenbeauftragte*n ganz
189 oder teilweise vom Ehrenamt ins Hauptamt bringen wollen.

190 Wir setzen uns dafür ein, die maßgebliche Interessenvertretung der Menschen mit
191 Behinderungen zu stärken. Daneben wollen wir die Selbstvertretung der Menschen
192 mit Lernschwierigkeiten mit einer Aufbau-Förderung weiterentwickeln. Die
193 Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung wollen wir weiter vernetzen und sie
194 durch landesweite Werbeaktionen bekannter machen.

195 Mehr Inklusion in Kita, Schule, Beruf und Freizeit steigern den Respekt und
196 gegenseitige Wertschätzung von Menschen mit und ohne Behinderungen. Deshalb
197 müssen wir auch hier ansetzen. Barrieren und Ausgrenzung sollen als
198 Diskriminierung wahrgenommen werden, als das, was sie sind. In unserer
199 Gesellschaft und auch in unseren Köpfen darf Diskriminierung keinen Platz haben.
200 Den **Landesaktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention** schreiben wir fort.
201 Nach einem breiten Beteiligungsprozess wird er bereits zur Mitte der Wahlperiode
202 vorliegen. Das bestehende und neue Landesrecht soll konsequent auf die
203 Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft und angepasst
204 werden.

205 Wir unterstützen das Vorhaben, die **Kinder- und Jugendhilfe umfassend zu**
206 **reformieren**. Dabei sollen alle Leistungen der Kinder und Jugendhilfe im
207 Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gebündelt werden.

208 **Selbstbestimmt und bezahlbar wohnen**

209 Wohnen ist ein Menschenrecht und gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen
210 eines jeden Menschen. Jede*r hat das Recht angemessen zu wohnen. Daher ist es
211 eine unserer zentralen politischen Aufgaben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen
212 und zu erhalten. Das geht nur mit **sozial gefördertem Wohnungsbau bei**
213 **gleichzeitiger Eindämmung der Mietpreisexplosion** in unseren Städten und
214 Eingrenzung der Immobilienspekulationen. Wir setzen uns für **Mietpreisbremsen und**
215 **Kappungsgrenzen** ein, wie sie bereits in Mainz, Trier, Landau und Speyer
216 realisiert wurden. Damit werden die Menschen nicht aus ihrer Stadt verdrängt.
217 Mit dem **Wohnraumschutzgesetz** bekommen Kommunen, die mit Wohnraumknappheit und
218 mit Leerständen konfrontiert sind, wieder Handlungsspielraum.

219 Wir wollen die **Wohnraumförderung des Landes** ausbauen. Neben Haushalten mit
220 geringem Einkommen und Familien werden wir auch weiterhin die Belange von
221 älteren Menschen und Menschen mit Behinderung bei der sozialen Wohnraumförderung
222 berücksichtigen. Besonders an den Hochschulstandorten besteht starker Druck im
223 Wohnungsmarkt. Wir möchten daher **studentisches Wohnen besonders unterstützen**.
224 Wir fördern auch speziell genossenschaftliches Bauen und Wohnen, weil häufig
225 durch gemeinsame Initiative späterer Bewohner*innen zukunftsfähige Projekte im
226 Quartier entstehen.

227 Für Menschen, die das Dach über dem Kopf verloren haben, werden wir besondere
228 Verantwortung übernehmen. Aus einer Notlage darf keine aussichtslose Situation
229 werden. Auf Basis der Wohnungslosenstatistik als Teil einer integrierten

230 Armutsberichterstattung ist es möglich, passgenaue und bedarfsorientierte
231 Lösungen für die vielfältigen Bedarfe zu entwickeln bzw. vorhandene Angebote auf
232 ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Insbesondere das Thema (verdeckte)
233 Obdachlosigkeit von Frauen wollen wir vordringlich angehen. Wir wollen Projekte,
234 wie Trainingswohnen unterstützen. Daneben braucht es einen Härtefonds für
235 Maßnahmen bei lebensbedrohlichen Situationen gerade im Winter.

236 **Kommunale Wohnraumversorgung stärken**

237 Kommunale Wohnraumversorgung stärken Wir wollen Wohnungsbaugesellschaften nicht
238 nur in den Städten, sondern auch auf Kreisebene. Diese können überörtlich den
239 Bedarf an Wohnungen in den Blick nehmen. Kommunen und ihre
240 Wohnungsbaugesellschaften brauchen Beratung beim sozialen Wohnungsbau: Von der
241 ökologisch und ökonomisch sinnvollen Aufstockung und Erweiterung bestehender
242 Bauten bis hin zu den rechtlichen Möglichkeiten bei der Quartiergestaltung und
243 dem Einsatz von Sozialquoten. Das Land soll durch eine zentrale Beratungsstelle
244 Kommunen verstärkt die Informationen zu möglichen Instrumenten liefern.

245 Mit einem Bodenfonds Rheinland-Pfalz kann Kommunen der Erwerb von zum Verkauf
246 stehender Flächen und Immobilien erleichtert werden. Auch Landesflächen und -
247 immobilien sollen über den Fonds den jeweiligen Kommunen vorrangig zugänglich
248 gemacht werden. So können mehr Kommunen aktive Bodenbevorratung betreiben, um
249 ihre sozialpolitischen, städtebaulichen und ökologischen Ziele umzusetzen. Die
250 Weichen für eine grundlegende Veränderung des sozialen Wohnungsbaus werden auf
251 Bundesebene gestellt. Mit einer neuen Wohngemeinnützigkeit und einem verstärkten
252 Vorkaufsrecht für Kommunen setzen wir uns dafür ein, dass mehr bezahlbarer
253 Wohnraum geschaffen und dieser auch dauerhaft diesem Zweck gewidmet wird.

254 **Wohnraumschutzgesetz für Rheinland-Pfalz**

255 Wir alle wissen, wie schwierig es ist, eine neue Bleibe zu finden. Gleichzeitig
256 stehen Wohnhäuser ungenutzt leer und verfallen. **Wir sagen daher: Wohnraum muss
257 auch als Wohnraum genutzt werden.**

258 Ein **Wohnraumschutzgesetz** könnte den Kommunen, die mit Wohnraumknappheit und mit
259 Leerständen konfrontiert sind, wieder Handlungsspielraum geben. So schützen wir
260 Wohnraum, den regionalen Gegebenheiten entsprechend.

LTWP-9 9. Tatsächliche Gleichstellung – Gerechte Geschlechterpolitik

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Eine freie Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle gleichermaßen verwirklichen
2 und teilhaben können. **Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, Lohngerechtigkeit,**
3 **gleiche Berufschancen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle**
4 **Geschlechter sind Werte, die unseren Weg bestimmen und Ziele, die wir erreichen**
5 **wollen.**

6 Die Coronakrise hat bestehende Ungleichheiten deutlich sichtbar gemacht und
7 vielfach weiter verstärkt. Oft waren es die Frauen, die ihre Stelle reduziert
8 haben oder zu Hause geblieben sind und mit dem Spagat zwischen Homeschooling,
9 Homebetreuung und Homeoffice belastet waren. Gerade jetzt kommt es darauf an,
10 dass wir Fortschritte machen auf dem Weg hin zu einer **fairen Verteilung** der
11 Einkommen, der Sorgearbeit und der Einflussmöglichkeiten zwischen Frauen und
12 Männern, statt tiefer in alte Rollenmuster zurückzufallen.

13 Wir müssen endlich die tradierten Rollenvorstellungen und auch strukturelle
14 Benachteiligungen überwinden. **Niemand darf ausgegrenzt oder benachteiligt werden**
15 **oder gar Gewalt erfahren müssen.** Jede*r muss jederzeit und überall ohne Angst
16 ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir werden entschieden gegen jede Form
17 der sexuellen Diskriminierung und auch der sexualisierten Gewalt vorgehen. Unser
18 Ziel ist die vollständige Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von LSBT*IQ
19 auf allen Ebenen.

20 **Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen**

21 Feminismus ist ein Kernanliegen unserer Politik. Unser Ziel ist es, die
22 Gleichstellung von Frauen in unserer Gesellschaft auf allen Ebenen tatsächlich
23 durchzusetzen. Neben dem Einsatz für Frauenrechte und Frauenförderung kommt es
24 auch darauf an, dass wir die ungleiche Verteilung von Macht in unserer
25 Gesellschaft und strukturelle Benachteiligungen von Frauen auflösen.

26 Frauen arbeiten durchschnittlich für deutlich geringere Bezahlung, übernehmen
27 die meiste Haus- und Familienarbeit und sind in gehobenen Leitungspositionen
28 durchgängig stark unterrepräsentiert. Frauen haben auch in Rheinland-Pfalz rund
29 20 Prozent weniger Einkommen als Männer. Durch die Folgen der Corona-Krise sind
30 Frauen bei der Teilhabe am Erwerbsleben weiter zurückgefallen. Wir GRÜNE wollen
31 die **Lohnlücke endlich schließen.** Deswegen werden wir uns über den Bundesrat für
32 ein wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz** einsetzen. In Rheinland-Pfalz erstellen
33 wir einen Lohnatlas, um mehr Transparenz zu erreichen.

34 Der Großteil der Haus- und Sorgearbeit wird immer noch von den Frauen erledigt.
35 **Flexiblere Arbeitszeitmodelle** können Frauen und Männer dabei unterstützen, sich
36 **die Sorge für ihre Familie und eine Erwerbstätigkeit partnerschaftlich zu**
37 **teilen.** Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Eltern familiengerechte

38 Arbeitszeiten wählen können. Dazu brauchen wir ein Recht auf Teilzeit, ein Recht
39 zur Rückkehr in Vollzeit und mehr Möglichkeiten des Studiums in Teilzeit. Auf
40 Bundesebene muss das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von
41 Familien mit Kindern ersetzt werden, um Fehlanreize für eine ungleiche
42 Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zu verhindern. **Zuverlässige**
43 **Ganztagsbetreuungsangebote** sind die Grundlage dafür, Barrieren für eine gleiche
44 Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben abzubauen.

45 **Die Hälfte der Macht den Frauen**

46 Weniger als 30 Prozent der abhängig Erwerbstätigen in Führungspositionen in
47 Rheinland-Pfalz sind weiblich – obwohl die Frauen im Durchschnitt höhere
48 Bildungsabschlüsse als Männer erreichen. Oft hilft die freiwillige
49 Selbstverpflichtung nicht, deswegen sind **Quoten ein wichtiges Instrument für**
50 **mehr Parität**. Wir GRÜNE kennen aus eigener Erfahrung mit der Quote die positiven
51 Effekte. Eine Quote verändert auch die Führungskultur, den Kommunikationsstil,
52 führt zu Vielfalt und nachweislich zu mehr wirtschaftlichen Erfolg. Zusätzlich
53 wollen wir mehr Sensibilität für die Option „Führen in Teilzeit“ schaffen.

54 Wir haben ein klares Ziel: 50 Prozent Frauen in Parlamenten, Aufsichtsräten,
55 Regierungen und Chefetagen. Der derzeitige Frauenanteil im Landtag liegt bei
56 rund 33 Prozent. Wir GRÜNE wollen die Rahmenbedingungen für **mehr Frauen in der**
57 **(Kommunal-)Politik** verbessern, beispielsweise durch einen rechtlichen Rahmen für
58 familienfreundliche Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und die Durchführung
59 digitaler Sitzungen. Im Vorfeld der Kommunalwahl 2024 wollen wir Frauen auf dem
60 Weg zu einer Kandidatur mit einem Mentoringprogramm ermutigen und unterstützen.
61 Weiterhin setzen wir uns für ein wirksames **Paritätsgesetz** mit verbindlichen
62 Vorgaben ein.

63 Gleichstellung darf kein politisches Nischenfeld sein, es muss das gesamte
64 politische Handeln durchziehen. Nur so kann **Gender Budgeting** gelingen. Das
65 bedeutet die Bewertung der finanziellen Mittel danach, welchen Geschlechtern sie
66 zugutekommen und ob sie zur tatsächlichen Gleichstellung beitragen. Die
67 gesetzlichen Rahmenbedingungen für Frauenbüros und Gleichstellungsstellen wollen
68 wir verbessern.

69 **Stereotypen entgegenwirken**

70 Frauen und Männer haben gleiche Rechte, aber die Verwirklichung ihrer
71 Möglichkeiten wird noch immer stark von unterschiedlichen Rollenbildern geprägt.
72 Wir wollen eine bewusste Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen
73 Stereotypen erreichen. Beispielsweise in Medien, Werbung und Schulbüchern soll
74 die Darstellung vielfältiger Rollenbilder zur Norm werden. Bei der Berufswahl
75 junger Menschen ist die klassische Rollenverteilung häufig noch ausschlaggebend.
76 Wir möchten deswegen die **Förderung einer Berufswahl nach Interessen und**
77 **Fähigkeiten unabhängig von hergebrachten Rollenklischees fortführen** – unter
78 anderem durch gendersensible Berufsberatung, Sensibilisierung der Fachkräfte in
79 der Berufsberatung und Berufsorientierung. Dies wollen wir mit einer
80 landesweiten Kampagne unterstützen. Das **Ada-Lovelace-Projekt**, das mehr Mädchen
81 zu einem Studium in den MINT-Fächern führen soll, werden wir fortsetzen.

82 In sozialen Berufen, zum Beispiel in der Pflege oder Erziehung, liegt der
83 Frauenanteil in Deutschland bei bis zu 80 Prozent. Diese Arbeit geht oft einher
84 mit prekären Beschäftigungsverhältnissen und schlechter Bezahlung. Wir

85 unterstützen deshalb die Gewerkschaften in ihrer Forderung, die Tarifbindung zu
86 stärken sowie die Einkommen und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

87 Da **Frauen als Gründerinnen** deutlich unterrepräsentiert sind, wollen wir ein
88 **Gründerinnenzentrum** einrichten und einen **Gründerinnenpreis** ins Leben rufen.
89 Regionale Zentren für Existenzgründer*innen sollen frauenspezifische Angebote
90 mehr als bisher berücksichtigen.

91 **Sexismus die rote Karte zeigen**

92 Sexismus ist immer noch allgegenwärtig: Sexistische Kommentare, verbale
93 Belästigung, physische Übergriffe bis zur sexuellen Gewalt erleben Frauen im
94 Alltag, beim Arbeitsplatz, im privaten Umfeld, in der Freizeit. Wir GRÜNE werden
95 auch künftig gegen sexistische Strukturen in unserer Gesellschaft kämpfen. Dazu
96 muss die **Kampagne LautStark** ausgeweitet werden. Die **#metoo-Bewegung** hat viele
97 Betroffene dazu ermutigt, offen zu sprechen. Wir wollen ein gesellschaftliches
98 Klima, in dem sich Männer und Frauen im Kampf gegen Sexismus solidarisieren und
99 die Täter keine Rückendeckung mehr erhalten. Betroffene sexistischer Übergriffe
100 sollen schnell und einfach Unterstützung erhalten. Mit einer Bunderatsinitiative
101 wollen wir ein Verbot sexistischer Werbung erreichen.

102 **Gewalt gegen Frauen stoppen**

103 Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles Problem, sondern Ergebnis ungleicher
104 Machtverhältnisse. Wir GRÜNE treten konsequent **für den Schutz von Frauen und**
105 **Mädchen vor jeglicher Gewalt** ein. Deshalb wollen wir präventive Konzepte
106 stärken. Unser Ziel ist es **Frauenhäuser, Frauennotrufe, Interventionsstellen**
107 **sowie Frauenhausberatungsstellen weiter auszubauen**. Das Interventionsprojekt
108 gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) weiten wir aus und richten
109 weitere Interventionsstellen ein. Zur Umsetzung der **Istanbul-Konvention**
110 (Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
111 und häuslicher Gewalt) erarbeiten wir gemeinsam mit der von uns eingesetzten
112 Koordinierungsstelle und den gegen Gewalt tätigen staatlichen und
113 nichtstaatlichen Institutionen einen Landesaktionsplan.

114 Jedes Mädchen und jede Frau, die Schutz braucht, soll ihn bekommen. Wir wollen
115 eine **Clearingstelle für betroffene Frauen** einrichten. Diese soll in akuten
116 Situationen eine Schutzunterkunft bieten, Hilfebedarfe individuell abklären und
117 alternative sowie ergänzende Unterstützungsangebote zur Unterbringung in
118 Frauenhäusern vermitteln. Wir GRÜNE haben die **Frauenhausplätze bereits ausgebaut**
119 **und wollen weitere Plätze schaffen**. Nach dem Aufenthalt in Frauenhäusern wollen
120 wir Angebote für das zweite Wohnen (Second-Stage) machen. Diese sollen die
121 Möglichkeit bieten, in einer kleinen Wohngemeinschaft mit Betreuung zu leben,
122 bevor die Frauen in eine eigene Wohnung ziehen. So werden die Frauenhäuser
123 entlastet und die Frauen haben einen weichen Übergang in ein eigenständiges
124 Wohnen.

125 Frauen mit Behinderungen sind besonders häufig von sexualisierter Gewalt
126 betroffen. Daher wollen wir den barrierefreien Aus- und Umbau von Frauenhäusern
127 weiter fördern und **ein barrierefreies und kompetentes Schutz- und**
128 **Beratungsangebot** etablieren.

129 Das **Modellprojekt Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung** werden wir
130 landesweit ausbauen, um Betroffene wohnortnah Unterstützung, Beratung wie auch
131 die Möglichkeit einer vertraulichen Spurensicherung zu gewährleisten. Darüber
132 hinaus wollen wir ein Netzwerk gegen weibliche Genitalverstümmelung aufbauen.

133 Wohnungslose Frauen sind besonders schutzbedürftig. Wir werden sie mit einem
134 breiteren frauenspezifischen Angebot an Unterkunft, Verpflegung und Beratung
135 unterstützen.

136 **Schutz für Prostituierte**

137 Wir setzen uns entschieden gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution ein.
138 Gleichzeitig ist uns das **Recht auf Selbstbestimmung im Umgang mit Prostitution**
139 ein wichtiges Anliegen. Deshalb lehnen wir es ab, Menschen in der Prostitution
140 zu kriminalisieren und zu stigmatisieren. Vielmehr müssen Menschen in der
141 Prostitution, insbesondere in der Armutprostitution, gezielt **vor Ausbeutung**
142 **geschützt und ihre rechtliche und soziale Situation verbessert werden.** Das
143 gelingt nur, wenn wir die Unterstützung, Beratung und Ausstiegshilfe für
144 Frauen in der Prostitution landesweit ausbauen.

145 **Sexuelle Selbstbestimmung**

146 Die Schwangerschaftskonflikt- und Sexualberatung wollen wir stärken. Aufklärung
147 und Sensibilisierung tragen ganz zentral dazu bei, Missbrauch zu verhindern und
148 selbstbestimmte Sexualität und Familienplanung zu unterstützen. **Ungewollt**
149 **schwangere Frauen brauchen umfassenden und schnellen Zugang zu Informationen.**

150 Es muss gewährleistet bleiben, dass Ärzt*innen betroffene Frauen landesweit nach
151 medizinischen Standards versorgen können. Wir setzen uns bundesweit für eine
152 **Streichung des Paragraphen 219a StGB** ein, der Werbung für den Abbruch von
153 Schwangerschaften unter Strafe stellt. Damit wollen wir die Informationslage
154 ungewollt Schwangerer und die Rechtssicherheit für Ärzt*innen endlich
155 verbessern.

156 Mit einer Bundesratsinitiative wollen wir erreichen, dass Verhütungsmittel für
157 Grundsicherungsempfänger*innen kostenfrei bereitgestellt werden.

158 **Liebe, wen du willst: für Selbstbestimmung und gleiche Rechte**

159 Noch immer werden LSBT*IQ angefeindet, verlieren wegen ihrer sexuellen Identität
160 ihren Job oder trauen sich erst gar nicht, sich zu outen. Wir wollen, dass
161 Menschen jeder geschlechtlichen und sexuellen Identität ohne Angst leben und
162 sich überall frei bewegen können. Damit das gelingt, müssen wir an unseren
163 eigenen Vorurteilen und Vorbehalten arbeiten. Wir wollen gemeinsam mit den Kitas
164 und Schulen dafür sorgen, dass unsere Kinder unterschiedliche Lebens- und
165 Familienformen kennenlernen. Denn bei uns hat die Ausgrenzung von Lesben,
166 Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter-Personen sowie von queeren und non-
167 binären Menschen (LSBT*IQ) keinen Platz. **Unser Ziel ist die vollständige**
168 **Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von LSBT*IQ auf allen Ebenen.**

169 **Vorurteile abbauen – Akzeptanz stärken**

170 Wir wollen mit dem **Landesaktionsplan Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen die**
171 **Sichtbarkeit und Akzeptanz von LSBT*IQ** weiter stärken. Dafür ist die enge
172 Zusammenarbeit mit den landesweiten, lokalen Vereinen und Initiativen für uns
173 grundlegend. Die finanzielle Förderung wollen wir deutlich steigern, um in den
174 jeweiligen Regionen die Strukturen zu festigen und neue entstehen zu lassen. Die
175 bewährte Arbeit unserer **Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche**
176 **Lebensweisen und Geschlechtsidentität** wollen wir in ganz Rheinland-Pfalz
177 voranbringen, indem sie zukünftig auf ein Netz an kommunalen
178 Queerbeauftragten zurückgreifen kann. Damit sich alle Menschen ihrer Identität
179 gemäß angesprochen fühlen und nicht schon von vornherein von staatlicher Seite

180 sprachlich ausgegrenzt und diskriminiert werden, wollen wir eine konsequent
181 **gendergerechte Sprache** in allen Behörden, Gesetzen und auf allen Formularen als
182 Teil unserer Antidiskriminierungsstrategie umsetzen.

183 Die Vorgaben zum Sexualkundeunterricht stammen von 2009 und lassen Themen wie
184 Trans*- und Intersexualität außen vor. Wir streben daher eine **Überarbeitung des**
185 **Sexualkundeunterrichts** an, damit Kinder und Jugendliche über die geschlechtliche
186 Vielfalt aufgeklärt werden. Die Aufklärung zu sexueller und geschlechtlicher
187 Identität an Schulen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem landesweiten Netzwerk
188 SCHLAU stärken. **Gender Studies** an den rheinland-pfälzischen Hochschulen sind uns
189 wichtig, da sie Erkenntnisse zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt aus
190 einer wissenschaftlichen Perspektive vorantreiben.

191 **Sexuell und geschlechtlich selbstbestimmt leben**

192 Intersexuellen Personen wird noch immer ihr Recht auf Selbstbestimmung
193 aberkannt. Nach wie vor werden **intersexuelle Kinder** nach der Geburt operiert, um
194 sie eindeutig dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuzuordnen. Hierbei
195 handelt es sich um eine massive Grenzverletzung über die Köpfe der betroffenen
196 Kinder hinweg. Die Folgen für Psyche und Körper sind unvorhersehbar. Wir wollen
197 ein Verbot **dieser Operationen**. Die Bundesregierung darf dieses Unrecht nicht
198 länger zulassen. Intersexuelle Kinder sollen nicht zwangsoperiert werden,
199 sondern selbst über ihren Körper bestimmen. Die **Beratung und Aufklärung der**
200 **Eltern intersexueller Kinder** muss deshalb **verbessert** werden.

201 Trans*-Personen müssen zur Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität unerträgliche
202 Hürden überwinden, beispielsweise müssen sie immer noch der Pflicht zur
203 Begutachtung nachkommen. Eine **Reform des Transsexuellengesetzes** ist
204 unerlässlich. Zusätzlich wollen wir für Unternehmen und Behörden eine
205 Handreichung erarbeiten, damit auch Arbeitgeber*innen ihre trans*-Mitarbeitenden
206 unterstützen können. Änderungen der Vornamen an Schulen und Hochschulen wollen
207 wir deutlich erleichtern und die gesundheitliche Versorgung für trans* und
208 inter-Personen verbessern.

209 Wir werden **gleiche Rechte und Selbstbestimmung für alle** immer wieder öffentlich
210 fordern und so LSBT*IQ sichtbarer machen, hier insbesondere **Lesben**. Wir wollen
211 LSBT*IQ Sicherheit geben, um sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der
212 LSBT*IQ-Szene mit allen Facetten ihrer Persönlichkeit zeigen zu können, ohne
213 Angst haben zu müssen, angefeindet oder diskriminiert zu werden. Immer noch
214 werden schwule Männer und Trans*-Personen von der Blutspende ausgeschlossen. Wir
215 setzen uns deshalb für einen **diskriminierungsfreien Zugang zur Blutspende** ein.

216 Damit Gewalttaten häufiger zur Anzeige gebracht werden und sich Opfer
217 queerfeindlicher Gewalt besser betreut fühlen, werden wir die **Anlaufstelle für**
218 **LSBT*IQ bei der Polizei ausbauen** und die **Staatsanwaltschaften** für
219 queerfeindliche Gewalt sensibilisieren.

220 Unsere Vergangenheit ist eine Mahnung. Im Rahmen diverser Forschungsprojekte
221 haben wir viel für die **Aufarbeitung der rheinland-pfälzischen**
222 **Diskriminierungsgeschichte** getan und bundesweit Pionierarbeit geleistet. Nur so
223 konnten wir aufdecken, dass noch bis in die 1990er Jahre hinein lesbischen
224 Müttern ihre Kinder entzogen wurden. Dieses Engagement wollen wir fortführen und
225 unterstützen Bestrebungen zur **Errichtung eines Gedenkortes**.

LTWP-10 10. Gelebte Vielfalt – Gelingende Integration

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Der größte Reichtum unseres Landes sind die vielen unterschiedlichen Menschen,
2 die bei uns leben. Wir GRÜNE verstehen **Vielfalt als Chance**: Die Menschen, die zu
3 uns kommen, bringen viele Talente und Kompetenzen mit. Sie sollen dieses
4 Potenzial zum Wohle aller entfalten können – unsere Forschung voranbringen, sich
5 kreativ oder beruflich verwirklichen oder ein Unternehmen gründen.

6 Für uns GRÜNE steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit im Mittelpunkt.
7 Egal, wo jemand herkommt oder hinwill – alle gehören dazu, verdienen **Respekt,**
8 **Teilhabe und Unterstützung**. Von Anfang an sollen alle Menschen bei uns Fuß
9 fassen können und ein sicheres Zuhause finden. Ein friedliches Zusammenleben
10 aller braucht gegenseitige Anerkennung, Gleichberechtigung und
11 Chancengleichheit. Dafür ist die **Sprache ein wichtiger Schlüssel**. Deshalb haben
12 wir bereits das Sprachkurs-System neu konzipiert und werden es mit einem Zentrum
13 für Sprachmittlung weiter stärken und aufbauen.

14 **Aktiv gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit**

15 Leider werden auch bei uns immer noch viele Menschen abgewertet und ausgegrenzt.
16 Diskriminierung hat viele Gesichter, darunter Rassismus, Antisemitismus,
17 Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Sexismus, aber auch Abwertung aufgrund der
18 sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität. Auch werden Menschen
19 aufgrund ihres Alters, ihrer Religion, Behinderungen, chronischen Erkrankungen
20 oder sozialem Status abgewertet, ausgegrenzt, benachteiligt oder gedemütigt.

21 Diskriminierung ist eine gesellschaftliche Realität und schließt keinen
22 Lebensbereich aus. Ideologien der Ungleichwertigkeit, Hass und Hetze werden
23 bewusst zur Legitimierung von Gewalt genutzt und können letztlich zu
24 rassistischen und rechts motivierten Gewalttaten führen. Deshalb ist es unsere
25 gemeinsame Aufgabe, dieser Bewegung entgegen zu treten und allen Menschen die
26 gleichen Freiheiten, Sicherheiten und Chancen zu garantieren.

27 Mit der **Landesantidiskriminierungsstelle** haben wir dafür gesorgt, dass von
28 Ausgrenzung betroffene Menschen Hilfe erfahren. Wir haben das Angebot einer
29 kostenlosen rechtlichen Erstberatung eingerichtet. Mit der **Strategie Vielfalt**
30 der Landesregierung wurde eine Vielzahl an Maßnahmen und Projekten auf den Weg
31 gebracht, um systematisch Vielfalt positiv zu gestalten und Diskriminierung zu
32 bekämpfen. Beispielsweise konnte mit einer Plakatkampagne die Vielfältigkeit von
33 Familien verdeutlicht werden.

34 Eine Politik der Vielfalt muss schnell erkennen können, wenn sich Bürger*innen
35 ausgeschlossen oder diskriminiert fühlen. Wir GRÜNE setzen uns für einen
36 merkmalsübergreifenden, institutionenübergreifenden und partizipativen Ansatz
37 ein. Wir möchten die intersektionale Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit zu

38 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausweiten und finanziell fördern, um
39 damit präventive Ansätze zu stärken. Um die Chancengleichheit nachhaltig zu
40 stärken, brauchen wir den **Ausbau dauerhafter Strukturen in der Arbeit gegen**
41 **gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**. Auf grüne Initiative hin wurde in der
42 laufenden Wahlperiode ein **Landesaktionsplan gegen Rassismus** und gruppenbezogene
43 Menschenfeindlichkeit entwickelt.

44 **Mit uns werden Chancengleichheit und Vielfalt Gesetz**

45 Rheinland-Pfalz braucht ein starkes **Landesantidiskriminierungsgesetz** zum Ausbau
46 dauerhafter Strukturen. Mit einem **Landesgesetz für Chancengleichheit und**
47 **Vielfalt** wollen wir die rechtlichen Grundlagen schaffen, um Diskriminierung
48 durch Behörden und Verwaltung abzubauen und eine Kultur der Wertschätzung von
49 Vielfalt zu stärken. Dieses Antidiskriminierungsgesetz des Landes soll Lücken
50 der bisherigen gesetzlichen Regeln schließen und einzelnen Personen oder
51 Verbänden ermöglichen, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Wir wollen
52 weiter eine rechtliche Ausgestaltung durch eine Prozessbeistandshilfe, eine
53 Erleichterung bei der Beweislast wie auch eine Verfristung von Ansprüchen
54 frühestens nach einem Jahr vor. Das Gesetz soll Bereiche regeln, in denen das
55 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes bislang nicht vor
56 Diskriminierung schützt. Die **Landesantidiskriminierungsstelle wollen wir**
57 **gesetzlich** verankern und mit den zusätzlich erforderlichen finanziellen und
58 personellen Mitteln ausstatten.

59 Mit dem neuen Landesgesetz für Chancengleichheit und Vielfalt wollen wir das
60 **Diversity Mainstreaming** als Prinzip der Landesverwaltung verankern und **Diversity**
61 **Management zu einer staatlichen Pflichtaufgabe** machen. Rheinland-Pfalz als Land
62 der Vielfalt zu entwickeln ist eine Daueraufgabe, die viele Bereiche des
63 staatlichen Handelns betrifft. Das gilt beispielsweise für die Kitas, Schulen
64 und Hochschulen unseres Landes. Den zahlreichen zivilgesellschaftlichen
65 Initiativen, die sich gegen Rassismus und Ausgrenzung wenden, werden wir
66 weiterhin unterstützend zur Seite stehen und ihre sinnvollen Projekte fördern.

67 **Integration leben: Zuflucht bieten & Zusammenhalt schaffen**

68 Rheinland-Pfalz ist ein Einwanderungsland Jede und jeder Vierte in Rheinland-
69 Pfalz hat einen Migrationshintergrund. Wir wollen unsere Gesellschaft
70 interkulturell öffnen mit dem Ziel, allen neu zugewanderten und schon länger
71 hier lebenden Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wir stehen für
72 eine offene Gesellschaft, die Verantwortung übernimmt für die Menschen, die
73 Zuflucht suchen und unseren Schutz brauchen.

74 **Menschen Schutz und Zuflucht bieten**

75 Menschen fliehen aus vielen Teilen der Welt zu uns, weil sie sich in ihrer
76 Heimat nicht mehr sicher fühlen. Weil dort Krieg herrscht oder weil sie dort
77 aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung
78 verfolgt werden. Es liegt in unserer Verantwortung, diese Menschen aufzunehmen.

79 Wir GRÜNE möchten auch künftig all den Initiativen, Verbänden, NGOs, Vereinen
80 und **Flüchtlingshelfer*innen zur Seite stehen**, die sich für eine
81 menschenrechtliche und solidarische Asylpolitik in Rheinland-Pfalz einsetzen.

82 Wir wollen ein **Landesaufnahmeprogramm** aufsetzen, um mehr schutzbedürftige
83 Menschen aufnehmen zu können – zum Beispiel aus den überfüllten griechischen
84 Flüchtlingslagern. Das Programm soll sich in erster Linie an besonders

85 verletzliche und schutzbedürftige Personen richten. Im Bundesrat werden wir uns
86 dafür einsetzen, die Rechtsgrundlagen für die Aufnahmeprogramme der Länder zu
87 verbessern.

88 Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Deshalb unterstützen wir
89 GRÜNE die **Seenotrettungsorganisationen**. Das Engagement ehrenamtlicher
90 Retter*innen darf nicht kriminalisiert werden. Die vielen rheinland-pfälzischen
91 Kommunen, die bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende (u.a. die
92 Initiative „Sichere Häfen“) aufzunehmen, wollen wir auch künftig unterstützen.
93 Wir begrüßen, dass in Rheinland-Pfalz viele Städte sowie Landkreise und
94 Gemeinden ihre Bereitschaft erklärt haben, mehr Geflüchtete aufzunehmen, als
95 ihnen regulär zugewiesen werden.

96 Eine **gute und angemessene Unterbringung und Versorgung der Menschen in den**
97 **Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA)** des Landes ist für uns GRÜNE ein
98 zentrales Anliegen. Wir verpflichten uns dazu, den guten Standard bei der
99 Unterbringung, Versorgung und Begleitung in der Erstaufnahme von Geflüchteten
100 weiterhin bestmöglich zu gewährleisten. Wir möchten aber noch weitergehen –
101 beispielsweise mit einem verbesserten Betreuungsschlüssel für die Sozialdienste
102 und mit einer unabhängigen Sozial- und Verfahrensberatung. Für uns ist eine gute
103 psychosoziale Versorgungsstruktur für die oftmals traumatisierten Menschen
104 essenziell, deswegen wollen wir drei zusätzliche **psychosoziale Zentren** in
105 Rheinland-Pfalz aufbauen. Besonders schutzbedürftige Personen müssen weiterhin
106 im Rahmen der Erstaufnahme gezielt in Obhut genommen werden. Wir wollen an
107 unserem Konzept zum Gewaltschutz und zur Identifikation von besonders
108 schutzbedürftigen Personen in den Einrichtungen der Erstaufnahme in Rheinland-
109 Pfalz festhalten und es weiter ausbauen. Wir möchten ein systematisches
110 **Screening-Verfahren** einrichten, mit dem besondere **Schutzbedürftigkeit** wie
111 Traumatisierungen oder psychische Belastungsstörungen bei ankommenden
112 Geflüchteten schnell und zuverlässig erkannt werden. Für Kinder und Jugendliche
113 im schulpflichtigen Alter in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes muss auch die
114 **Schulpflicht** gelten. An allen Standorten müssen weiterhin Sprachkurse angeboten
115 werden.

116 Außerdem wollen wir Empfehlungen für **Standards für kommunale Unterkünfte**
117 **erstellen**. Die dezentrale Unterbringung vor Ort muss konsequent gefördert
118 werden, auch die eigenständige Wohnsitznahme durch private Anmietungen –
119 besonders bei der Familienzusammenführung. Eine allgemeine Wohnsitzauflage
120 lehnen wir ab.

121 In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung das Asylrecht massiv
122 verschärft, beispielsweise durch die Pflicht, länger in den zentralen
123 Aufnahmeeinrichtungen zu bleiben. Auch wurde es leichter, kranke Menschen
124 abzuschieben. Wir GRÜNE nehmen es nicht hin, dass humanitäre Standards immer
125 weiter heruntergefahren werden und kämpfen weiter in Rheinland-Pfalz und
126 bundesweit für eine humane Flüchtlingspolitik. Dafür werden wir weiterhin die
127 Spielräume in der Landespolitik ausschöpfen.

128 Unser Schwerpunkt liegt ganz klar auf freiwilliger Rückkehr. Darüber hinaus gilt
129 für uns der **Grundsatz, Abschiebehaft zu vermeiden**. Für den Fall der
130 Abschiebehaft wollen wir mit einem eigenen Abschiebehaftvollzugsgesetz Standards
131 für die untergebrachten Menschen definieren.

132 Aus unserer Sicht müssen die Gründe für die Anerkennung Geflüchteter individuell
133 geprüft werden. Deshalb lehnen wir eine weitere Ausweitung des Katalogs so

134 genannter „**sicherer Herkunftsstaaten**“ ab. Gerade für Minderheiten wie Roma,
135 LSBTTIQ*, aber auch Frauen, Oppositionelle, Journalist*innen oder
136 Menschenrechtsaktivist*innen sind viele Länder oft nicht sicher. Für subsidiär
137 geschützte Geflüchtete darf es keine **Antragspflicht für Pässe in der Botschaft**
138 **des Herkunftslandes** geben.

139 Aus humanitären Gründen ist es nicht vertretbar, dass Familien zum Teil über
140 Jahre hinweg voneinander getrennt blieben und nicht zusammenleben durften. Auch
141 für die Integration der Geflüchteten ist es wichtig, den Familiennachzug zu
142 gewährleisten. Dafür wollen wir uns mit einer Bundesratsinitiative einsetzen.

143 Wir GRÜNE wollen ein modernes **Einwanderungsgesetz** mit der Möglichkeit, dass
144 geduldete, gut integrierte Asylbewerber*innen, die bereits einer Arbeit
145 nachgehen, eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten („Spurwechsel“).

146 **Integration von Anfang an**

147 Die große Integrationsleistung der rheinland-pfälzischen Kommunen sowie ganz
148 besonders das großartige Engagement Tausender hauptamtlicher wie ehrenamtlicher
149 Helfer*innen tragen entscheidend zur Integration der Zugewanderten bei. Diese
150 müssen in ihrer Arbeit gestärkt und unterstützt werden. Wir GRÜNE wollen ein
151 kommunales **Entwicklungsprogramm** aufsetzen und die Integrationsarbeit der Kreise
152 und Kreisfreien Städte gezielt fördern, damit sie die Integration vor Ort weiter
153 voranbringen. Das Programm **Integration fördern** soll insbesondere die
154 Koordinierungs-, Beratungs- und Unterstützungsleistung bei der Integration
155 stärken, das heißt, eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten von der Kita
156 über die Schule bis zum Betrieb und zum Jobcenter ermöglichen. Hierfür wollen
157 wir **kommunale Integrationszentren** aufbauen.

158 Grüne Integrationspolitik bedeutet eine ganzheitliche Integrationspolitik, in
159 der wir miteinander auf Augenhöhe leben. Für uns ist klar: Für eine gelingende
160 Integration braucht es zusätzlich den Ausbau dauerhafter, staatlicher
161 Strukturen. Mit einem **Integrationsgesetz** für Rheinland-Pfalz wollen wir ein
162 gemeinsames Verständnis von Integration verbindlich formulieren, die Integration
163 als Querschnittsaufgabe gesetzlich festschreiben und Strukturen schaffen, um
164 Integration in Feldern wie Bildung, Arbeitsmarkt, Kultur, Gesundheit, Sport und
165 politischer Partizipation voranzubringen.

166 Rheinland-Pfalz soll zum Vorzeigeland für **interkulturelle Öffnung werden**. Wir
167 GRÜNE wollen daher die interkulturelle Öffnung ressortübergreifend entwickeln
168 und personell mit den erforderlichen Ressourcen unterlegen.

169 Wir möchten die Ausländerbehörden zu modernen, dienstleistungsorientierten,
170 interkulturell kompetenten **Zuwanderungsbehörden** weiterentwickeln. Für die
171 Entwicklung einer Willkommenskultur muss es dort eine engere Kooperation mit
172 anderen Ämtern wie Jugendamt, Sozialamt, Arbeitsagentur und
173 Integrationsbeauftragten geben. Die aufenthaltsrechtliche Bearbeitung soll von
174 anderen Fragestellungen getrennt behandelt werden, um einen fairen Umgang zu
175 sichern.

176 Deutschkenntnisse sind die zentrale Voraussetzung für das Gelingen von
177 Integration. Sie ermöglichen Zugewanderten nicht nur die Teilhabe an allen
178 gesellschaftlichen Lebensbereichen, sondern sie ebnen auch den Weg in den
179 Arbeitsmarkt. Um die landesgeförderten Deutschkurse noch besser aufzustellen,
180 haben wir das **Sprachkurs-System** neu konzipiert. Sprachkurse werden auch für
181 Menschen gefördert, die keinen Zugang zu bundesfinanzierten

182 Integrationssprachkursen und Berufssprachkursen haben. Außerdem wurde der
183 Kursumfang Umfang deutlich erweitert. Dies wollen wir fortführen und uns auf
184 Bundesebene für eine bessere Bezahlung von Sprachlehrkräften einsetzen. Die
185 kursbegleitende Kinderbetreuung muss fortgeführt werden, sowohl bei unseren
186 landesgeförderten Sprachkursen als auch bei den vom Bund geförderten
187 Erstorientierungskursen.

188 Wir wollen ein **Zentrum für Sprachmittlung** aufbauen, um die bereits bestehenden
189 Dolmetscher- und Sprachmittlerdienste besser zu vernetzen und ein breites und
190 stabiles Netzwerk von Sprachmittler-Angeboten in der Daseinsvorsorge
191 (Gesundheit, psychosoziale Versorgung, Bildung und Erziehung) zu entwickeln.
192 Dieses Zentrum soll eine Kompetenzstelle zur Beratung, Information und
193 Weiterqualifizierung werden und Angebote für Online- und Video-Dolmetschen zur
194 Verfügung stellen. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Änderung des
195 Sozialgesetzbuchs stark machen, damit Dolmetschende nicht nur während des
196 Asylverfahrens bezahlt werden.

197 **Politische Mitbestimmung**

198 Die gleichberechtigte politische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in
199 unserem Land, unabhängig von ihrer Nationalität, ist eine Grundvoraussetzung für
200 eine funktionierende Demokratie. Menschen, die dauerhaft hier leben, sollten
201 sich an unserer Demokratie beteiligen können. Für uns gehört zu der Frage, wer
202 an unserer Demokratie mitwirkt, dass sich niemand zwischen verschiedenen
203 Staatsangehörigkeiten entscheiden muss. Wir GRÜNE wollen den Zugang zur
204 **Staatsbürgerschaft** deutlich erleichtern und die **Mehrstaatlichkeit** bei der
205 Einbürgerung grundsätzlich ermöglichen. Gleichzeitig werben wir dafür, die
206 Möglichkeiten für eine Einbürgerung zu nutzen und wollen die
207 Einbürgerungskampagne der Landesregierung fortführen.

208 Wir wollen, dass kommunale Nicht-EU-Staatsangehörige und für EU-Bürger*innen das
209 Wahlrecht bei Landtagswahlen haben. Die **Beiräte für Migration und Integration**
210 tragen zum gesellschaftlichen Engagement und zur politischen Teilhabe von
211 Menschen mit Migrationshintergrund bei und gehören damit zu wichtigen
212 Akteur*innen der lokalen Demokratie.

213 **Arbeitsmarktintegration**

214 Die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung ist
215 neben der Kenntnis der deutschen Sprache der entscheidende Schlüssel für eine
216 nachhaltige Integration in unsere Gesellschaft. Außerdem ist es eine Chance für
217 den rheinland-pfälzischen Wirtschaftsstandort – nicht zuletzt vor dem
218 Hintergrund des Fachkräftemangels und des demographischen Wandels. Bei den 2 Mio.
219 Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz hat sich der Anteil der Migrant*innen in den
220 vergangenen Jahren auf 21 Prozent erhöht.

221 Wir wollen das Nachholen von Schulabschlüssen erleichtern und Personen ohne
222 Schulabschluss oder Auszubildenden das Recht auf Beschulung bis zum 25.
223 Lebensjahr einräumen. Dadurch wollen wir insbesondere auch jungen Erwachsenen
224 mit Zuwanderungsgeschichte Zugänge zu Ausbildung und qualifizierter
225 Beschäftigung eröffnen, wenn sie aufgrund der Situation im Herkunftsland oder
226 bedingt durch die Flucht keinen Schulabschluss erworben haben.

227 Immer mehr neu zugewanderte Menschen in Rheinland-Pfalz haben einen Job. Wir
228 möchten auf den guten Ansätzen für die Integration von Flüchtlingen in den
229 Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz aufbauen. Viele Geflüchtete, die bei uns Schutz

230 und Frieden gesucht haben, möchten gerne hier arbeiten und sich eine **neue**
231 **Existenz aufbauen**. Als Land, das auf die Zuwanderung von Fachkräften angewiesen
232 ist, müssen wir diese Chance nutzen und die Bedingungen am Arbeitsmarkt für
233 Geflüchtete verbessern, indem wir bürokratische Hürden abbauen und Asylverfahren
234 erleichtern.

235 Bei der Förderung der Arbeitsmarktintegration von Frauen gilt der Leitgedanke
236 der eigenständigen Existenzsicherung. Projekte zur Förderung der
237 Arbeitsmarktintegration und individuellen Begleitung der Frauen mit
238 Migrationshintergrund wollen wir fortführen.

239 **Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen**

240 In Rheinland-Pfalz leben Menschen mit ganz unterschiedlichen religiösen und
241 weltanschaulichen Orientierungen. Für uns GRÜNE ist hier der Grundsatz der
242 Gleichbehandlung selbstverständlich.

243 Vor diesem Hintergrund befürworten wir neben dem christlichen und jüdischen
244 Religionsunterricht den Aufbau eines **islamischen Religionsunterrichts mit den**
245 **richtigen Partnern**, um die Gleichstellung muslimischer Gemeinschaften zu
246 erreichen. Zum bekenntnisgebundenen Religionsunterricht muss es zudem
247 gleichwertige Alternativen geben, damit Schüler*innen und Eltern eine Wahl
248 haben. Perspektivisch wollen wir ermöglichen, dass alle Schüler*innen im
249 **gemeinsamen Unterricht sowohl religionskundliche als auch ethische Inhalte**
250 lernen und diskutieren können.

251 Wir bekennen uns zur Trennung von Religion und Staat und zur Religionsfreiheit.
252 Auch in der Verfassung und in den Gesetzen des Landes wollen wir den **Grundsatz**
253 **der religiösen und weltanschaulichen Neutralität** umsetzen.

254 Wir GRÜNE setzen uns ein für eine länderübergreifende Regelung zur finanziellen
255 Entflechtung von Staat und Kirchen. Dementsprechend stehen wir
256 **bundeseinheitlichen Initiativen zur Ablösung der Staatsleistungen an Kirchen**
257 offen gegenüber. Die Einspruchsmöglichkeiten der Kirche bei der Verleihung
258 akademischer Grade und bei der Besetzung nicht theologischer Professuren wollen
259 wir abschaffen. **Tanzverbote an religiösen Feiertagen wollen wir aufheben** und die
260 **Regelungen des Feiertagsgesetzes** darauf konzentrieren, religiöse Veranstaltungen
261 vor Störungen wie Lärm zu schützen. Das gilt auch für Veranstaltungen an anderen
262 anerkannten Gedenktagen mit ernstem Charakter – wie etwa das Gedenken an die
263 Opfer der NS-Verbrechen.

264 Gerade in Rheinland-Pfalz sind Kirchen und ihre Einrichtungen in vielen Regionen
265 und für viele Berufsfelder bedeutende Arbeitgeberinnen. Den Ausschluss von
266 Arbeitnehmer*innen aus diesen Berufsfeldern, weil sie etwa geschieden sind oder
267 einer anderen religiösen oder weltanschaulichen Orientierung angehören, lehnen
268 wir ab. Diese Sonderregelungen führen zu erheblichen Beschränkungen beim Zugang
269 zu Arbeit und Beschäftigung. Daher fordern wir die **Änderung des kirchlichen**
270 **Arbeitsrechts**.

LTWP-11 11. Aktive Beteiligung – Gefestigte Demokratie

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Wir freuen uns, wenn sich Menschen beteiligen, engagieren und einmischen. Nur so
2 funktioniert unsere Gesellschaft. **Demokratie lebt vom Mitmachen.** Und Demokratie
3 ist das Fundament, auf dem unsere Werte und Rechte eines friedlichen und
4 gleichberechtigten Miteinanders gebaut sind. Sei es mit Hilfe von Petitionen,
5 anhand eines Ehrenamtes oder durch das Wählen selbst: Wir wollen eine Demokratie
6 der Vielfalt, in der alle Menschen mitreden können und niemand ausgeschlossen
7 wird.

8 Rechtes Gedankengut und Menschenfeindlichkeit sind dabei die größten Gefahren
9 für unsere Demokratie. Wir GRÜNE stehen deshalb auf gegen Rechts und sagen **Nein**
10 **zu Hass und Hetze.** Um unsere Demokratie zu schützen, brauchen wir eine starke
11 demokratische Zivilgesellschaft und gute **politische Bildungsangebote.** Wir wollen
12 deshalb die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide senken, die wichtige
13 Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung weiter unterstützen oder die
14 Ehrenamtskarte als Dank für ehrenamtliches Engagement noch mehr bewerben. So
15 werden wir unsere Ziele umsetzen, Bürger*innen aktiv zu beteiligen und die
16 Demokratie zu festigen.

17 **Politische Bildung stärken**

18 Die Landeszentrale für **politische Bildung** ist das Herzstück der
19 Demokratiebildung in Rheinland-Pfalz. Wir GRÜNE wollen daher die Landeszentrale
20 stärken und ausbauen und die Zusammenarbeit mit Schulen, Hochschulen und anderen
21 Einrichtungen intensivieren. Durch einen einfachen Zugang zu ihnen erreichen
22 wir, dass Menschen jeden Alters dieselbe **politische Bildung** genießen können.
23 Durch Sensibilisierungs- und Monitoringprogramme wollen wir Vielfalt und
24 Diversität auch im Landtag fördern.

25 Eine wesentliche Säule unserer politischen Bildung ist Gedenkarbeit. Politische
26 Teilhabe in einer starken Demokratie setzt informierte Bürger*innen voraus. Zur
27 politischen Bildung gehören deshalb auch **Erinnerungskultur und**
28 **Gedenkstättenarbeit.** Die Gräueltaten des Nationalsozialismus müssen in
29 Erinnerung bleiben. Wir GRÜNE wollen eine stärkere **Vernetzung zwischen**
30 **Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten** und setzen uns dafür ein, weitere
31 Gedenkorte zu erschließen. Nicht alle Facetten der NS-Zeit sind bereits
32 wissenschaftlich aufgearbeitet, beispielsweise fehlen genaue Opferzahlen für die
33 Novemberpogrome. Wir unterstützen Bemühungen den 8. Mai als Tag der Befreiung
34 vom Nationalsozialismus zum Gedenktag zu erklären – als dauerhaftes Zeichen
35 unseres Gedenkens.

36 **Mitbestimmung für alle**

37 Wir GRÜNE setzen uns für eine Absenkung des **Wahlalters auf 16 Jahre** ein. Bislang
38 verhindert die Blockade der CDU eine Änderung der Verfassung und verweigert
39 somit jungen Menschen ihr Recht auf Mitbestimmung. Auch weitere Einschränkungen
40 des Wahlrechtes wollen wir abbauen: So machen wir uns stark für das Wahlrecht
41 auf Kommunal- und Landesebene für Menschen ohne deutsche beziehungsweise
42 europäische Staatsbürgerschaft.

43 **Bürger*innen beteiligen**

44 Bürgerbeteiligung ist ein **wichtiges Element gelebter Demokratie**. Vor Ort oder
45 auf Landesebene sollen alle durch qualitativ hochwertige Beteiligung mitgenommen
46 werden. Um **Brücken zwischen Parlament und Bürger*innen** zu bauen, sind
47 Begleitkreise mit gelosten Bürger*innen für konkrete Reformprozesse eine
48 Möglichkeit. Elementen der direkten Demokratie stehen wir offen gegenüber und
49 möchten **die Hürden für Volksbegehren sowie Volksentscheiden absenken**. Ein
50 wichtiges und niedrighschwelliges Beteiligungsrecht ist das Petitionsrecht. Daher
51 wollen wir erreichen, dass Petent*innen schon ab 1000 Mitzeichnungen ein
52 Rederecht vor dem Petitionsausschuss erhalten. Für mehr Transparenz soll der
53 Petitionsausschuss bei diesen Petitionen öffentlich tagen.

54 **Gemeinsam ehrenamtlich aktiv**

55 Das freiwillige Engagement rheinland-pfälzischer Bürger*innen ist für einen
56 sozialen Zusammenhalt und eine starke Bürgergesellschaft unentbehrlich. Wir
57 GRÜNE wollen das Ehrenamt in Rheinland-Pfalz weiter stärken und ihm
58 Wertschätzung entgegenbringen, dabei auch das digitale Ehrenamt stärker in den
59 Fokus rücken. Wer hinter dem Bildschirm sitzt, leistet ebenfalls einen
60 wesentlichen Beitrag im Ehrenamt.

61 Die Ehrenamtler*innen in Rheinland-Pfalz können mit der Ehrenamtskarte bereits
62 landesweit von zahlreichen Vergünstigungen profitieren. Wir GRÜNE wollen **für die**
63 **Ehrenamtskarte noch mehr Partner*innen** ins Boot holen und das Angebot für
64 engagierte Menschen ausweiten. Zudem unterstützen wir **Initiativen zur Gewinnung**
65 **neuer Ehrenamtler*innen**. Die Angebote für Freiwilligenjahre wollen wir für alle
66 Altersgruppen ausbauen und insbesondere die Werbung für das **FSJ** und **FÖJ** weiter
67 unterstützen.

68 **Klare Kante gegen rechte Hetze**

69 Das Land, in dem wir leben wollen, ist bunt, offen und tolerant. Unser Ziel ist
70 ein **friedliches und demokratisches Miteinander**, geprägt von vorurteilsfreien
71 Begegnungen, von Toleranz und Offenheit. Unsere Stärke liegt in der Vielfalt.
72 Aus unserem Zusammenhalt schöpfen wir als Rheinland-Pfälzer*innen Energie gegen
73 spalterische Kräfte.

74 Die größte Bedrohung dieser Werte kommt von Rechts. Die Neue Rechte verbreitet
75 in der gesamten Bundesrepublik Menschenhass. Sie lehnt die **Gleichwertigkeit**
76 **aller Menschen** ab und versucht, ihr rassistisch geprägtes Weltbild zu
77 verbreiten. Wozu Menschenfeindlichkeit führen kann, haben die rassistischen,
78 islamfeindlichen und antisemitischen Anschläge der vergangenen Jahre gezeigt.
79 Leider gibt es auch in Rheinland-Pfalz rechtsterroristische Gruppen und
80 rechtsideologische Veranstaltungen. Diese sind unter anderem bei der Identitären
81 Bewegung, der AfD und deren Jugendorganisation zu verorten.

82 **Kontinuierliche Prävention**

83 Die grüne **Strategie gegen Rechts** ist ganzheitlich und reicht von
 84 Aufklärungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen bis hin zu Aussteigerprogrammen.
 85 Auf Kommunal- und Landesebene gibt es bereits eine Vielzahl an Initiativen, wie
 86 zum Beispiel das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz oder die mobile
 87 Beratungsstelle gegen rechte, rassistische und antisemitische Gewalt – m*power.
 88 Wir GRÜNE wollen die Aufgaben der politischen Gewalt- und Extremismusprävention,
 89 der politischen Bildung und der Antidiskriminierungsarbeit stärker bündeln. Wir
 90 wollen eine **gesicherte kontinuierliche Finanzierung** für Projekte gegen Rechts
 91 und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Auf Bundesebene muss ein
 92 Demokratiefördergesetz entstehen, damit finanzielle Mittel an Projekte gegen
 93 Rechts nicht immer nur befristet sind. Kampf gegen Rechts ist eine dauerhafte
 94 Aufgabe. Wir GRÜNE wollen dazu auch unseren finanziellen Anteil als Bundesland
 95 leisten.

96 Die **konsequente Entwaffnung** von Nazis und Reichsbürger*innen zählt auch zur
 97 Strategie gegen Rechts. Wer Menschen hasst und die Bundesrepublik und ihre
 98 Gesetze ablehnt, darf keine Waffen besitzen. Wir GRÜNE fordern daher, alle
 99 Genehmigungen für Waffen und sprengstoffähnliche Materialien zu widerrufen und
 100 Waffen und Munition sicherzustellen, die im Besitz von Nazis und
 101 Reichsbürger*innen sind. Dafür brauchen wir eine **Kontrolloffensive** der
 102 kommunalen Waffenbehörden und ein **verschärftes Waffengesetz** auf Bundesebene.

103 Die neue Rechte versucht, sich durch lose Strukturen unbemerkt zu machen und
 104 die Verantwortung durch den Verweis auf „Einzeltäter“ von sich zu schieben. Wir
 105 GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die **Sicherheitsbehörden den neuen**
 106 **Erscheinungsformen von Rechtsterrorismus stärker Rechnung tragen.**

107 Wir GRÜNE wollen den Menschen helfen, die von rechtem Hass betroffen sind. Dies
 108 gilt auch für Kommunalpolitiker*innen und die engagierte Zivilgesellschaft, die
 109 sich ehrenamtlich für unser aller Wohl einsetzen und immer wieder attackiert
 110 werden. Wir haben bereits erreicht, dass der **Schutz gegen üble Nachrede und**
 111 **Verleumdung im Strafrecht auf Kommunalpolitiker*innen ausgeweitet** wird. Diesen
 112 Schutz wollen wir weiter ausbauen und auf Prävention setzen. Adressen von
 113 politisch aktiven Menschen müssen noch stärker geschützt werden.

114 Gerade politisch aktive Frauen werden im Netz Opfer von sexualisierter Gewalt;
 115 Antifeminismus ist Teil rechter Ideologie. Wir GRÜNE werden entschieden jedweden
 116 Hass im Netz und digitaler **Gewalt gegen Frauen und Mädchen entgegentreten**. Wir
 117 unterstützen deshalb **Initiativen zur strafrechtlichen Verfolgung** von
 118 Hasskommentaren. Dafür müssen Strafverfolgungsbehörden beispielsweise durch
 119 Fortbildungen noch stärker für sexualisierte, digitale Gewalt sensibilisiert
 120 werden.

121 **Rechtes Gedankengut raus aus Behörden**

122 Wir GRÜNE kämpfen nach wie vor dafür, dass keine rechte Partei im Landtag und in
 123 der Kommunalpolitik vertreten ist. Zudem darf es **keine Anhänger*innen mit**
 124 **rechtem und demokratiefeindlichen Gedankengut im öffentlichen Dienst** geben –
 125 weder in den Gremien der Landesverwaltung noch in den Sicherheitsbehörden. Dazu
 126 werden wir weitere rechtliche Möglichkeiten im Landesdisziplinargesetz prüfen.
 127 Darüber hinaus brauchen wir – neben einem internen Prozess – eine unabhängige
 128 wissenschaftliche Untersuchung zu rechten Einstellungen bei der Polizei. Diese
 129 Studie kann uns wichtige Hinweise für zielgerichtete Prävention bei der Polizei
 130 liefern. Für Kommunen wollen wir ein neues **Förderprogramm Kommunen ohne**
 131 **Rassismus – Kommunen mit Courage** starten.

132 Rassismus aktiv verlernen

133 Rassismus fängt in den Köpfen der Menschen an. Bereits in jungen Jahren werden
134 Vorurteile erlernt. Dabei hat Sprache einen entscheidenden Einfluss auf das
135 Denken der Menschen. Deswegen wollen wir erreichen, dass der **Begriff „Rasse“ aus**
136 **der rheinland-pfälzischen Landesverfassung** verschwindet. Es gibt keine Rassen,
137 sondern nur Menschen. Wir werden eine Formulierung suchen und finden, die aktiv
138 vor Diskriminierung schützt. Mit einer sprachlichen Anpassung in der Verfassung
139 ist das Problem aber nicht gelöst. Wir müssen **Rassismus aktiv verlernen**. Dafür
140 werden wir bestehende **Programme gegen Rassismus** stärken und ausbauen. Bisher
141 wurde in Rheinland-Pfalz zu wenig zu diesem Thema geforscht. Deshalb halten wir
142 einen in regelmäßigen Abständen erarbeiteten **wissenschaftlichen Bericht über**
143 **Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** in Rheinland-Pfalz für
144 unbedingt erforderlich.

LTWP-12 12. Gesicherte Freiheit – Handlungsfähiger Rechtsstaat

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Wir GRÜNE sind eine Partei für **Menschen- und Bürgerrechte**. Das Recht auf freie
2 Entfaltung der Persönlichkeit, die Versammlungsfreiheit oder die
3 Gleichberechtigung von Mann und Frau sind für uns hohe Güter und Maßstab unserer
4 Politik. **Öffentliche Sicherheit** trägt dazu bei, dass wir diese Rechte
5 durchsetzen können und sich jede*r frei entfalten kann. Ohne Sorge vor
6 Kriminalität, Anfeindung oder Gewalt zu sein, ist ein großes Stück Freiheit.
7 Deshalb wollen wir einen **modernen, handlungsfähigen und zugleich freiheitlichen**
8 **Rechtsstaat**. Dazu gehört Vertrauen in die staatlichen Institutionen.

9 Wir wollen, dass alle Menschen gleich vom Staat behandelt werden, unabhängig von
10 ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung, ihres
11 Geschlechts, ihrer Religion oder ihrem Bildungsgrad. Um dies zu erreichen,
12 wollen wir die sicherheitspolitischen Strukturen in Rheinland-Pfalz und die
13 Rechte der Menschen gegenüber dem Staat stärken. Dazu zählt für uns auch eine
14 **bürgernahe Polizei**. Mit der Online-Wache der Polizei haben wir bereits einen
15 einfach zugänglichen Service auf den Weg gebracht, der es ermöglicht, digital
16 Strafanzeige von zuhause aus zu erstatten statt auf einer Polizeidienststelle.
17 Vertrauen kann nur gestärkt werden, wenn auch **Transparenz** gegeben ist. Daher
18 haben wir den Verfassungsschutz umfassend reformiert, seine Aufgaben transparent
19 und effizient geregelt sowie die Kontrolle durch das Parlament massiv
20 ausgeweitet.

21 Wir wollen das Vertrauen in die Öffentliche **Sicherheit** auch durch eine
22 **faktenbasierte Innenpolitik** steigern, zum Beispiel mit Hilfe eines periodischen
23 Sicherheitsberichts. Denn alle Maßnahmen müssen sich an wissenschaftlichen
24 Erkenntnissen orientieren und für die Bürger*innen durch relevante Informationen
25 auch nachvollziehbar sein.

26 **Polizei: Bürgernah, transparent und gut ausgestattet**

27 Ein elementarer Bestandteil der Sicherheitsstruktur in unserem Land ist die
28 **Polizei**. Sie steht vor komplexen Herausforderungen. Daher wollen wir das
29 **Polizeipersonal nachhaltig aufstocken**. Polizist*innen brauchen Entlastung,
30 Tarifangestellte Perspektiven. Mehr Arbeit muss auf mehr Schultern verteilt
31 werden. Deswegen fordern wir eine **Mindeststärke an Polizeibeamt*innen** für
32 Rheinland-Pfalz. Dafür ist eine wissenschaftlich fundierte **langfristige**
33 **Gesamtpersonalplanung** nötig. Handlungsbedarf sehen wir sowohl bei der
34 Einsatzverpflegung als auch bei der technischen Ausstattung. Auch braucht die
35 Polizei genügend personelle Ressourcen. Nicht selten ist der Erfolg der
36 Polizeiarbeit abhängig von der Häufigkeit und Intensität der Kontrollen.

37 Wir GRÜNE setzen auf eine **nahbare Bürgerpolizei**. Dafür wollen wir das
38 Stellenprofil der **Bezirksbeamt*innen** ausbauen. Ein guter Draht zur Bevölkerung
39 und **vernetzte Akteur*innen** im Sicherheitsbereich sind Voraussetzungen für eine
40 erfolgreiche Polizeiarbeit. Deswegen wollen wir die **Kriminalpräventiven Räte**
41 **stärken**, in denen Vertreter*innen der Kommunen, Ehrenamtliche und Polizei
42 zusammenkommen.

43 **Soziale Kompetenzen und Transparenz**

44 Rheinland-Pfalz ist das erste Bundesland mit einer demokratisch gewählten
45 unabhängigen **Beauftrag*en für die Landespolizei**. Bürger*innen und
46 Polizist*innen können sich an sie wenden, wenn sie Kritik oder Anregungen
47 loswerden wollen. Damit haben wir **Transparenz und eine offene Fehlerkultur**
48 institutionalisiert. Für ein **gutes Miteinander** soll der*die Beauftragte für die
49 Landespolizei noch stärker als Mediator*in wirken. Insbesondere, wenn kritische
50 Demonstrationen bevorstehen, brauchen wir proaktives Handeln, das der*die
51 Landesbeauftragte* leisten könnte. In diesem Zusammenhang wollen wir GRÜNE
52 prüfen, ob Rheinland-Pfalz ein eigenes Versammlungsgesetz braucht.

53 Die Polizei muss gut ausgebildet und motiviert sein. Bei der **Aus- und**
54 **Fortbildung** muss der Fokus auf **interkulturellen Kompetenzen und Diversität**
55 liegen, ebenso auf **Demokratiebildung**, um rechten Tendenzen bei den
56 Sicherheitsbehörden vorzubeugen. Die **Kommission Innere Führung** beschäftigt sich
57 mit den internen Abläufen und der Führungsverantwortung in der Polizei. Damit
58 sie handlungssicher in allen Situationen ist, wollen wir das Thema
59 **Deeskalationsstrategien** stärker verankern.

60 **Polizei als gute Arbeitgeberin**

61 Die **Frauenförderung in der Polizei** hat für uns besondere Priorität. Wir brauchen
62 mehr wissenschaftliche Forschung zum Aufstieg beziehungsweise Nicht-Aufstieg von
63 Frauen bei der Polizei. Auf Basis dieser Fakten wollen wir die Förderung von
64 Frauen verstärken. Dabei soll **Führen in Teilzeit** keine Ausnahme mehr sein,
65 sondern gelebte Realität.

66 Wir wollen die **Vereinbarkeit von Familie und Polizeiberuf** deutlich stärken. Die
67 Polizeiarbeit zeichnet sich durch lange Arbeitszeiten, unvorhersehbare Einsätze,
68 die Arbeit im Wechselschichtdienst und langen Fahrtstrecken in der Aus- und
69 Fortbildung aus. Wir streben den **mobilen Arbeitsplatz** an, damit die Sacharbeit
70 nach einem Polizeieinsatz auch von zu Hause erledigt werden kann. Ebenso
71 unterstützen wir flexible Modelle der Kinderbetreuung für Dienststellen.

72 Wir GRÜNE kümmern uns auch um die **psychische und physische Gesundheit der**
73 **Polizei**. Dies tun wir nicht nur, um die staatliche Fürsorgepflicht zu erfüllen,
74 sondern auch, damit in hitzigen Situationen ein kühler Kopf bewahrt werden kann.
75 Zudem bringt der Polizeiberuf viel Vergeblichkeitserfahrung mit sich. Damit und
76 anderen schlimmen Erlebnissen wollen wir Polizist*innen nicht allein lassen und
77 bauen deshalb auf eine **proaktive Supervision**. Es muss in regelmäßigen Abständen
78 Gespräche geben. Auch die – wegen des Projekts **Gesünder arbeiten in der Polizei**
79 **(GAP)** – geänderten Wechselschichtdienstmodelle wollen wir optimieren.

80 **Kriminalität wissenschaftlich bei der Wurzel packen**

81 Wir GRÜNE stehen für eine **faktenbasierte Sicherheitspolitik**. Durch gesicherte
82 Informationen zur Kriminalität wollen wir Falschbehauptungen und rechten Parolen
83 den Nährboden entziehen. Ein gesetzlich verankerter **Periodischer**

84 **Sicherheitsbericht** könnte konkrete Hinweise geben, wo genau wir hinschauen und
85 anpacken müssen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet durch ihre
86 Beschränkung auf das Anzeigeverhalten immer nur einen Trend ab, ein periodischer
87 Sicherheitsbericht könnte die Kriminalitätsslage umfassender darstellen. Verortet
88 werden könnte er bei der **Hochschule der Polizei**, dadurch würde diese auch als
89 Wissenschaftsstandort gestärkt.

90 **Bürgerrechte und Prävention**

91 Die Polizei in Rheinland-Pfalz soll handlungsfähig bleiben. Dafür braucht sie
92 effektive Befugnisse. Wir GRÜNE achten stets auf Bürgerrechte und
93 Verhältnismäßigkeit bei den Eingriffsbefugnissen der Polizei. Die
94 **Onlinedurchsuchung** wird kaum genutzt, weil die rechtlichen Voraussetzungen nicht
95 einhaltbar sind. Wir wollen diese Regelung daher streichen. Rechtlich kritisch
96 sehen wir auch die **Vorratsdatenspeicherung** und den **Einsatz der Bodycam in**
97 **Wohnungen**, weil damit ein massiver Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung
98 verbunden ist. Zudem positionieren wir uns gegen die **biometrische**
99 **Gesichtserkennung** und die massive Ausweitung der Videoüberwachung.

100 Gewalt lehnen wir entschieden ab. Wir halten an unserem Grundsatz fest:
101 **Prävention ist besser als Repression**. Deswegen unterstützen wir präventive
102 Täterarbeit, Gewaltpräventionsprogramme, das Erlernen gewaltfreier Kommunikation
103 und die Arbeit der Leitstellen Kriminalprävention. Zudem soll ein bewusster
104 **Umgang mit Opfern** bei der Aufarbeitung helfen. Dabei haben wir insbesondere die
105 Opfer von Gewalt in engen sozialen Beziehungen und sexualisierter Gewalt im
106 Auge. Das rheinland-pfälzische **Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen**
107 **sozialen Beziehungen (RIGG)** sowie das **High Risk Management** bei Fällen von
108 häuslicher Gewalt bringen alle Verantwortlichen an einen Tisch. Polizei,
109 Gerichte, Jugendämter, Frauenhäuser und Täterarbeitseinrichtungen kooperieren
110 eng miteinander, um häusliche Gewalt frühzeitig zu erkennen, rechtzeitig zu
111 verhindern und Opfern zu helfen. Die bestehenden Angebote wollen wir um eine
112 Anlaufstelle für von Gewalt in engen sozialen Beziehungen betroffene Männer
113 ergänzen.

114 Ein effektiver **polizeilicher Informationsaustausch** mit Kolleg*innen aus anderen
115 Bundesländern ist genauso wichtig wie ein internationaler Austausch zwischen
116 Strafverfolgungsbehörden. Wir GRÜNE unterstützen die Schaffung notwendiger
117 Strukturen und setzen dabei auf Datensparsamkeit und Transparenz. **Datenabfragen**
118 **müssen verfolgbar** sein, um Missbrauch zu verhindern. Datenschutz ist kein Stein,
119 der in den Weg einer erfolgreichen Gefahrenabwehr gelegt wird, sondern eine
120 grundrechtssichernde Voraussetzung, die eine Gefahrenabwehr erst ermöglicht. Die
121 **Aufbereitung, Auswertung und Analyse von Daten** aus polizeilichen Systemen kann
122 den Polizist*innen wichtige und notwendige Erkenntnisse liefern, um auf
123 zielgerichtete Maßnahmen und genaue Lagebeurteilungen vorzunehmen. Wie in allen
124 polizeilichen Bereichen müssen auch hier die Prinzipien der Verhältnismäßigkeit
125 und Transparenz gelten. Grundlegende Bürger*innenrechte und der Schutz der
126 Privatsphäre müssen gewahrt werden und dürfen nicht leichtfertig eingeschränkt
127 werden. Unter dem Aspekt der digitalen Souveränität sollen Sicherheitsbehörden
128 Analysesoftware zukünftig selbst mitentwickeln und mit europäischen Anbietern
129 zusammenarbeiten.

130 Sportliche Großveranstaltungen müssen sicher sein. Das ist für uns GRÜNE klar.
131 Dafür muss die bisherige Praxis der Datenerhebung „**Szenekundiger Polizeibeamter**“
132 (**SKB-Dateien**) auf den Prüfstand, um mehr Transparenz, Datenschutz und

133 Wirksamkeit zu erreichen. Betroffene der Datenspeicherung sollen bei einer
 134 Eintragung benachrichtigt werden, damit sie Rechtschutz geltend machen können.
 135 Eine Benachrichtigungspflicht entfaltet gleichzeitig präventive Wirkung für mehr
 136 **Sicherheit im Stadion**. Die Datei „**Gewalttäter-Sport**“ ist hingegen unpräzise. Wir
 137 wollen diese unnütze Verbunddatei abschaffen.

138 Für die Abwehr von Gefahren ist auch der **Kommunale Vollzugsdienst** zuständig. Wir
 139 wollen die Ausbildung reformieren, denn zurzeit umfasst sie lediglich zehn
 140 Wochen. Eine nachhaltigere Wissensvermittlung kann einen besseren Schutz für die
 141 öffentliche **Sicherheit** in den Kommunen garantieren. Gleichzeitig sollen der
 142 Kommunale Vollzugsdienst und die Polizei weiter eigenständige, unterscheidbare
 143 Instanzen bleiben. Eine Aufrüstung des Kommunalen Vollzugsdienstes mit Distanz-
 144 Elektroimpulsgeräten lehnen wir ab.

145 **Verfassung schützen**

146 Feinden unserer demokratischen Grundordnung sagen wir weiter den Kampf an. Dazu
 147 gehört eine intensive Präventionsarbeit, beispielsweise gegen **islamistischen und**
 148 **rechten Terror**. Die Sicherheitsbehörden in unserem Land müssen eng mit Bund und
 149 Ländern zusammenarbeiten. Wir wollen die bestehenden Präventionsangebote gegen
 150 Demokratiefeindlichkeit erhalten, dazu gehören Programme zur Deradikalisierung
 151 junger Menschen, Beratung von Angehörigen, Bildungseinrichtungen und
 152 Ausstiegshilfen. Es darf erst gar nicht zu einer Radikalisierung kommen.

153 Der **Verfassungsschutz** ist ebenfalls Teil der Sicherheitsstruktur in Rheinland-
 154 Pfalz. Als Frühwarnsystem dient er dem Schutz unserer Werte wie Freiheit,
 155 Gleichheit, Vielfalt und Toleranz. Wir haben den Landesverfassungsschutz
 156 umfassend reformiert und die parlamentarische Kontrolle massiv ausgeweitet. Die
 157 Befugnisse des Verfassungsschutzes haben wir transparent geregelt und angepasst.
 158 Wir werden die Umsetzung des neuen Landesverfassungsschutzgesetzes kritisch
 159 begleiten.

160 **Justiz zeitgemäß weiterentwickeln**

161 Eine wesentliche Säule unseres freiheitlichen Rechtsstaats ist die **Justiz**. An
 162 den Gerichten haben wir neue Stellen geschaffen und die **eAkte** eingeführt. Mehr
 163 Rechtspfleger*innen und Justizwachtmeister*innen sollen die Funktionsfähigkeit
 164 der Gerichte und die **Sicherheit** in den Gerichtsgebäuden gewährleisten. Neue
 165 Kriminalitätsbereiche erfordern eine angemessene Zahl an Richter*innen,
 166 Staatsanwält*innen und Rechtspfleger*innen. Bei der **Aus- und Fortbildung** wollen
 167 wir unserer **Justiz** immer wieder aktualisierte Erkenntnisse über eine effektive
 168 Strafverfolgung und Ahndung vermitteln. Bereiche wie **Cybercrime** erfordern ein
 169 ständiges Update der vorhandenen Kenntnisse.

170 **Für einen humanen Strafvollzug**

171 Wir GRÜNE stehen für einen **humanen** und auf **Resozialisierung ausgelegten**
 172 **Strafvollzug**, in dem Menschen befähigt werden, ein straffreies Leben in sozialer
 173 Verantwortung zu leben. Durch eine frühzeitige Unterbringung im **offenen Vollzug**
 174 können soziale Beziehungen und der Arbeitsplatz erhalten bleiben. Damit das
 175 gelingt, wollen wir GRÜNE die Kapazitäten im offenen Vollzug ausbauen. Ein
 176 besonderes Augenmerk legen wir auf das **Übergangsmangement**. Nach abgesessener
 177 Strafe soll der Start in die Freiheit möglichst reibungslos verlaufen, um
 178 Rückfälle zu vermeiden. Durch engmaschige Betreuungsangebote vor, nach und
 179 während der Haftzeit kann der Übergang verbessert werden. Den Justizvollzug
 180 wollen wir durch mehr Personal entlasten und **Ersatzfreiheitsstrafen** vermeiden.

181 Im Bereich der Jugendkriminalität verfolgen wir einen pädagogischen Ansatz. Wir
182 wollen die **Häuser des Jugendrechts** in den Regionen stärken und ausbauen. Dort
183 sitzen Polizei, Justiz und soziale Träger an einem Tisch, um delinquente
184 Jugendlichen zu unterstützen.

185 **Feuerwehr und Hilfsorganisationen stärken**

186 Für die Sicherheit in unserem Land sorgt auch die haupt- und ehrenamtliche
187 **Feuerwehr**. Ihre Angehörigen bilden das Rückgrat des **Brand- und**
188 **Katastrophenschutzes** in Rheinland-Pfalz. Weit über die Hälfte der
189 Feuerwehrkräfte sind ehrenamtliche Aktive. Ihr Engagement wollen wir GRÜNE
190 weiterhin fördern, um eine effektive Gefahrenabwehr zu garantieren. Insbesondere
191 wollen wir **Nachwuchs gewinnen**, damit die Feuerwehr auch in Zukunft gut
192 aufgestellt ist. Neben der Feuerwehr sorgen der hochkompetent aufgestellte
193 **Rettungsdienst** und die **Hilfsorganisationen** für die öffentliche **Sicherheit** in
194 Rheinland-Pfalz. Wir müssen attraktive Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche und
195 Nachwuchskräfte bieten. Da sie einen Teil der staatlichen **Daseinsfürsorge**
196 leisten, können sie auf eine Unterstützung durch uns GRÜNE zählen.

LTWP-13 13. Lebendige Kultur – Vielfältige Medienlandschaft

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Kultur ist das Entstehen von Neuem und das Neuentdecken von Altbekanntem. Kultur
2 ist nach unserem Verständnis kein Sahnehäubchen, sondern Lebensmittel. Sie
3 stiftet Identität, weckt Erinnerung oder kann Gefühlswelten Ausdruck verleihen.
4 Grüne Kulturpolitik beruht auf dem Grundverständnis, dass **Kultur elementarer**
5 **Bestandteil menschlichen Zusammenlebens** ist. Kunst, Kultur aber auch freie
6 Medien dürfen nicht politisch instrumentalisiert werden.

7 Die Kulturförderung des Landes ist seit Jahrzehnten kaum angerührt worden: Wir
8 wollen sie aufwecken und ein **neues Kulturgesetz** verabschieden, das in Land und
9 Stadt Raum für kreative Ideen schafft und ein modernes Kultur- und
10 Freizeitangebot fördert. Kultur und Medien sollen **frei in ihrem Schaffen** sein.
11 Sie sind Sprachrohr unserer Demokratie und unserer Meinungsfreiheit, unseres
12 Lebensgefühls, unserer Wünsche, Träume und Ängste.

13 Für uns GRÜNE hat es deshalb höchste Priorität, ihre Unabhängigkeit zu erhalten.
14 Besonders werden wir uns weiter für eine **bunte, moderne und barrierefreie**
15 **Medienlandschaft** einsetzen, die es allen Menschen ermöglicht, mitzusprechen und
16 sie für die Zukunft mitzugestalten.

17 **Kultur hält uns am Leben – Kultur am Leben halten**

18 Kultur bereichert uns. Sie verändert unseren Blick auf die Welt und weitet den
19 Horizont. Kultur hilft uns, Neues zu verstehen und Bekanntes neu zu entdecken.
20 Weil die Auseinandersetzung mit Kunst all diese Dinge vermag, verdienen die
21 Kulturschaffenden unseres Landes unsere besondere Aufmerksamkeit und Förderung.

22 Die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie anfällig Kultur für ökonomische Krisen
23 ist. Gleichzeitig haben wir mehr denn je gespürt, dass Kultur das Leben
24 lebenswert macht. Viele von uns haben in Zeiten des Abstandhaltens mehr gelesen,
25 Filme gesehen oder Musik gehört und daraus Zuversicht und Halt geschöpft. Die
26 Auseinandersetzung mit unserem Dasein ist essenziell für unser Menschsein.

27 Kultur bringt Menschen zusammen. Die Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der
28 Coronakrise haben deshalb das kulturelle Leben besonders hart getroffen. Das
29 gilt auch für die Kulturschaffenden und alle, die durch ihre Arbeit Kultur
30 möglich machen - beispielsweise im Ticketverkauf oder beim Aufbau und Einsatz
31 der Veranstaltungstechnik. In vielen Bereichen wie der Clubkultur, der
32 Musikszene und der Eventbranche gab es auch im Zuge der Lockerungen und durch
33 angepasste Konzepte kaum Möglichkeiten, dem massiven Einbruch wirksam
34 entgegenzutreten. Deshalb setzen wir uns weiter für einen bundesweiten
35 **Rettungsfonds ein, um Kulturschaffende und Soloselbstständige** zu unterstützen,
36 deren Einkommen durch Veranstaltungsabsagen und ausbleibende Engagements
37 weggebrochen sind.

38 Kulturförderung neu denken

39 Seit beinahe 30 Jahren hat sich die Kulturförderlandschaft in Rheinland-Pfalz so
40 gut wie nicht verändert. Zwar haben wir es in den vergangenen Jahren geschafft,
41 einige neue Elemente wie das Programm „Jedem Kind seine Kunst“ zu integrieren,
42 doch bei der grundlegenden Verteilung der Mittel hat sich wenig getan. Um die
43 Kulturförderung des Landes transparenter und passgenauer zu gestalten, wollen
44 wir in der kommenden Wahlperiode eine **Enquetekommission** einsetzen. Gemeinsam mit
45 Akteur*innen aus der Praxis, Künstler*innen, Kulturschaffenden und
46 Kulturer möglicher*innen möchten wir diskutieren, wie eine gerechte und
47 krisensichere Finanzierung der Kultur hierzulande aussehen könnte. Ziel des
48 Prozesses ist die Entwicklung eines rheinland-pfälzischen **Kulturgesetzes**, das
49 das Land und die Kommunen gemeinsam in die Pflicht nimmt. Die Zeit, bis dieses
50 Kulturgesetz in Kraft tritt, möchten wir nutzen, um mit den Kommunen gemeinsam
51 Zielvereinbarungen über **kommunale Kulturbudgets** zu treffen. Gleichzeitig setzen
52 wir uns dafür ein, dass der Kulturretat des Landes jährlich um die Höhe der
53 Inflationsrate steigt und diese Mittel direkt an die geförderten Projekte und
54 Einrichtungen weitergegeben werden.

55 Stadt – Land – Kunst

56 Die Chancen und Herausforderungen für Kulturschaffende gestalten sich in Stadt
57 und Land sehr unterschiedlich. Während in den Städten steigende Mieten und
58 zunehmende Raumnot die Handlungsspielräume von Künstler*innen zusehends
59 verkleinern, sehen sich Kulturschaffende im ländlichen Raum einem alternden
60 Publikum gegenüber und haben auch selbst oft Schwierigkeiten,
61 Generationenwechsel in ihren Einrichtungen zu meistern.

62 Besonders in den Blick nehmen möchten wir die **Freie Szene** unseres Landes. In der
63 Corona-Krise hat sich weiter gezeigt, dass wir Sicherungskonzepte für diese
64 wirtschaftlich vulnerable Gruppe benötigen. Im Zuge der oben erwähnten
65 Enquetekommission sollen deshalb insbesondere auch Stimmen aus der Freien Szene
66 Gehör finden. Förderlücken wollen wir schließen, indem wir ein **Förderinstrument**
67 für die Finanzierung von Strukturkosten etablieren und Möglichkeiten für
68 überjährige Förderzeiträume prüfen. Wir wollen auch Standards für die freie
69 Szene festlegen, indem wir die Bezahlung nach Tarif in den Förderkriterien für
70 Landesförderungen verankern.

71 Rheinland-Pfalz hat gemessen an seiner Größe und Bevölkerungsdichte eine in
72 Deutschland einmalig hohe Zahl an **Bibliotheken**. Im ländlichen Raum sind sie
73 häufig die ersten und manchmal auch einzigen kulturellen Anlaufstellen. Wir
74 wollen sie dabei unterstützen, ihr Angebot breiter aufzustellen. Bibliotheken
75 sollen Orte sein, in denen sich alle Altersgruppen wohl und willkommen fühlen,
76 die Gelegenheit zum Austausch bieten und die uns mit ihren Angeboten dazu
77 einladen, Neues zu entdecken. Auch **Räumlichkeiten für bürgerschaftliches**
78 **Engagement** und weitere Kultur- oder Bildungsangebote können helfen, Bibliotheken
79 zu echten Ankerpunkten in der Region zu machen. Als Anreiz und gleichzeitig
80 Auszeichnung für besonders gelungene Konzepte möchten wir einen rheinland-
81 pfälzischen **Bibliothekspreis** etablieren.

82 Wir wollen auch die **soziokulturellen Zentren** in unserem Land unterstützen, da
83 sie die Vielfalt der Kultur im ganzen Land erlebbar machen. Bei vielen von ihnen
84 steht in den kommenden Jahren ein Generationenwechsel an. Diesen Prozess wollen
85 wir intensiv begleiten, indem wir die bestehenden Beratungsangebote überprüfen
86 und wenn nötig, weiterentwickeln.

87 Die Clubkultur ist wichtiger Bestandteil der kulturellen Vielfalt in unseren
88 Städten und ländlichen Regionen. **Clubs und Livebühnen** sind die Labore, in denen
89 sich neue künstlerische Richtungen und Szenen entwickeln. Wir wollen, dass Clubs
90 und Livebühnen auch baurechtlich **als Kultureinrichtungen anerkannt** werden und
91 nicht weiter wie beispielsweise Spielhallen als 'Vergnügungsstätten' behandelt
92 werden.

93 Chöre und Musikvereine sind wichtige Motoren für die Kultur in allen Regionen.
94 Sie wollen wir weiterhin unterstützen und ihnen im Zuge der
95 Ganztagschulentwicklung Möglichkeiten geben, ihre Zielgruppen auch künftig zu
96 erreichen. Bereits im letzten Haushalt haben die Musikschulen zusätzliche Mittel
97 vom Land erhalten. Gemeinsam mit den Kommunen möchten wir einen **Zukunftspakt für**
98 **faire Arbeitsbedingungen in Musikschulen** vereinbaren und damit sicherstellen,
99 dass Lehrkräfte an Musikschulen in Zukunft wieder häufiger fest angestellt
100 werden. Die in der Corona-Krise eingerichtete **Förderung für Programmkinos**
101 möchten wir verstetigen, sodass Kinos kontinuierlich in die Lage sind, nötige
102 Investitionen zu tätigen und Bundesmittel einzuwerben.

103 **Kultur für alle**

104 Kultur entsteht nicht im geschichtsfreien Raum. In den vergangenen Jahren haben
105 wir die Gedenkstätten, die sich mit der **Aufarbeitung des Nationalsozialismus**
106 beschäftigen, finanziell und personell besser aufgestellt. Bislang hat die
107 Aufarbeitung des kolonialen Erbes in Rheinland-Pfalz noch nicht die nötige
108 politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit erhalten. In Zukunft wollen wir
109 die Aufarbeitung der musealen und universitären Sammlungen stärker unterstützen
110 und weitere Maßnahmen zur **Aufarbeitung der europäischen Kolonialvergangenheit**
111 fördern. Kulturelle Initiativen und Projekte, die der Perspektive von Menschen
112 mit Migrationshintergrund und Angehörigen von Minderheiten in unserer
113 Gesellschaft Raum geben, wollen wir dabei besonders unterstützen. Die kulturelle
114 Landschaft soll die Interkulturalität unseres Landes abbilden und weiter
115 voranbringen.

116 Wir möchten sicherstellen, dass alle Menschen in unserem Land Zugang zu Kunst
117 und Kultur haben. Bei der Entwicklung von Sozialtickets in allen Regionen des
118 Landes sollen **starke Vergünstigungen für kulturelle Angebote** ein Weg sein, um
119 Menschen mit geringem Einkommen soziale Teilhabe zu ermöglichen. Wir
120 unterstützen auch **regionale Angebote** für Menschen mit geringem Einkommen wie
121 KulturLeben Rheinhessen.

122 Erfolgreiche Projekte für junge Menschen wie **Jedem Kind seine Kunst** werden wir
123 weiter ausbauen. Zusätzlich wollen wir dafür sorgen, dass jedes Kind an jedem
124 Ort in Rheinland-Pfalz mindestens einmal pro Kita- oder Schuljahr eine
125 kulturelle Veranstaltung besucht. Nicht zuletzt möchten wir die
126 **Kulturinstitutionen weiter für Menschen mit Behinderungen öffnen**. Auch
127 Kulturgenuss geht für uns selbstverständlich nicht auf Kosten des Klima- und
128 Umweltschutzes. Deshalb unterstützen wir nicht zuletzt **ökologisch sinnvolle**
129 **Modernisierungen** im Kulturbereich, beispielsweise bei der Technik, dem Fuhrpark
130 und der Gebäudemodernisierung.

131 **Demokratie braucht Medienvielfalt**

132 Rheinland-Pfalz ist das Land der Bürgermedien und offenen Kanäle. Bürger*innen
133 gestalten die bunte und regionale Medienlandschaft aktiv mit. Vielfalt findet
134 sich in den Programminhalten und unter den Medienschaffenden. Die

135 Barrierefreiheit ist im öffentlich-rechtlichen sowie im privaten Rundfunk eine
136 Selbstverständlichkeit. Online wie offline steht den Bürger*innen ein
137 vielfältiges Medienangebot zur Verfügung. Das ist die Medienpolitik, die wir
138 GRÜNE in Rheinland-Pfalz vertreten.

139 Wir GRÜNE unterstützen die Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten der Länder. Beim
140 SWR wollen wir den **Bildungs- und Kulturauftrag** stärken und die **Barrierefreiheit**
141 ausbauen. Unsere Ziele sind 100 Prozent Untertitel im Fernsehen, mehr
142 Audiodeskription und mehr Gebärdensprache. Ebenso wollen wir eine stärkere
143 **ökologische, nachhaltige Gestaltung** der Medienangebote. Durch die
144 fortschreitende **Digitalisierung** können Bürger*innen von überall und zu jeder
145 Zeit auf die vielfältigen Angebote in den Mediatheken zugreifen. Hier muss der
146 Rundfunk mithalten.

147 Zur Sicherung der Meinungsvielfalt im privaten Fernsehen wollen wir GRÜNE an den
148 **Drittsendezeiten** festhalten. Wir möchten das digitale Ehrenamt stärken und
149 unterstützen deswegen die offenen Kanäle im Land. Netzinhalte wirken auf die
150 Meinungsbildung. Deswegen sollen für rundfunkähnliche Medien und Plattformen
151 ähnliche Regeln gelten wie für den konventionellen Rundfunk.

152 Ein besonderes Anliegen ist für uns GRÜNE der Jugendmedienschutz. Wir wollen
153 **medienpädagogische Programme** ausbauen, um die Medienkompetenz zu stärken. Den
154 Jugendschutz wollen wir für alle Medien weiterentwickeln und setzen auf einen
155 **einheitlichen Kinder- und Jugendmedienschutz**, der nicht entlang der Medienart
156 divergiert. Bund und Länder müssen sich bei Beachtung der Zuständigkeiten auf
157 ein einheitliches Regelwerk einigen.

LTWP-14 14. Leistungsfähiger Staat – Solide Infrastruktur

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

1 Für uns GRÜNE steht **Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen vor kurzfristigem**
2 **Gewinnstreben**, um auch morgen unseren Kindern noch eine lebenswerte Zukunft
3 bieten zu können. Damit wir unsere Umgebung nachhaltig gestalten, müssen wir
4 gerade beim **Bauen und beim Planen** von Flächen den Klimaschutz stärker mitdenken.
5 Wir wollen Holz als Material bei Neubauten und der Modernisierung von Gebäuden
6 besonders fördern.

7 Unser Staat muss leistungsfähig sein und bleiben. Zu einer lebenswerten Zukunft
8 zählt für uns auch ein **gewissenhafter Umgang mit Steuergeldern und eine solide**
9 **Haushaltsplanung**, die wichtigen Herausforderungen, beispielsweise der Bekämpfung
10 der Klimakrise und der Corona-Pandemie, gerecht wird – ohne dabei nachkommenden
11 Generationen eine untragbare Last aufzubürden.

12 Grüne Politik hat den Anspruch, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben in
13 ihren **Kommunen** teilhaben können. Dazu gehört die **digitale und politische**
14 **Teilhabe** genauso wie der Zugang zu Informationen und zu Mobilität. Wir werden
15 die entsprechende **Infrastruktur fördern**, so unter anderem den digitalen Service
16 in den Verwaltungen ausbauen. Damit alle eine lebenswerte Zukunft mitgestalten
17 können.

18 **Nachhaltiges Haushalten**

19 In den vergangenen Jahren konnte Rheinland-Pfalz nicht nur den Landeshaushalt
20 ausgleichen, sondern Schulden abbauen und Rücklagen bilden. Diese **erfolgreiche,**
21 **nachhaltige Haushaltspolitik** ist das Ergebnis grüner Regierungsbeteiligung. Seit
22 2011 stehen wir für eine solide Finanzpolitik und haben den Landeshaushalt
23 aufgeräumt. Wir konnten verfassungsgemäß die Schuldenbremse einhalten. Doch auch
24 in der Haushaltspolitik hat die Coronakrise tiefe Spuren hinterlassen.

25 Die öffentliche Hand ist gefragt, dort zu unterstützen, wo Hilfe notwendig ist.
26 Das hat zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt. Wir haben auf Landesebene unser
27 Möglichstes getan und den **betroffenen Menschen, Kommunen, der Wirtschaft und dem**
28 **gesellschaftlichen Leben finanziell unter die Arme gegriffen**. Wir tun dies in
29 einem angemessenen Rahmen, denn auch das Land hat weniger Einnahmen in bislang
30 noch unbekanntem Ausmaß. Mit den vorgesehenen Hilfsprogrammen im Jahr 2020
31 können wir die rheinland-pfälzische **Volkswirtschaft stabilisieren**. Diese
32 außergewöhnlichen Ausgaben, die zur Bewältigung der Krise notwendig sind, sind
33 nur aufgrund der **soliden Haushaltsführung** der letzten Jahre möglich.

34 An der Idee der Schuldenbremse, die in der Krise ausgesetzt wurde, halten wir
35 fest. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ein **ausgeglichener Haushalt**
36 möglich ist. Die mühevollen Haushaltskonsolidierungen der vergangenen Jahre ist für
37 uns kein Selbstzweck: Es geht vielmehr um unsere **Verantwortung gegenüber**

38 **zukünftigen Generationen** und die damit verbundene Verpflichtung, nicht über
39 unsere Verhältnisse zu leben. Diese Verantwortung bedeutet aber auch: Wir dürfen
40 uns nicht auf Kosten der kommenden Generation kaputtsparen. **Investitionen in den**
41 **Klimaschutz** sind wichtig. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für die Weiterentwicklung
42 der Schuldenbremse ein, die im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien
43 zusätzliche Investitionen des Bundes – insbesondere in den Klimaschutz –
44 ermöglicht.

45 Für Rheinland-Pfalz soll in Zukunft verbindlich gelten: Keine klimaschädlichen
46 Investitionen mit Landesmitteln. Die Bekämpfung der Klimakrise ist ein
47 Querschnittsthema über alle Politikfelder. Auch in der Finanzpolitik müssen wir
48 das Thema vorantreiben. Die neu beschlossene Anlagenrichtlinie für die
49 Versorgungsrücklage des Landes legt fest: Aktienkäufe aus Landesgeldern für
50 klimaschädlichen Investitionen in Kohle, Öl- und Gas sind ausgeschlossen. Für
51 uns ist klar: Auf landes- und kommunaler Ebene müssen weitere Initiativen
52 folgen. Wir brauchen eine **gesetzlich verankerte Divestment-Strategie** für
53 Landesstiftungen, Landesbeteiligungen und ein Beratungssystem für unsere
54 Kommunen.

55 **Faire Steuerpolitik**

56 Um finanziell sicher aufgestellt zu sein, braucht das Land in und nach der Krise
57 **verlässliche Einnahmen**. Deshalb werden wir GRÜNE uns auf Bundesebene für ein
58 **gerechteres Steuersystem** einsetzen, welches Steuern auf Kapital- und
59 Gewinneinkommen und auf große Vermögen erhöht. Gleichzeitig lehnen wir zum
60 jetzigen Zeitpunkt Steuersenkungen ab.

61 Die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten wie der CO₂-Steuer müssen an
62 die Bürger*innen zurückfließen, um Klima- und Umweltschutz und soziale
63 Gerechtigkeit miteinander zu verbinden.

64 Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und Sozialbetrug
65 werden wir konsequent bekämpfen. Deshalb unterstützen wir Initiativen des
66 Bundes, der EU oder auf internationaler Ebene, die zu mehr Steuergerechtigkeit
67 beitragen, **Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen austrocknen**.

68 **Steuergerechtigkeit** muss im Vollzug sichergestellt werden. Die rheinland-
69 pfälzische Steuerverwaltung sichert die Einnahmen des Landes und arbeitet
70 erfolgreich gegen Steuerhinterziehung. Deshalb wollen wir die Stellen im
71 Außendienst ausbauen, da sie mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit in
72 Rheinland-Pfalz sorgen.

73 Landesbeteiligungen müssen transparent sein. Wir konnten in den letzten Jahren
74 durchsetzen, dass sich das Land aus unnötigen Beteiligungen zurückgezogen hat,
75 indem der Flughafen Hahn sowie der Nürburgring verkauft wurden. Die **Kontrolle**
76 **der Landesbeteiligungen durch das Parlament** wollen wir verbessern.

77 **Digitale, zukunftsfähige Verwaltung**

78 Wir GRÜNE stehen für eine **digitale, bürgernahe und transparente Verwaltung**. In
79 einem Klick am Ziel: So soll der Behördengang der Zukunft aussehen. Der Service
80 des digitalen Bürgeramtes muss über eine App abrufbar, datenschutzkonform und
81 für alle Bürger*innen verständlich sein. Mit der Online-Wache der Polizei haben
82 wir bereits einen solchen Service auf den Weg gebracht. Wer beispielsweise einen
83 Diebstahl melden will, hat jetzt schon die Möglichkeit, das bequem digital zu
84 erledigen.

85 Eine **bürgerfreundliche Verwaltung ist eine aktiv kommunizierende Verwaltung**.
86 Bürgerfreundlichkeit bedeutet, Informationen und Zugänge **barrierefrei** und in
87 mehreren Sprachen sowie in **verständlicher und einfacher Sprache** anzubieten. Dazu
88 gehören auch Informationsmaßnahmen zu speziellen Themen. Verwaltung muss immer
89 offen für Anfragen und Anliegen von Bürger*innen sein. Unser Wunsch ist ein
90 Ticketsystem bei dem jede Anfrage online über ein Ticket gestellt wird, das
91 eindeutig zu zuordnen und nachzuverfolgen ist. So gelingt ein einfacher,
92 verlässlicher und digitaler Austausch mit der Verwaltung.

93 Die Einführung der **Elektronischen Akte** (E-Akte) vereinfacht die Abläufe intern
94 sowie zwischen der Verwaltung und den Bürger*innen. Gleichzeitig kommen wir dem
95 Ziel der **papierlosen Verwaltung** näher. Die Digitalisierung in der Verwaltung
96 muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Zukünftig sollen alle Landesbehörden
97 und -ämter mit offenen **WLAN-Hotspots** ausgestattet werden. Diese können auch von
98 Besucher*innen und Mitarbeiter*innen genutzt werden.

99 **Politik einfach zugänglich machen**

100 Politische Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Deshalb
101 möchten wir den Livestream der Landtagssitzungen auch auf die Ausschusssitzungen
102 ausweiten. **Transparenz und Nachvollziehbarkeit** gelingt nur, wenn Informationen
103 frei zugänglich sind. Ein großer grüner Erfolg für eine neue Kultur der
104 Offenheit und **Partizipation in den Verwaltungen** ist deshalb die Umsetzung des
105 Landstransparenzgesetzes. Wir wollen dieses weiterentwickeln, um die
106 **Veröffentlichungspflicht** auch für Kommunen und Hochschulen geltend zu machen.

107 Öffentliche Daten sollen über das Open-Government-Data-Portal Rheinland-Pfalz
108 einfach abrufbar sein. Die Plattform muss sich sprachlich und inhaltlich
109 deutlich mehr durch Bürgernähe auszeichnen und einen **barrierefreien digitalen**
110 **Zugang zu Informationen** erlauben, kommunal- und landespolitisch.

111 **Korruptionsprävention**

112 Korruptionsbekämpfung muss auf allen staatlichen Ebenen verfolgt werden. Dafür
113 brauchen wir verbindliche Regeln. Deshalb wollen wir das bestehende
114 Lobbyregister ausweiten und eine Karenzzeit von drei Jahren für Mitglieder der
115 Landesregierung sowie Spitzenbeamt*innen einführen. Wir wollen zudem den **Schutz**
116 **von Hinweisgeber*innen** gewährleisten. Ein anonymisiertes Hinweisgebersystem kann
117 dabei helfen, dass Korruptionsfälle in Landes- und kommunalen Behörden gemeldet
118 werden. Die bestehende Einrichtung der **Vertrauensanwält*innen als wichtige**
119 **unabhängige Anlaufstellen** muss bekannter gemacht werden.

120 **Gute Arbeit im Landesdienst**

121 Unsere Landesbeamt*innen leisten hervorragende Arbeit. Ihnen gelten unser Dank
122 und unsere Wertschätzung. Ausgedrückt haben wir das in den vergangenen Jahren
123 über eine **Steigerung der Beamtensoldung**. Das Land als Arbeitgeberin ist überdies
124 auch für das Wohlergehen am Arbeitsplatz zuständig. Wir wollen die
125 Arbeitsbedingungen der Landesbeamt*innen modernisieren und verbessern. Dazu
126 zählt für uns ein umfassendes **Gesundheitsmanagement**, ein flexibles Modell für
127 **Altersteilzeit**, eine einfachere Möglichkeit des Wechsels aus und in das
128 Beamtenverhältnis sowie die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten.

129 **Lebenslanges Lernen** wollen wir unseren Beschäftigten **ermöglichen**. Wir
130 unterstützen das bestehende breite Angebot des Landes an
131 Fortbildungsmöglichkeiten und sehen aktuell einen besonders hohen Bedarf für

132 **Qualifizierungsmaßnahmen im digitalen Bereich.** Die Coronakrise führte zu einem
133 riesigen Digitalisierungsschub in unserer Landesverwaltung. Bei diesem Prozess
134 wollen wir alle Landesbediensteten mitnehmen.

135 **Zukunftsfähige Kommunen**

136 Politik wird in unseren Kommunen greifbar. In unseren Städten, Gemeinden und
137 Kreisen wird unsere grüne klimafreundliche und sozial gerechte Idee konkret,
138 wenn es zum Beispiel um die Frage geht, ob ein Gewerbegebiet auf der grünen
139 Wiese geplant oder die Jugendarbeit ausgebaut wird. Für diese Entscheidungen
140 sind das **Recht auf kommunale Selbstverwaltung und eine bedarfsgerechte**
141 **Finanzausstattung** essenziell.

142 Kommunale Ratsentscheidungen müssen für Bürger*innen nachvollziehbarer werden,
143 beispielsweise durch Livestreaming oder informativere Protokolle der
144 Ratssitzungen. Mehr Transparenz in der Kommunalverwaltung heißt für uns aber
145 auch, dass Bürger*innen wissen müssen, welche **Nebentätigkeiten von**
146 **Bürgermeister*innen und Landrät*innen** ausgeübt werden und wie viel Geld sie
147 dafür bekommen. Dazu brauchen wir eine verbindliche gesetzliche Regelung im
148 Umgang mit und zur Veröffentlichung von Nebeneinkünften.

149 **Vereinbarkeit von Familie und Beteiligung schaffen**

150 Wir GRÜNE wollen die Arbeit in kommunalen Gremien **familienfreundlicher gestalten**
151 **und die Jugendbeteiligung verpflichtend verankern.** Dafür benötigen wir
152 Unterstützungsangebote für die Ausübung des Mandats für Menschen mit zu
153 betreuenden Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen. Ihnen sollen
154 Aufwendungen für die Betreuung erstattet werden.

155 **Kommunal Finanzen verbessern**

156 Wir wollen **lebenswerte und handlungsfähige Kommunen.** Deshalb müssen sie über
157 eine ausreichende **Finanzausstattung** verfügen. Aufgrund der Coronakrise ist die
158 finanzielle Lage der Kommunen nach einer positiven Entwicklung in den
159 vergangenen Jahren massiv ins Wanken geraten. Bund und Land haben Hilfsprogramme
160 aufgebaut, um die Einnahmeverluste der Kommunen abzufedern. Wir GRÜNE haben die
161 Hilfsprogramme des Bundes unterstützt, aber auch kritisiert, dass es noch immer
162 keine Lösung für das Problem der Altschulden gibt. Unser Ziel ist eine **stabile**
163 **finanzielle Lage der rheinland-pfälzischen Kommunen.** Deshalb müssen Land und
164 Bund ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber den **Kommunen** wahrnehmen.

165 Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) muss weiterhin konjunkturabhängig anwachsen.
166 Die Reform des KFA im Jahr 2018, bei der vor allem die hochverschuldeten Städte
167 bedacht wurden, zeigte positive Wirkung. Vor der Coronakrise konnten zahlreiche
168 Kommunen in Rheinland-Pfalz ihren **Haushalt ausgleichen** und mithilfe des
169 Kommunalen Entschuldungsfonds **Schulden abbauen.** Auf Landesebene wollen wir diese
170 gesetzlichen Stellschrauben im Blick behalten, damit nach der Coronakrise die
171 **positive Entwicklung fortgeschrieben wird.**

172 Auf Bundesebene fordern wir die Einhaltung des Konnexitätsprinzips und eine
173 **dynamische und dauerhafte Beteiligung** des Bundes in der Sozialgesetzgebung. Die
174 bisher geleisteten Pauschalen (Integration, Eingliederungshilfe etc.) sind nicht
175 ausreichend und bilden die Kosten nicht ab.

176 Wir setzen uns weiterhin für einen **Schuldenschnitt für hoch verschuldete Kommunen**
177 ein. Ein Altschuldenfonds, der jeweils zur Hälfte vom Bund und den Ländern

178 getragen wird, kann eine Lösung sein. Als Land sind wir bereit, unseren Teil zur
179 Lösung beizutragen.

180 Auch auf kommunaler Ebene fordern wir **Haushaltsdisziplin**. Die Zeiten für
181 prestigeträchtige Infrastrukturprojekte sind vorbei. Kommunen müssen ihre
182 Einnahmeseite in den Blick nehmen und nach der Krise ihre Realsteuerhebesätze am
183 bundesweiten Durchschnitt orientieren. Die Kommunalaufsicht hat bei der
184 Einhaltung der Haushaltsdisziplin eine tragende Rolle. Die Prüfung muss
185 **transparent, regelkonform, einheitlich und nachvollziehbar** auch für kommunale
186 Räte sein. Wir streben daher eine **Reform der Kommunalaufsicht** an.

187 **Kommunale Verwaltung ökologisch und serviceorientiert**

188 Kommunale Förderprogramme verbessern das Leben in unseren **Kommunen**. Deshalb
189 müssen die Vorgaben der Programme am **Klimaschutz und der Lebensqualität** der
190 Menschen orientiert sein. Damit die Mittel auch vor Ort ankommen, wollen wir
191 **Förderlotsen** und ein Beratungsangebot auf Landesebene.

192 Wir werden die begonnene **Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR)** weiter umsetzen.
193 Das Leitbild unserer Politik für starke **Kommunen** ist die Absicherung und
194 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Rahmenbedingungen für kommunale
195 Strukturen wandeln sich durch den Bevölkerungsrückgang in einigen Landesteilen,
196 die Lage der kommunalen **Finanzen** durch Fortschritte im Bereich der
197 Digitalisierung. Uns GRÜNEN geht es bei einer Reform nicht zentral um
198 Kosteneinsparungen, sondern um die **Qualität der Verwaltung und den Service für**
199 **die Menschen** vor Ort. Aus bisherigen Erfahrungen und Erkenntnissen wissen wir:
200 Die Verwaltungsqualität ist in größeren Verwaltungseinheiten deutlich besser.

201 Lediglich auf interkommunale Zusammenarbeit zu setzen, kann keine Gebietsreform
202 ersetzen. Für uns ist klar: Wo immer **interkommunale Zusammenarbeit** sinnvoll ist,
203 wie im Bereich des Nahverkehrs, der Digitalisierung oder im Kulturbereich, soll
204 diese ausgebaut werden.

205 **Ländliche Räume stärken**

206 Alle Menschen müssen gleichwertig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
207 Dazu zählt, dass jede*r sich einfach fortbewegen kann – egal, ob in der Stadt
208 oder auf dem Land. Mit unserem Konzept einer **Mobilitätswende** sorgen wir dafür,
209 dass im **ländlichen Raum** mit einer **Mobilitätsgarantie** jede*r mit dem Nahverkehr
210 von A nach B kommt. Dabei setzen wir auf eine **bessere Anbindung** an überregionale
211 Bus- und Bahnlinien. Aber auch **Alternativkonzepte** wie E-Dorfautos und On-Demand-
212 Shuttleverkehr unterstützen das Angebot. Wir wollen **Mobilfunk und Glasfaser an**
213 **jeder Milchkanne** in Rheinland-Pfalz und setzen daher auf eine GRÜNE
214 Digitalisierungsoffensive – auch und gerade für den ländlichen Raum.

215 Um den ländlichen Raum weiter zu stärken, wollen wir **Dorfbüros** schaffen. Um
216 leerstehende Ortskerne wiederzubeleben, wollen wir Projekte vor Ort wie
217 Dorfläden oder Gemeinschaftskneipen mit ehrenamtlichem Personal fördern. Für
218 eine gute gesundheitliche Versorgung überall in Rheinland-Pfalz wollen wir
219 **regionale Gesundheitskonferenzen** einführen und uns für **genossenschaftliche**
220 **Gemeinschaftspraxen** einsetzen. Wir setzen auch im **ländlichen Raum** auf
221 hochwertige **Arbeits- und Fortbildungsplätze** sowie auf vielfältige, regional
222 angesiedelte **Bildungsmöglichkeiten** wie beispielsweise den sehr erfolgreichen
223 Umweltcampus Birkenfeld.

224 **Nachhaltige Landesplanung**

225 Das Ziel, die Flächenneuversiegelung bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu
226 begrenzen, wurde bundesweit deutlich verfehlt. Mit **grüner Flächen- und**
227 **Bodenpolitik** möchten wir hier eingreifen und durch die Verbindung ökonomischer
228 Ziele mit denen für eine nachhaltige, regional angepasste Entwicklung ein
229 starkes Potenzial für eine **nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung**
230 entfalten. Dafür brauchen wir eine stärkere Ausrichtung von **Landesplanung,**
231 Raumordnung und Regionalplanung auf regionale Wohnraumbedarfe sowie auf eine
232 nachhaltige, ressourcenschonende Entwicklung.

233 **Ökologischer Landesentwicklungsplan**

234 Auf Landesebene werden wir uns für eine ökologische Weiterentwicklung des
235 Landesentwicklungsplans IV einsetzen. Dazu gehört für uns die nachhaltige am
236 Klimaschutzziel orientierte Anpassung der Kriterien zur Ausweisung von Flächen
237 für die **Erzeugung Erneuerbarer Energien**. Dazu gehören ebenso die Aufwertung der
238 Biotopvernetzung in der Verkehrs- und Siedlungsplanung sowie eine strenge
239 Begrenzung der Neuversiegelung von Flächen. Viele verschiedene Nutzungsformen
240 wie beispielsweise Landwirtschaft oder Straßenbau konkurrieren miteinander um
241 die knappe Ressource Fläche. Unser langfristiges Ziel ist eine **neutrale**
242 **Flächenbilanz** – das heißt, eine Fläche darf nur neu versiegelt werden, wenn eine
243 andere entsiegelt wird. Für uns ist der Grundsatz: **Innen- vor Außenentwicklung**
244 weiterhin die Leitlinie jeder Planung.

245 **Vorrang für eine nachhaltige Dorf- und Stadtentwicklung**

246 Bodenspekulationen, welche die Preise künstlich in die Höhe treiben, ohne einen
247 gesellschaftlichen Mehrwert zu generieren, heizen die bestehende
248 Flächenkonkurrenz an. Wir werden die **Kommunen** aktiv dabei unterstützen, diese
249 Herausforderung zu bewältigen, indem wir uns für eine bundesgesetzliche **Stärkung**
250 **des Vorkaufsrechtes** der Gemeinden einsetzen. Wir werden es den **Kommunen**
251 ermöglichen, Konzeptvergaben Vorrang zu gewähren, sodass sie beispielsweise ein
252 **ökologisch-soziales Quartierskonzept** gegenüber einer Höchstpreisvergabe
253 bevorzugen können. Dies erleichtert die Umsetzung sozialer und ökologischer
254 Kriterien in der Stadt- und Dorferneuerung. Grundstücke in öffentlicher Hand
255 sollen möglichst in öffentlicher Hand bleiben. Wir möchten, dass die Gemeinden –
256 selbst wenn hochverschuldet – einen möglichen Flächentausch oder einen
257 Erbpachtvertrag vor einer Veräußerung prüfen. Wir werden dabei gemeinwohl- und
258 ökologisch orientierte Pächter*innen von öffentlichen Flächen bevorzugen.

259 **Lebenswerte Städte und Dörfer**

260 Unsere Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme sind Investitionen in die
261 Zukunft. Aufgrund der sich verschärfenden Klimakrise und des Artensterbens
262 müssen wir diese Instrumente dringend an die Herausforderungen unserer Zeit
263 anpassen. Wir werden die **Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme** an
264 ökologischen und klimaschützenden Kriterien ausrichten und die vorhandenen
265 Potenziale im bestehenden Gebäudebestand nutzen. Die vielen Planungsebenen
266 wollen wir besser verzahnen, damit sie sinnvoll ineinandergreifen und gemeinsame
267 Wirkeffekte erzielen. So wollen wir, dass Klimaschutz-, Hochwasservorsorge-
268 Grünflächen- und Quartierkonzepte ganzheitlich und umfassend in Flächennutzungs-
269 und Bebauungsplänen integriert werden.

270 Hierfür werden wir für unsere Gemeinden und Städte **nachhaltige**
271 **Planungsinstrumente** wie beispielsweise den Folgekostenrechner oder den RaumPlus

272 Monitor weiterentwickeln und um Softwarelösungen zur Anpassung an die Folgen der
273 Klimakrise erweitern.

274 **Bauen für eine klimaneutrale Zukunft**

275 Der Bausektor ist unbestritten ein wichtiger Wirtschaftszweig, in dem unzählige
276 Menschen Arbeit finden. Doch leider werden viele Bautätigkeiten noch nicht an
277 den Zielen nachhaltiger Entwicklung ausgerichtet. Für unser Klima und unsere
278 Umwelt bedeutet das hohe Energiekosten und hoher CO₂-Ausstoß bei der Herstellung
279 von Baustoffen, Schadstoffe im Baumaterial, mangelnde Recyclingfähigkeit und
280 teilweise kurze Lebensdauer der Materialien. Wir wollen deshalb das **Bauen** hin zu
281 einer **ganzheitlichen Betrachtung von Ökologie, Ökonomie und soziokultureller**
282 **Qualität** entwickeln.

283 **Priorität für Klimaschutz und Ökologie**

284 Die Landesbauordnung enthält zahlreiche Regelungen für die Sicherheit und den
285 Schutz der Menschen in den Gebäuden. Sie enthält aber kaum Regelungen zum Schutz
286 unseres Klimas und unserer Natur. Wir werden dies ändern, indem wir in der
287 **Landesbauordnung ökologische Kriterien etablieren**, die eine naturnahe Begrünung
288 von Flachdächern, geeigneten Fassaden und Vorgärten zur Pflicht machen. Leblose
289 Schotter und Steinwüsten wollen wir abschaffen. Dafür setzen wir auf eine
290 **Beratung für pflegearme und naturfreundliche Gärten, die** wir gemeinsam mit
291 unseren Garten- und Landschaftsbauunternehmen planen und angehen möchten.

292 Wir werden **mehr Stellplätze für Fahrräder** schaffen, damit jede*r Bewohner*in
293 eines Mehrfamilienhauses eine umweltschonende Alternative zum eigenen Auto vor
294 der Tür hat. Die **zukunftsfähige Elektromobilität** werden wir bereits bei der
295 Bauplanung beachten und entsprechende **Leitungsinstallationen in den Garagen**
296 vorhalten.

297 **Klimaangepasst und nachhaltig bauen**

298 Wir werden in allen öffentlichen Ausschreibungen dafür sorgen, dass wichtige
299 Aspekte wie **Ökobilanz, Lebenszykluskosten und Recyclingfähigkeit verpflichtend**
300 beachtet werden müssen und weiterhin regionaltypische Baumaterialien, wie Holz,
301 Schiefer oder Blocksandstein, zum Einsatz kommen können. Auch Ausschreibungen
302 auf kommunaler Ebene sollen entsprechende Aspekte berücksichtigen. Mit einer
303 **landesweiten Holzbaustrategie** werden wir das nachhaltige **Bauen** mit Holz
304 weiterhin stärken und möglichst zertifizierte, regionale Holzprodukte in
305 öffentlichen Baumaßnahmen bevorzugen.

306 Die Nachhaltigkeit soll verpflichtend für sämtliche Bautätigkeit in Rheinland-
307 Pfalz werden. Wir werden deshalb für alle öffentlichen Bauvorhaben im Land –
308 seien es kommunale Verwaltungsgebäude, Schulbauten oder KiTas – das
309 **Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen** anwenden. Denkmalschutz, Energieerzeugung
310 mit Erneuerbaren und Klimaschutz werden wir miteinander verbinden. Die Standards
311 der baubiologischen Qualitätssicherung in der Bauabnahme sind in allen
312 öffentlichen Bauvorhaben zu beachten. Um die Kriterien des nachhaltigen **Bauens**
313 landesweit einzusetzen, wollen wir eine **Förderung des Landes zur Erstellung von**
314 **Ökobilanzen** bei gewerblichen und privaten Neubaumaßnahmen prüfen. Bei Neubauten
315 und Dachsanierungen werden wir eine **Solarpflicht** einführen.

316 **Klimaschutz im Bestand stärken**

317 Mit Blick auf die fortschreitende Klimakrise werden wir in den nächsten Jahren
318 sehr viele Sanierungsprojekte angehen und möchten dabei den **Denkmalschutz und**

319 **den Klimaschutz miteinander verbinden.** Wir setzen uns daher für eine kostenlose
320 Erstberatung für energetische Sanierungen im Bestand ein. Wer sich für eine
321 Sanierung und die Verwendung von ökologischen Baustoffen sowie für den Verzicht
322 auf fossile Brennstoffe entschließt, soll dabei vom Land unterstützt werden. Die
323 Sanierung und Weiterentwicklung von **innovativen Quartierskonzepten**, welche
324 ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen, werden wir weiterhin fördern.
325 Um den vielen Anforderungen gerecht zu werden und eine effiziente und schnelle
326 Planung zu garantieren, werden wir die **personelle und konzeptionelle Stärkung**
327 **der Bauverwaltungen** im Land prüfen.

328 **Sport verbindet**

329 Sport fördert die Gesundheit und schafft Begegnung. Auf Sportplätzen oder in
330 Sporthallen kommen Menschen aus allen sozialen Schichten zusammen. Sport
331 verbindet unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Religion,
332 Weltanschauung oder sexueller Orientierung. Für uns GRÜNE ist Sport mehr als
333 Bewegung. Ob im Spitzen-, Vereins-, Breiten-, Schul- und Freizeitsport –
334 **Fairness und Gerechtigkeit** stehen im Mittelpunkt. Wir GRÜNE wollen eine
335 **vielfältige Sportlandschaft im Vereins- und Breitensport** in Rheinland-Pfalz
336 fördern.

337 Uns GRÜNEN ist die Gleichheit und Unversehrtheit aller Menschen wichtig. Daher
338 wollen wir **Inklusion im Sport** besonders fördern. Wir unterstützen **Projekte gegen**
339 **Rassismus, Homofeindlichkeit und Gewalt**. Unser Augenmerk liegt bei der Förderung
340 von Sportprojekten auf sozial benachteiligten Gruppen, denn weder der Geldbeutel
341 noch der Aufenthaltsstatus darf Menschen den Zugang zum Sport verwehren. Weiter
342 vorantreiben wollen wir die **Vereinbarkeit von Sport und Klimaschutz** durch eine
343 kontinuierliche Förderung von klimafreundlichen Sportprojekten.

344 Sport hat eine Vorbildfunktion. Wir GRÜNE wollen den **Kampf gegen Doping**
345 weiterführen und die Aufklärungsarbeit im Kinder- und Jugendsportbereich
346 stärken. Die Verantwortung für einen fairen und sauberen Sportwettkampf liegt
347 beim Sport selbst. Bei der Anti-Doping-Arbeit der Nationalen Anti-Doping Agentur
348 (NADA) setzen wir auf die **Eigenverantwortung** des **Sports**, ohne die
349 Steuerzahler*innen zu belasten.

350 **eSport als eigene Sportart anerkennen**

351 In der Digitalisierung liegt die Zukunft. Nicht nur in der Forschung oder der
352 öffentlichen Infrastruktur sorgt sie für ein fortschrittliches Miteinander. Auch
353 im gesellschaftlichen Zusammenleben schafft sie neue Begegnungen. Ein gutes
354 Beispiel ist der **Sport**. Schon längst passiert der **sportliche Wettkampf** nicht nur
355 auf dem Sportfeld, sondern auch am Computer. Bistlang ist eSport im deutschen
356 Vereins- und Verbandwesen nicht anerkannt, sodass er weder von steuerrechtlichen
357 Vergünstigungen noch staatlichen Förderungen profitiert. Wir GRÜNE unterstützen
358 die Anerkennung von **eSport als eigene Sportart**.

359 **Nachhaltige Vorgaben für Events und Sportstätten**

360 Die integrative Kraft vom Sport zeigt sich bei Großveranstaltungen. Diese
361 stellen für das Land einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Der Erfolg solcher
362 Veranstaltungen muss sich an **sozialen und ökologischen Maßstäben** messen lassen.
363 Wir setzen darauf, dass die Vergabe und Organisation von Großveranstaltungen
364 transparent verläuft und sich an nachhaltigen Zielen orientiert. Durch ein
365 Mitspracherecht soll die Zivilgesellschaft beteiligt werden.

366 **Zugang zu modernen Sportstätten fördern**

367 Damit **Sport** überall in Rheinland-Pfalz möglich ist, setzen wir uns für den
368 **Erhalt und den Ausbau von Sportstätten** im Land ein. Wir GRÜNE wollen
369 Sportstätten bedarfsorientiert fördern, sie erhalten und sinnvoll nutzen. Dabei
370 ist Kunstrasen auf Sportstätten ein Tabu. Mikroplastik gefährdet die Gesundheit
371 von Menschen und ist schädlich für die Umwelt. Wir GRÜNE wollen **Neu- und**
372 **Umbaumaßnahmen bei Kunstrasenplätzen** fördern, damit der Sportbetrieb sicher,
373 umweltfreundlich und ohne lange Unterbrechung weiterläuft.

374 Jedes Kind sollte nach der Grundschule schwimmen können. Deswegen brauchen wir
375 **Seepferdchen für alle**. Um das zu erreichen, wollen wir die maroden Schwimmbäder
376 im Land im Rahmen eines **Sonderförderprogramms sanieren**.

LTWP-15 15. Verbundenes Europa – Globale Verantwortung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3 Landtagswahlprogramm 2021

Text

- 1 Staatsgrenzen sind von Menschen gemacht. In Europa genießen wir es, sie kaum zu
2 spüren, wenn wir reisen, arbeiten, studieren und miteinander in Austausch
3 treten. Aber auch viele
4 drängenden Herausforderungen unserer Zeit wie die Klimakrise machen an den
5 Grenzen nicht Halt. Lösen lassen sie sich nur über alle Grenzen hinweg und
6 gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn. Wir GRÜNE wollen unserer **globalen**
7 **Verantwortung** gerecht werden und verstehen die Europäische Union als das starke
8 Fundament, auf dem wir eine multilaterale Zusammenarbeit aufbauen und stärken
9 wollen.
- 10 Mit dem **Green Deal** hat die EU den Rahmen geschaffen, um nicht nur in Rheinland-
11 Pfalz klimaneutral werden zu können, sondern in der gesamten EU. Wir können also
12 innovative Verfahren wie die Herstellung von Grünem Wasserstoff voranbringen und
13 gemeinsam mit unseren Nachbarn weiterentwickeln. Über die EU hinaus verstehen
14 wir uns als **Eine Welt**, die wir mit ihren natürlichen Lebensgrundlagen bewahren
15 wollen. Wir können uns auch gemeinsam für **gerechte, soziale und ökologische**
16 **Regeln in der ganzen Welt** einsetzen. Wenn das Land Rheinland-Pfalz Geld ausgibt,
17 setzen wir auf klare Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung wie
18 beispielsweise die Einhaltung der Menschenrechte sowie soziale und ökologische
19 Standards.
- 20 Als Partei, deren Wurzeln in der Friedensbewegung liegen, kämpfen wir für ein
21 **atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz** und wenden uns gegen jede Art von Militarismus.
22 Wir sehen **Konversion als Chance**, die wir nutzen wollen, um strukturschwache
23 Regionen zu stärken. Beispielsweise können militärische Liegenschaften
24 bezahlbarem Wohnen zugutekommen oder für den Ausbau der Erneuerbaren Energien
25 genutzt werden.
- 26 **Europäischer Zusammenhalt als Zukunftsperspektive**
- 27 Rheinland-Pfalz liegt im Herzen von Europa. Wie stark wir mit unseren
28 Nachbarländern verflochten sind, wurde während des Corona-Lockdowns deutlich.
29 Rund 45.000 Menschen pendeln täglich zwischen Rheinland-Pfalz und Frankreich,
30 Luxemburg und Belgien. Unsere Unternehmen haben 2018 Waren im Wert von 38,6
31 Milliarden Euro in die 27 EU-Staaten exportiert. In unsere Nachbarländer betrug
32 der Export 8,8 Milliarden Euro. Die Frage der Zukunft der Europäischen Union ist
33 eng mit der Zukunft von Rheinland-Pfalz verbunden.
- 34 Wir brauchen eine gestärkte Europäische Union für ein solidarisches Miteinander.
35 Wir wollen die EU gemeinsam mit den europäischen Bürger*innen perspektivisch zur
36 **Föderalen Europäischen Republik** weiterentwickeln. Damit wollen wir dem stärker
37 werdenden Trend des Nationalismus und der Abschottung entgegenreten. Wir GRÜNE

38 sind für ein **offenes, demokratisches Europa**. Die EU soll einen Rahmen schaffen,
39 in dem das Allgemeinwohl im Fokus steht. Dabei soll das Prinzip der
40 Subsidiarität gelten. Aufgaben und Zuständigkeiten sollen auf der jeweils
41 untersten möglichen Ebene – Kommune, Land, Bund, EU – behandelt werden. Dafür
42 wird sich Rheinland-Pfalz auf europäischer Ebene einsetzen.

43 **Rheinland-Pfalz im Herzen Europas**

44 Es gibt eine immer stärkere Zusammenarbeit in den verschiedenen Regionen
45 Europas. Das betrifft grenzüberschreitende Regionen und strukturell ähnliche
46 Regionen wie zum Beispiel Metropolregionen oder ländliche Räume. Dabei muss
47 keine Region ihre kulturelle Identität verlieren.

48 Europa ist Querschnittsaufgabe in allen landespolitischen Themenfeldern. Dies
49 macht die **Europastrategie des Landes Rheinland-Pfalz** deutlich. Wir werden sie
50 weiterentwickeln mit den grünen Schwerpunkten Klimaschutz, europäischer Green
51 Deal, ökologische Landwirtschaft, **soziales Europa**, Migration, Bürgerrechte und
52 Parität.

53 Die EU wurde als **Friedensprojekt** gegründet und hat uns seit 75 Jahren innerhalb
54 ihrer Grenzen auch Frieden garantiert. Diese Aufgabe wollen wir stärken. Der
55 europäische Binnenmarkt ist mit seinen vier Grundfreiheiten eine große
56 Errungenschaft, die durch die Folgen des Brexit nicht geschwächt werden darf.

57 Wir wollen Rheinland-Pfalz mit seinen Grenzräumen (Großregion, Oberrhein)
58 positiv vernetzen und dabei die Themen Arbeit, Tourismus, nachhaltige
59 Entwicklung, Verkehr, Wissenschaft/Forschung, Landesplanung, Umwelt,
60 Energiewende, Gesundheit und Berufliche Bildung gemeinsam bearbeiten. Die
61 bestehenden Programme in Grenzregionen mit Belgien, Luxemburg und Frankreich
62 wollen wir verlängern und neue Partnerschaften aufbauen. Zudem wollen wir das
63 Vierernetzwerk zwischen Rheinland-Pfalz und den Regionen Burgund (Frankreich),
64 Oppeln (Polen) und Mittelböhmen (Tschechien) weiter ausbauen und fördern.

65 Die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit**, mit Notärzt*innen
66 und in der Krankenversorgung, wollen wir ausbauen und abgestimmte Katastrophen-
67 und Epidemiepläne aufstellen. Auch die Zusammenarbeit und Übungen sowie
68 Unterstützungs- und Trainings-Einsätze – von rheinland-pfälzischen
69 Einsatzkräften aus Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz bei
70 Notlagen – werden wir mit anderen europäischen Staaten intensivieren. Einen
71 stärkeren Austausch wollen wir auch durch Hospitationen von Mitarbeiter*innen
72 äquivalenter Landes- und Kommunalbehörden in den Nachbarstaaten fördern. Der
73 Wert, den wir der europäischen Gemeinschaft beimessen, muss sich auch in der
74 **Investition in europäische Bildung** zeigen. Deshalb möchten wir
75 **Partnerschaften und Austauschprogramme** zwischen Schulen und Hochschulen sowie bi-
76 und multinationale KITAS, Schulen und Hochschulend fördern.

77 Mit dem neuen EU-Haushalt für 2021-2027 wollen wir uns weiter für eine **starke**
78 **Strukturpolitik** der EU mit den europäischen Strukturfonds einsetzen. Für die
79 Entwicklung der strukturschwachen Landesteile in Rheinland-Pfalz sind die Mittel
80 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (ERDF), des Europäischen
81 Sozialfonds (ESF) sowie des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die
82 Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) von großer Relevanz. Diese wollen wir im
83 Sinne des europäischen Green Deal **sozial und ökologisch** ausrichten.

84 **Unsere Eine Welt**

85 In Deutschland und Rheinland-Pfalz tragen wir eine Verantwortung für die
86 **Gesundheit** und das **Wohlergehen** der Menschen in anderen Ländern der Welt. Wenn es
87 den Menschen dort gut geht, wo sie leben, müssen sie nicht vor **Krieg, Hunger**
88 **oder Klimaveränderung** zu uns nach Rheinland-Pfalz flüchten.

89 Solidarität über Grenzen hinweg, ist im Angesicht von globalen Krisen besonders
90 wichtig. Für uns ist es ein wichtiges Zeichen, dass Rheinland-Pfalz diese
91 Solidarität gezeigt hat, als es in unseren Nachbarstaaten besonders dramatisch
92 wurde. Wir haben darauf hingewirkt, dass Hilfe geleistet wurde an Schwerkranken
93 Corona-Patienten aus Italien und Frankreich und diese in rheinland-pfälzischen
94 Kliniken aufgenommen und versorgt wurden. Diesen Geist an praktischer
95 Solidarität möchten wir weiter fördern, nur so können wir gemeinsam
96 Herausforderungen überwinden.

97 **Auftragsvergabe sozial und ökologisch**

98 Um dem Anspruch „**global denken – lokal handeln**“ gerecht zu werden, muss die
99 **öffentliche Beschaffung** von Land und Kommunen auf soziale, ökologische Kriterien
100 umstellen. Als große Auftraggeberin hat das Land Rheinland-Pfalz eine enorme
101 Marktmacht und Vorbildrolle bei der Auftragsvergabe. Wir setzen uns deshalb für
102 eine gesetzliche Regelung ein, die alle öffentlichen Beschaffungsstellen in
103 Rheinland-Pfalz verpflichtet, **ökologische und soziale Kriterien und die**
104 **Menschenrechte zu berücksichtigen**. Verstöße sollen sanktioniert werden. Die
105 öffentlichen Beschaffungsstellen haben dafür zu stehen, dass Arbeits- und
106 Menschenrechte eingehalten werden. **Tariftreue, gute Arbeit und ökologische**
107 **Standards** müssen eine Rolle spielen. Um dies zu gewährleisten, wollen wir die
108 Mitarbeiter*innen in den Beschaffungsstellen des Landes und der Kommunen
109 angemessen **fachlich schulen**. In der Landesverwaltung wollen wir eine
110 **Koordinationsstelle öko-soziale Beschaffung** für Beratung und Überwachung
111 einsetzen.

112 **Partnerschaften nachhaltig und sozial gestalten**

113 Der Austausch mit Partnerschaften des Landes basiert auf Augenhöhe, dabei lassen
114 wir uns von **friedenspolitischen und Eine Welt-Prinzipien** leiten. Wir möchten
115 unsere Partnerschaften und Kooperationen ausbauen und zusätzlich mehr
116 nachhaltige, soziale und friedliche Projekte fördern. Mittelständische,
117 ökologische oder soziale Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen
118 beziehen wir mit ein, genauso wie das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk
119 (ELAN e.V.).

120 Technologie, Forschung- und Wissensvorsprünge des Landes sollen in
121 internationalen partnerschaftlichen Kooperationen genutzt werden. Die
122 Dienstleistungszentren Ländlicher Raum können für entwicklungspolitische
123 Beratung eingesetzt werden.

124 Mit Sorge beobachten wir die institutionell zunehmende LSBT*IQ-Feindlichkeit in
125 Polen und Ruanda.

126 **Fonds für politisch Verfolgter**

127 Durch die Gründung eines rheinland-pfälzischen Fonds für politisch Verfolgte
128 wollen wir in Rheinland-Pfalz einen konkreten Beitrag leisten, um
129 **Menschenrechtsverteidiger*innen zu schützen**. Wir wollen ihnen einen temporären
130 sicheren Hafen in Deutschland ermöglichen und sie bei der Vernetzungsarbeit
131 unterstützen. Es muss ein internationales Netzwerk geben, das sie schützt, wenn

132 sie zurückkehren und ihre Menschenrechtsarbeit zu Hause fortsetzen. Wir wünschen
133 uns, dass die*der Ministerpräsident*in des Landes Rheinland-Pfalz die
134 Schirmherrschaft über diesen Fonds übernimmt.

135 **Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda**

136 Seit fast 40 Jahren besteht eine intensive Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit
137 Ruanda. Die Graswurzelpartnerschaft mit dem afrikanischen **Partnerland Ruanda** ist
138 für uns ein zentraler Bestandteil unserer Außenbeziehungen. Wir wollen diese
139 Partnerschaft mit ihren zahlreichen Initiativen weiter ausbauen und stärken. Es
140 sollen mehr junge Menschen Lust bekommen, sich für dieses lohnende Projekt zu
141 **engagieren**.

142 Die Partnerschaft findet auf Augenhöhe statt. Wichtige Schwerpunkte sind die
143 Themen Wirtschaftsaustausch, Erneuerbare Energien, Nationalparkpartnerschaft,
144 touristische Ausrichtung, Bildung und Projekte im Bereich
145 Barrierefreiheit/Inklusion.

146 Wir GRÜNE haben immer den Dialog gesucht und eine Grundsatzvereinbarung mit der
147 einzigen anerkannten Oppositionspartei, der Demokratischen Grünen Partei
148 **Ruandas**, abgeschlossen. Aus unserer Sicht müssen sich **Demokratie und**
149 **Rechtsstaatlichkeit in Ruanda** weiterentwickeln. Wir werden uns weiter für die
150 Unterstützung ruandischer Menschenrechtsinitiativen und einen
151 **Menschenrechtsdialog** mit der ruandischen Regierung einsetzen.

152 **Frieden erhalten – Konversion als Chance**

153 **Seit 75 Jahren leben wir in Rheinland-Pfalz in Frieden.** Im Kalten Krieg wurde
154 das Land stark militärisch geprägt und bekannt als „Flugzeugträger der NATO“.
155 Noch heute sind zahlreiche Militärstützpunkte der USA, der Bundeswehr und der
156 NATO in rheinland-pfälzischen Kommunen angesiedelt. Dies ist neben einigen
157 Vorteilen auch mit vielen Belastungen verbunden. Wir GRÜNE stehen für **Abrüstung,**
158 **Rüstungskontrolle und eine aktive Friedenspolitik.** Wir wollen, dass von
159 rheinland-pfälzischem Boden kein Krieg, sondern **Frieden** ausgeht.

160 Deshalb haben wir die **Gründung der Friedensakademie Rheinland-Pfalz** unterstützt.
161 Inzwischen ist sie anerkannt als Denkfabrik, Schnittstelleninstitution und
162 Leuchtturm in der Wissenschaftslandschaft. Wir wollen sie durch eine Erhöhung
163 der finanziellen Mittel stärken und ihre eigene **Fortbildungsstätte** fördern.
164 Zusätzlich setzen wir uns für eine Plattform ein, die alle friedenspolitischen
165 Aktivitäten und Maßnahmen in Rheinland-Pfalz und Deutschland sammelt und
166 vernetzt.

167 Für uns GRÜNE ist nach wie vor die aktive Friedenspolitik maßgeblicher Antrieb
168 unseres politischen und gesellschaftlichen Handelns. Wir haben uns immer für
169 Abrüstung und Frieden eingesetzt – und das wird auch so bleiben. Gerade deshalb
170 können wir Konversion als Chance begreifen, für bezahlbares Wohnen, die
171 Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten sowie die Ansiedlung von
172 Erneuerbaren Energien und damit Alternativen zu militärischen Nutzungen zu
173 entwickeln.

174 Eine kritische Haltung zur Präsenz von US-Truppen hat uns GRÜNE in Rheinland-
175 Pfalz geprägt. Die nun angekündigte Verlagerung militärischer Einheiten
176 innerhalb Europas und der Abzug von Truppenteilen sind jedoch kein Beitrag zu
177 einer verantwortungsvollen Friedens- und Sicherheitspolitik. Mit der
178 angekündigten Verlegung von Soldaten nach Polen stellen die USA die NATO-

179 Russland-Grundakte in Frage, die substanzielle und dauerhafte Stationierungen
180 ausschließt. Europa wird weder friedlicher noch sicherer, wenn US-Truppen
181 dauerhaft östlich von Deutschland stationiert werden oder wenn eine
182 Kampfjetstaffel an einen neuen Standort in Italien verlegt würde.

183 Eine mit vielen Ungewissheiten verbundene Umsetzung der angekündigten
184 Verlagerung von US-Truppen würde für Rheinland-Pfalz wirtschafts- und
185 arbeitsmarktpolitische Herausforderungen mit sich bringen. Zur Bewältigung
186 braucht es die Beteiligung aller betroffenen Akteur*innen und kluge Konzepte für
187 die Umnutzung möglicherweise freiwerdender Militärareale.

188 Das Oberverwaltungsgericht Münster hat 2019 festgestellt, dass die USA über die
189 Airbase Ramstein bewaffnete Drohneneinsätze im Jemen und in anderen Regionen
190 vornehme. Die Bundesregierung müsse offenkundigen Hinweisen nachgehen, wonach
191 diese Einsätze gegen das Völkerrecht verstoßen. Wir fordern, dass die
192 Bundesregierung dieser Aufforderung umgehend nachkommt und im Rahmen ihrer
193 Möglichkeiten das deutsche und internationale Recht durchsetzt. Die
194 Landesregierung und Mittelbehörden müssen bei anstehenden Genehmigungsverfahren
195 der Frage nach der **Rechtskonformität** Gewicht zumessen.

196 Die Nutzung von TRA Lauter (Temporary Reserved Airspace, Luftübungsraum bei
197 Kaiserslautern) ist im Vergleich zu anderen Übungsräumen in Deutschland weit
198 überdurchschnittlich. Durch den militärischen Flugübungsraum sind viele
199 Bürger*innen von Rheinland-Pfalz von **massivem militärischem Fluglärm** belastet.
200 Wir setzen uns dafür ein, dass der Übungsflugbetrieb in der TRA Lauter auf das
201 absolute Minimum beschränkt wird.

202 **Atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz**

203 Nach wie vor lagern auf dem Fliegerhorst Büchel US-amerikanische Atomwaffen, die
204 für uns in Rheinland-Pfalz eine ständige Gefahr darstellen. Wir fordern den
205 **Abzug und die Vernichtung dieser Atomwaffen**. Wir setzen uns für die weltweite
206 Ächtung aller Atomwaffen ein und rufen die Bundesregierung auf, den
207 Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Als ersten Schritt kämpfen wir für
208 die Vernichtung aller taktischen Nuklearwaffen in Europa und wollen in diesem
209 Rahmen die Nukleare Teilhabe der NATO beenden.

210 **Friedensbildung**

211 Schule darf kein Ort für militärische Rekrutierung oder einseitigen
212 Beeinflussung sein. Wir wollen sicherstellen, dass Friedens- und
213 sicherheitspolitische Themen im Unterricht ausgewogen und nicht ausschließlich
214 mit Angehörigen der Bundeswehr, sondern immer auch mit anderen **Akteuren der**
215 **Friedensbildung** behandelt werden. Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem
216 Bildungsministerium und der Bundeswehr wollen wir daher kündigen. Im Rahmen der
217 Lehramtsstudiengänge soll die Friedensakademie Angebote an zukünftige
218 Lehrer*innen machen, wie Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik im
219 Unterricht ausgewogen behandelt werden können. Die Schulen können mit anderen
220 Akteuren kooperieren, die explizit **zivile und gewaltfreie Ansätze** vertreten, wir
221 möchten diese unterstützen. Wir wollen die **Menschenrechtsbildung fördern** und
222 dazu Modellprojekte für die Konzeption und die pädagogische Arbeit in Schule
223 vergeben.